

INSTRUMENTS FOR SUSTAINABLE REGIONAL DEVELOPMENT  
A EUROPEAN RESEARCH PROJECT FUNDED BY DG XII

discussion paper

**70**

Rainer Röder und Ruggero Schleicher-Tappeser

Mittelhessen

Eine INSURED-Fallstudie zur nachhaltigen  
Regionalentwicklung

EURES discussion paper dp-70

ISBN 3-89805-008-4

ISSN 0938-1805

1999

EURES

Institut für Regionale Studien in Europa

Schleicher-Tappeser KG

Basler Straße 19, D-79102 Freiburg

Tel. 0049 / 761 / 70 44 1-0

Fax 0049 / 761 / 70 44 1-44

e-mail freiburg@eures.de

www.eures.de

Dieses discussion paper entstand innerhalb des Forschungsprojektes “**Instrumente für eine nachhaltige Regionalentwicklung**” (INSURED) im Rahmen des spezifischen Programms für die Forschung und technologische Entwicklung im Bereich Umwelt und Klima, 1994-1998: Aktionsbereich 4: Mensch und Umweltveränderungen der Europäischen Union (Vertrag Nr. ENV-CT96-0211).

Die hier wiedergegebenen Ansichten sind die der Autoren. Sie entsprechen nicht notwendigerweise den Standpunkten der Europäischen Kommission

Die Vervielfältigung ist nur unter Benennung der Quelle zulässig.

**Dieses Projekt wurde durchgeführt von:**

- EURES – Institut für regionale Studien in Europa, Freiburg/ Deutschland (Coordinator)
- SRS, Studio Ricerche Sociali, Florenz/ Italien
- ÖAR Regionalberatung GesmbH, Wien/ Österreich
- SICA Innovation Consultants Ltd., Dublin/ Irland
- SIASR, Schweizerisches Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung, Universität St. Gallen/ Schweiz

**Das Projekt wurde finanziert durch:**

- die Europäischen Union
- die Republik Österreich
- das Land Hessen und verschiedene lokale Gebietskörperschaften
- die Schweizerische Eidgenossenschaft
- die Region Toskana

## **INSURED**

### Instrumente für eine nachhaltige Regionalentwicklung

Programm für die Forschung und technologische  
Entwicklung im Bereich Umwelt und Klima

## **Mittelhessen**

Eine INSURED-Fallstudie zur nachhaltigen  
Regionalentwicklung

Rainer Röder und Ruggero Schleicher-Tappeser

EURES – Institut für regionale Studien in Europa  
Freiburg

1999

## **Erhältliche INSURED Reports und discussion papers:**

### **Instruments for Sustainable Regional Development**

The INSURED Project - Final Report

Ruggero Schleicher-Tappeser et al. (1999), EURES Report 9, ISBN 3-89805-009-2, Freiburg i.Br.

### **Instrumente für eine nachhaltige Regionalentwicklung**

Das INSURED-Projekt – Schlußbericht (deutsch/englisch)

Ruggero Schleicher-Tappeser et al. (1999). EURES Report 10, ISBN 3-89805-010-6, Freiburg i.Br.

### **The Mid West Region of Ireland**

An INSURED Case Study on Sustainable Regional Development

Gerry P. Sweeney et al. (1998), EURES discussion paper dp-66, ISBN 3-89805-000-9 Freiburg i.Br.

### **Lower Styria**

An INSURED Case Study on Sustainable Regional Development

Robert Lukesch et al. (1998), EURES discussion paper dp-67, ISBN 3-89805-001-7, Freiburg i.Br.

### **Tuscany / Val di Cornia**

An INSURED Case Study on Sustainable Regional Development

Filippo Strati et al. (1998), EURES discussion paper dp-68, ISBN 3-89805-002-5, Freiburg i.Br.

### **Central Hessen**

An INSURED Case Study on Sustainable Regional Development

Rainer Röder / Ruggero Schleicher-Tappeser (1999), EURES discussion paper dp-69, ISBN 3-89805003-3, Freiburg i.Br.

### **Mittelhessen**

Eine INSURED-Fallstudie zur nachhaltigen Regionalentwicklung

Rainer Röder / Ruggero Schleicher-Tappeser (1999), EURES discussion paper dp-70, ISBN 3-89805-008-4, Freiburg i.Br.

### **Regional Development: Overview on five European Regions**

An INSURED Document

Robert Lukesch et al. (1998), EURES discussion paper dp-71, Freiburg i.Br.

### **The EU Agricultural Policy**

An INSURED Case Study on Sustainable Regional Development

Jim Walsh (1998), EURES discussion paper dp-72, ISBN 3-89805-004-1 Freiburg i.Br.

### **Sustainable Regional Development: An Integrated Approach**

Ruggero Schleicher-Tappeser et al. (1997), EURES discussion paper dp-60, Freiburg i.Br.

# Inhalt

Vorwort .....	1
1 Methodische Vorbemerkung.....	3
1.1 Die Rolle der Fallstudie Mittelhessen im Gesamtprojekt.....	3
1.2 Programme und Projekte.....	3
1.3 Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung .....	4
2 Die Ebene der Regionalpolitik .....	7
2.1 Struktur- und Arbeitsmarktpolitik.....	7
2.1.1 Der Kontext .....	7
2.1.2 Das Hessische Strukturförderprogramm .....	7
2.1.3 Das Hessische Konversionsprogramm .....	15
2.1.4 Das Landesprogramm "Arbeit statt Sozialhilfe" .....	24
2.2 Ländlicher Raum und Landwirtschaft.....	31
2.2.1 Der Kontext.....	31
2.2.2 Das Hessische Dorferneuerungsprogramm .....	32
2.2.3 Das Ländliche Regionalprogramm.....	39
2.2.4 Die Wirkung der Programme .....	45
2.3 Zusammenfassung: Gemeinsame Merkmale im Hinblick auf das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung .....	46
3 Die Projektebene.....	49
3.1 Innovative Projekte im Rahmen der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik.....	49
3.1.1 Die Steubenkaserne in Gießen.....	49
3.1.2 ZAUG - Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen .....	56
3.2 Innovative Projekte im Rahmen des Politikfelds Ländlicher Raum und Landwirtschaft.....	67
3.2.1 Die LEADER GmbH Vogelsberg - Gesellschaft für Regionalentwicklung.....	67
3.2.2 Entwicklungsgruppe Burgwald-Region e.V.....	75
4 Wechselbeziehungen .....	82
4.1 Wie unterstützt die Programmebene innovative Projekte? .....	83
4.2 Wie beeinflussen innovative Projekte die Programmebene? .....	86
4.3 Das Verhältnis der innovativen Projekte zur breiten Öffentlichkeit.....	87
4.4 Wechselwirkungen zwischen den Politikbereichen.....	88
5 Der Blick aufs Ganze.....	91
5.1 SWOT-Analyse .....	91
5.2 Subsidiarität und Netzwerkbildung.....	92
5.3 Das Bild der Region im europäischen Vergleich .....	92

Anhang 1:	Empfehlungen für Hessen / Mittelhessen.....	95
Anhang 2:	Die Mitglieder der Begleitgruppe.....	99
Anhang 3:	SWOT-Analyse der verschiedenen politischen Steuerungsansätze.....	100
Anhang 4:	Zusammenfassung des INSURED – Hauptberichts .....	103
	Organisatorischer Rahmen.....	103
	Ziele und Hauptergebnisse des INSURED Projektes .....	103
	Der Aufbau des Forschungsprojektes .....	104
	Das INSURED-System für das Qualitätsmanagement Nachhaltiger Regionalentwicklung .....	107
Anhang 5:	Liste weiterer interessanter Projekte in Mittelhessen .....	111

## Vorwort

Die vorliegende Fallstudie wurde im Rahmen des europäischen Forschungsprojekts INSURED erarbeitet. Sie stellt nicht den Abschluss des Gesamtprojekts dar. Im Anschluss an die fünf Fallstudien in fünf europäischen Ländern wurde ein Rahmen für das praktische Management nachhaltiger regionaler Entwicklungsprozesse erarbeitet, der im Hauptbericht beschrieben ist. Eine Zusammenfassung des Hauptberichts findet sich im Anhang. Ganz vorne in diesem Band findet sich zudem eine Liste der im Rahmen dieses Projekts erschienenen Berichte.

Empfehlungen für die Region Mittelhessen, die über die unmittelbaren Ergebnisse dieser Fallstudie hinausgehen, finden sich im Anhang am Ende dieses Bandes.

Die Erarbeitung dieser Fallstudie wurde von einer Begleitgruppe begleitet, die insgesamt sieben mal tagte. Sie war aus Vertretern der mitfinanzierenden Gebietskörperschaften sowie weiteren Vertretern wichtiger Interessengruppen zusammengesetzt. Eine Liste der Teilnehmer findet sich im Anhang. Der hier vorliegende Bericht wurde ausführlich in der Begleitgruppe diskutiert, er entspricht weitgehend einem Konsens. Die Verantwortung für den Bericht liegt jedoch bei den Autoren.

Wir möchten allen Beteiligten in Hessen für ihre hilfreiche Mitarbeit herzlich danken. Nicht immer war es für die Praktiker in der lokalen Verwaltung einfach, sich auf die Erfordernisse eines europäischen Forschungsprojektes einzulassen. Ein intensiverer direkter Austausch zwischen den Praktikern in den verschiedenen Untersuchungsregionen wäre sicher hilfreich und wünschenswert gewesen, war aber im gegebenen Rahmen nicht realisierbar.

Die hier vorliegende Fallstudie ist für die Region Mittelhessen nicht das einzige Ergebnis des INSURED-Projekts:

- im Hauptbericht ist ein System für das Qualitätsmanagement Nachhaltiger Regionalentwicklung beschrieben, das in allen europäischen Regionen brauchbar ist
- ergänzend zu diesem Bericht wurden Empfehlungen für Hessen / Mittelhessen formuliert. Sie finden sich im Anhang am Ende dieses Bandes
- aufbauend auf dem INSURED-Projekt wurde die Projektdatenbank SQM-experience entwickelt, die auch die Erfahrungen der verschiedenen Fallstudien des INSURED-Projekts zugänglich macht.
- Aufbauend auf dem INSURED-Projekt wird das System ‚SQM – Sustainable Quality Management ®‘ mit verschiedenen Bausteinen entwickelt. Das Software-Modul SQM-basic, das einfache Beurteilungen von Situationen, Programmen und Projekten unterstützt, steht den hessischen Auftraggebern ebenfalls zur Verfügung.

Die Autoren





# 1 Methodische Vorbemerkung

## 1.1 Die Rolle der Fallstudie Mittelhessen im Gesamtprojekt

Die hier vorliegende „Fallstudie Mittelhessen“ wurde im Rahmen des europäischen Forschungsprojekts INSURED erarbeitet, das zum Ziel hat, relativ breit anwendbare Instrumente und Strategien für eine nachhaltige Regionalentwicklung zu erarbeiten und konkrete Empfehlungen für die für beteiligten Untersuchungsregionen zu entwickeln.

Aufbauend auf einem theoretischen Rahmen, der in einer früheren Projektphase erarbeitet wurde, und einer Vorstudie über die wesentlichen Strukturmerkmale der Region werden hier konkrete Erfahrungen in Mittelhessen im Hinblick auf das Konzept der nachhaltigen Regionalentwicklung untersucht. In vier weiteren Regionen (Toscana, Mid-West Ireland, St. Gallen und Appenzell, Südliche Steiermark) wurden parallele Fallstudien durchgeführt. Aufbauend auf dem so gesammelten Erfahrungsschatz wurde auf europäischer Ebene ein verfeinertes Instrumentarium entwickelt. Dieses soll hier nicht dargestellt werden, seine Terminologie wurde aber bei der Überarbeitung dieses Textes berücksichtigt.

Hauptziel der vorliegenden Untersuchung war es, herauszufinden, welche regionalpolitischen Ansätze und Programme in Hinblick auf eine nachhaltige regionale Entwicklung besonders förderlich waren. In der ersten Phase des Projekts wurde ein System von Komponenten der Nachhaltigkeit entwickelt, das es erlaubt, die Orientierung von Entwicklungen und Aktionen aller Art in Hinsicht auf Nachhaltigkeit zu untersuchen (siehe weiter unten). Mit diesem Hilfsmittel wurden folgende Aspekte der Erfahrungen in der Region untersucht:

- Untersuchung ausgewählter regionalpolitischer Programme im Hinblick auf das Konzept der Nachhaltigkeit
- Untersuchung ausgewählter Projekte in Mittelhessen im Hinblick auf ihren Beitrag zu einer nachhaltigen regionalen Entwicklung, auf ihre Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen und ihren Bezug zu den untersuchten regionalpolitischen Programmen
- Untersuchung der Wechselwirkung zwischen Programmen und Projekten

Zu Beginn der Fallstudien bestand die Absicht, die Politiken und die Projekte zwischen den verschiedenen Untersuchungsregionen direkt zu vergleichen. Bald zeigte sich jedoch, dass die außerordentlich unterschiedlichen Rahmenbedingungen einen solchen direkten Vergleich wenig aussagekräftig machten. Es wurde zunehmend deutlich, dass allgemeinere Schlussfolgerungen sich auf die Interaktionsmuster in den Regionen, auf die Wechselwirkungen zwischen Rahmenbedingungen, Akteuren, politischen Programmen und Projekten beziehen müssen. Die Fallstudien wurden daher stärker als anfangs beabsichtigt auf diese Aspekte hin zugespitzt.

## 1.2 Programme und Projekte

Im europäischen Projekt wurden gemeinsam die Politikfelder festgelegt, aus denen dann in den Fallstudien einzelne Programme untersucht wurden. Die Auswahl der Programme sollte einen repräsentativen Überblick über die Regionalpolitik in den Untersuchungsregionen geben, auch wenn dies wegen der notwendigen Beschränkungen schwierig blieb. Die Auswahl erfolgte in Absprache mit der regionalen Begleitgruppe.

Regionalpolitische Programme im Hinblick auf das Konzept der nachhaltigen Entwicklung zu untersuchen, ist kein einfaches Unterfangen, da dies im Grunde eine vollständige Evaluierung im Hinblick auf ein System von Zielen und Kriterien erfordern würde. Eine systematische Evaluation der Wirkungen der Programme war im Rahmen dieses Projektes nicht möglich. Deshalb

konzentriert sich die Untersuchung auf die expliziten und impliziten Zielsetzungen der Programme, ohne jedoch den Entstehungszusammenhang und Erfahrungen mit ihrer Wirkung ganz außer Acht zu lassen.

Die regionalpolitischen Programme werden deshalb im Hinblick auf die folgenden Aspekte untersucht:

- Hintergrund und allgemeine Merkmale
- Vollständigkeit der Ziele
- Konsistenz der Ziele
- Konkretheit der Ziele

Der Schwerpunkt liegt auf der Untersuchung der Vollständigkeit der Zielsetzungen im Hinblick auf das Konzept der Nachhaltigkeit.

Nach den Programmen wurden verschiedene Projekte oder „Innovative Aktionen“ untersucht, die ungefähr den gewählten Politikfeldern zuzuordnen sind. Nach einer Reihe von Gesprächen in der Region wurden in Absprache mit den mittelhessischen Auftraggebern solche Projekte ausgesucht, die als besonders innovativ und interessant im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung bezeichnet worden waren.

Die Untersuchung der Projekte ist breiter angelegt als die der Programme. Hier wurden die Entstehungsbedingungen und die Entstehungsgeschichte sowie die Interaktionen der Projekte mit ihrem jeweiligen Umfeld näher untersucht. Neben der Analyse ihrer Zielsetzungen und ihrer Wirkungen im Hinblick auf eine nachhaltige regionale Entwicklung spielen hier viele andere Aspekte eine Rolle. Die wesentlichen Elemente dieser Analyse wurden auf europäischer Ebene festgelegt. Viele Einzelelemente jedoch wurden aus der jeweiligen Situation heraus entwickelt.

Die Unterscheidung zwischen Programmen und Projekten ist nicht immer eindeutig und vom jeweiligen Standpunkt abhängig. Eine Aktion, die in Bezug auf sehr lokale Projekte als Programm angesehen wird, kann aus einer anderen Perspektive als Projekt im Rahmen eines noch umfassenderen Programms erscheinen. Man könnte daher unter Umständen eher von einem Spektrum von Aktionen auf verschiedenen Ebenen sprechen. Es scheint vielmehr auf ihre wechselseitigen Beziehungen anzukommen. Auf die Methodik für die Untersuchung dieser Beziehungen wird weiter unten eingegangen.

### **1.3 Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung**

In einem früheren Arbeitsschritt des INSURED-Projekts wurde das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development) näher untersucht und konkretisiert (Schleicher-Tappeser et al. 1997). Dort wird das Konzept der Nachhaltigkeit (Sustainability) als umfassender Ansatz beschrieben, der sowohl normative als auch methodische Elemente enthält. Es handelt sich offensichtlich nicht einfach um Regeln oder Randbedingungen, die zu berücksichtigen und dann abzuhaken wären, und auch nicht um einen Zustand, der eindeutig zu erreichen ist, sondern vielmehr um eine Leitvorstellung, um ein neues Verständnis von Entwicklung. Nachhaltigkeit ist eine „regulative Idee“ von der Art wie Gesundheit, Schönheit oder Freiheit. Die allgemeine Idee muss in der jeweiligen Situation neu interpretiert werden. Die wesentlichen Herausforderungen des Konzepts der Nachhaltigkeit scheinen die Integration verschiedener Entwicklungsdimensionen und die Erhaltung von Zukunftsoffenheit und Lernfähigkeit zu sein. Ausgehend von unterschiedlichen Konzeptionen der Nachhaltigkeit und ausgehend von drei Fragen wurde ein System von zehn Komponenten der Nachhaltigkeit entwickelt. Sie bilden in der vorliegenden Fallstudie das Grundraster für die Untersuchung der Vollständigkeit der Programm-

ziele, sowie auch für die Analyse der Projekte. Deshalb werden sie hier noch einmal kurz zusammenfassend dargestellt.

## **Entwicklungsdimensionen**

Was wollen wir dauerhaft erhalten und entwickeln?

1. **Umweltdimension**  
*Respekt für die ökologische Integrität und das Erbe der menschengemachten Umwelt*
2. **Ökonomische Dimension**  
*Befriedung menschlicher Bedürfnisse durch effiziente Nutzung von Ressourcen*
3. **Soziokulturelle Dimension**  
*Erhaltung und Entwicklung von menschlichen und sozialen Potentialen*

## **Dimensionen der Chancengleichheit**

Wie sollen wir mit unterschiedlichen Ansprüchen, Bedürfnissen und Chancen umgehen?

4. **Chancengleichheit zwischen Individuen**  
*(soziale und zwischengeschlechtliche Chancengleichheit)*
5. **Chancengleichheit zwischen Regionen**  
*(Interregionale und internationale Chancengleichheit, räumliche Chancengleichheit)*
6. **Chancengleichheit zwischen Generationen**  
*(intertemporale Chancengleichheit)*

## **Systemische Prinzipien**

Welche grundlegenden systemischen Herangehensweisen können uns helfen, diese Probleme zu lösen?

### **7. Diversität**

dazu gehört z.B.:

- Erhalt bzw. Entwicklung der natürlichen Artenvielfalt und der Lebensräume
- Förderung der Vielfalt von ökonomischen Strukturen
- Erhalt und Förderung der sozio-kulturellen Vielfalt von Regionen
- Förderung einer Vielfalt von Politikansätzen

### **8. Subsidiarität**

dazu gehört z.B.:

- Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ebenen von Politik und Verwaltung, die den untersten Ebenen möglichst große Entscheidungsspielräume und Selbstverantwortung lässt.
- Subsidiarität im Ressourcenmanagement: Stoffströme möglichst kleinräumig halten, lokale und regionale Netzwerke stärken.
- Subsidiarität in der Technik: Vermeidung von Großstrukturen, wo kleine, eigenständige Einheiten möglich sind.
- Subsidiarität im Sozialbereich: Unterscheidung verschiedener Ebenen der Eigenverantwortung und des solidarischen Ausgleichs.

## 9. **Netzwerke / Partnerschaft**

dazu gehört z.B.:

- Suche nach win-win-Situationen
- Verbesserung der Kooperation zwischen Individuen, Gruppen, Firmen und Regionen sowie Politikfeldern
- Aufbau und Unterstützung von intra-regionalen und inter-regionalen Netzwerken
- Netzwerkförmige Organisation technischer Infrastruktur
- Verhinderung von Monopolen und Kartellen

## 10. **Partizipation**

Dazu gehört z.B.:

- Anwendung von angemessenen Beteiligungsprozessen in allen Politikfeldern
- Aufbau eines gesellschaftlichen Umfeldes, in dem das Lernen und Leben von aktiver Beteiligung möglich ist
- Nutzung der Offenheit für Beteiligung, um politische und gesellschaftliche Innovationen anzustoßen

Für sich genommen sind viele dieser 10 Komponenten der Nachhaltigkeit nichts Neues. Für die Komponenten 1 bis 5 gibt es etablierte Politikbereiche, Verfahren, Kompetenzen und Ministerien. Trotzdem droht die Gesamtentwicklung unsere längerfristigen Lebensgrundlagen zu zerstören. Die eigentliche Herausforderung des Konzepts der Nachhaltigkeit liegt offensichtlich in der Art, wie wir mit diesen verschiedenen Dimensionen umgehen. Die Chancengleichheit zwischen Generationen und die systemischen Prinzipien geben hier neue Hinweise. Zusammenfassend können wir feststellen, dass das Konzept der Nachhaltigkeit uns vor zwei wesentliche Herausforderungen stellt:

### **INTEGRATION**

- verschiedene Entwicklungsdimensionen gleichzeitig berücksichtigen
- win-win-Lösungen suchen

### **ZUKUNFTSOFFENHEIT**

- Potentiale und Ressourcen bewahren
- Lernfähigkeit verbessern und Innovationen anregen

## **2 Die Ebene der Regionalpolitik**

### **2.1 Struktur- und Arbeitsmarktpolitik**

#### **2.1.1 Der Kontext**

Die durchschnittliche Arbeitslosenrate im Regierungsbezirk Gießen lag in den Jahren 1992 bis 1994 und wieder im Jahr 1996 über derjenigen für ganz Hessen. Dabei wird die Situation durch den hohen Überschuss von Fernpendlern nach Südhessen noch gemildert. Von der Situation in Mittelhessen insgesamt weicht lediglich der Landkreis Limburg-Weilburg ab. Die positivere Entwicklung besonders dieses Landkreises ist unter anderem durch die sehr gute verkehrliche Anbindung an den Raum Frankfurt bedingt.

Auf die arbeitsmarktrelevanten Probleme in Mittelhessen hat die Hessische Landesregierung in den vergangenen Jahren unter anderem mit den nachfolgend beschriebenen Programmen reagiert. Generell stand in der Strukturpolitik die Schaffung von Arbeitsplätzen, bzw. die Verbesserung der schwierigen Situation bestimmter Arbeitnehmergruppen im Vordergrund. Die Probleme werden teilweise bereits seit längerem angegangen, wie dies beim Strukturförderprogramm der Fall ist. Teilweise sind sie aber auch erst Ende der achtziger Jahre bzw. Anfang der 90er akut geworden (Konversionsprogramm). Das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" schließlich wurde eingerichtet, um bereits länger bestehende Probleme einzelner Arbeitnehmergruppen mit neuen Methoden entgegenzuwirken.

Deshalb kann von einer Überlappung bei den Zielsetzungen der Programme gesprochen werden. Unterschiede ergeben sich hinsichtlich der organisatorischen Verankerung der Programme, ihrer Ansatzpunkte, und auch der räumlichen Reichweite.

Hinsichtlich der organisatorischen Verankerung ist festzuhalten, dass die beiden zuerst genannten Programme vom Hessischen Wirtschaftsministerium gemanagt werden. Bei "Arbeit statt Sozialhilfe" handelt es sich um ein Programm des Sozialministeriums. Ansatzpunkt des Strukturförderprogramms ist die Verbesserung der finanziellen Situation einzelner Unternehmen in allen Teilen des Bundeslandes. Die finanziellen Hilfen des Landes sind aber an die Schaffung von Arbeitsplätzen geknüpft. Das Konversionsprogramm hat im allgemeinen die Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur zum Gegenstand. In Einzelfällen können aber auch betriebliche Investitionen in von der Konversion betroffenen Regionen gefördert werden. Das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" schließlich fördert in ganz Hessen die Qualifizierung einzelner Arbeitnehmer und unterstützt außerdem die Schaffung der dafür notwendigen Infrastruktur.

In der Summe entsteht durch die verschiedenen Ansätze ein differenziertes und teilweise aufeinander abgestimmtes System von Hilfen für verschiedene der Akteure, die das Geschehen am Arbeitsmarkt bestimmen. Nach Ansicht unterschiedlicher Gesprächspartner können die ausgewählten Programme für die Maßnahmen der hessischen Landesregierung im Bereich der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik als repräsentativ angesehen werden .

#### **2.1.2 Das Hessische Strukturförderprogramm**

##### **2.1.2.1 Programmbeschreibung**

###### **Hintergrund**

Das hessische Strukturförderprogramm ist Teil der Richtlinie für die Gewährung von Finanzierungshilfen des Landes Hessen an die gewerbliche Wirtschaft. Das Programm beruht auf der hessischen Wirtschafts- und Landesentwicklungspolitik und ist daher dem allgemeinen Ziel der

Verbesserung der Wirtschaftsstruktur verpflichtet. Während diese umfassendere Richtlinie im ersten Teil die allgemeinen Voraussetzungen beschreibt, sind im zweiten Teil die einzelnen Programme, also auch das Strukturförderungsprogramm, aufgeführt.

Wesentliches Merkmal der Richtlinie und damit auch des hier diskutierten Programms ist der Fokus auf die private gewerbliche Wirtschaft, wobei das Strukturförderungsprogramm speziell auf kleine und mittlere Unternehmen in strukturschwachen Regionen ausgerichtet ist. Außerdem werden Investitionen in Konversionsstandorten bevorzugt.

Im Rahmen der Finanzierungshilfen des Landes werden auch Zuschüsse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eingesetzt. Die Gelder des Landes werden außerdem mit den Mitteln gekoppelt, die im Rahmen der KONVER-Initiative und der RETEX-Initiative vom europäischen Regionalfonds zur Verfügung stehen.

### **Ziele**

Allgemeines Ziel der „Richtlinien für die Gewährung von Finanzierungshilfen des Landes Hessen an die gewerbliche Wirtschaft“ ist die Verbesserung der regionalen und sektoralen Wirtschaftsstruktur sowie die Erfüllung sonstiger vordringlicher volkswirtschaftlicher und umweltpolitischer Aufgaben. Hierunter fallen einerseits Ansiedlungsvorhaben von Produktionsbetrieben, „die die wirtschaftliche Struktur des Landes unmittelbar und nachhaltig“ verbessern. Aus umweltpolitischem Blickwinkel sind andererseits gewerbliche Investitionen, insbesondere im Bereich freiwilliger Umweltschutzinvestitionen, förderfähig.

Das Hessische Strukturförderungsprogramm zielt jedoch ausschließlich auf die ökonomischen Dimensionen des allgemeinen Zielkatalogs, während die ökologischen Aspekte nicht thematisiert werden. Dies wird besonders bei den förderungsfähigen Sachverhalten deutlich.

### **Akteure**

Zielgruppe für das hessische Strukturförderungsprogramm sind kleine und mittlere Unternehmen in strukturschwachen Landesteilen. Da die regionale Abgrenzung die Gebiete ausschließt, die bereits zum Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe 'Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur' gehören, ist die Förderung nur in Teilen der Regierungsbezirke Kassel und Gießen sowie in der Gemeinde Lorch möglich. Da sich die Förderung auf private Unternehmen beschränkt, ist eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger weder bei der Fördermittelvergabe noch bei der Umsetzung der geförderten Projekte vorgesehen.

Zuständig für die Fördermittelvergabe ist die „Wirtschaftsförderung Hessen Investitionsbank AG (HLT)“. Hierbei handelt es sich um eine landeseigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

### **Begründung der Auswahl des Programms**

Das Strukturförderprogramm ist ein bedeutsames Teilprogramm der „Richtlinien für die Gewährung von Finanzierungshilfen des Landes Hessen an die gewerbliche Wirtschaft“. Die meisten regionalen Experten haben dem Programm eine große Bedeutung für Investitionen in der Region zugeschrieben.

### **Verfahren**

Die Anträge auf Förderung nach dem hessischen Strukturförderungsprogramm müssen an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes Hessen (HLT) gestellt werden. Die Anträge müssen vor Beginn der zu fördernden Maßnahmen bei den Landesbehörden vorliegen. Ausnahmen von dieser Regel sind bei Investitionsmaßnahmen möglich.

Über die Gewährung der Zuschüsse entscheidet ein „Interministerieller Kreditausschuss“ Er setzt sich gemäß einem unveröffentlichten Teil der Richtlinie von 1989 zusammen aus Mitgliedern mit Stimmrecht:

- einem Vertreter des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft und Technik (heute HMWVL)
- einem Vertreter des Hessischen Ministeriums für Finanzen (HMdF)
- einem Vertreter des Hessischen Sozialministeriums (heute HMFAS)

sowie Mitgliedern mit beratender Stimme:

- einem Vertreters des Hessischen Ministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit (heute HMUEJFG)
- (früher: dem Beauftragten für Angelegenheiten des Grenzgebietes zur DDR in der Hessischen Staatskanzlei)
- einem Vertreter des Landesarbeitsamtes Hessen
- je einem Vertreter der Regierungspräsidien in Darmstadt, Gießen und Kassel
- einem Vertreter des Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH (HLT)

Die Gewährung von Finanzierungshilfen müssen von den stimmberechtigten Mitgliedern einstimmig beschlossen werden. Für Hilfen „von geringerer Bedeutung“ kann der Ausschuss ein vereinfachtes Verfahren festlegen.

Das Umweltministerium hat in diesem Ausschuss, der für mehrere Programme zuständig ist, nur dann Stimmrecht, wenn es um das Umweltschutzförderprogramm und das Umwelttechnologieprogramm geht.

### **Förderbedingungen**

Gefördert werden gewerbliche Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen. Dies bezieht sich auf die Errichtung oder Erweiterung einer Betriebsstätte oder auf den Erwerb einer stillgelegten bzw. von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte. Gefördert werden können auch Umstellung bzw. grundlegende Rationalisierung. Notwendig ist in allen Fällen die Schaffung neuer oder die Sicherung bestehender Arbeitsplätze.

Die Förderung wird in Form eines Zuschusses zu den förderfähigen Investitionsausgaben gewährt und kann maximal 7,5 Prozent dieser Ausgaben betragen, bei Kleinunternehmen erhöht sich dieser Betrag auf 15 Prozent.

Bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen ist ein zusätzlicher Zuschuss von maximal 7.500 DM je Ausbildungsplatz möglich. Allerdings dürfen auch durch diese speziellen Zuschüsse die maximalen Anteile der Förderung an den Ausgaben nicht überschritten werden.

Die förderungsfähigen Investitionsausgaben sind auf 5 Mio. DM begrenzt, somit ergeben sich Maximalsummen für die Förderung in Höhe von 375.000 DM bzw. 750.000 DM (Kleinunternehmen).

Um im Rahmen der Richtlinie und damit auch des hier untersuchten Programms gefördert werden zu können, müssen die Antragsteller folgende Kriterien erfüllen:

- Nachweis der Kreditwürdigkeit durch ausreichende fachliche und kaufmännische Erfahrungen der Geschäftsleitung
- eventuell technische oder betriebswirtschaftliche Beratung

- Sicherstellung der Gesamtfinanzierung, da die Finanzierungshilfen nur zusätzliche Hilfen sind
- die zu fördernde Betriebsstätte muss in Hessen bzw. innerhalb der o.a. Fördergebiete liegen
- der Antragsteller soll seinen steuerlichen Sitz in Hessen haben
- die in der geförderten Betriebsstätte hergestellten Güter und Dienstleistungen sollen vor allem überregional abgesetzt werden.

Von der Förderung ausgeschlossen sind u.a. Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft, des Baugewerbes, des Groß- und Einzelhandels sowie des Transport- und Lagergewerbes.

### **2.1.2.2 Vollständigkeit**

Die Untersuchung des Programms auf seine Vollständigkeit im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erfolgt anhand des Rasters, das vom europäischen Projektteam entwickelt wurde (siehe oben).

## **Entwicklungsdimensionen**

### **1. Umweltdimension**

Während die allgemeinen Voraussetzungen der Richtlinien für die Gewährung von Finanzierungshilfen explizit die Förderungswürdigkeit von Umweltschutzinvestitionen hervorhebt, bezieht sich das Strukturförderungsprogramm ausschließlich auf die rein ökonomischen Fördersachverhalte. Ökologisch motivierte Investitionen können nur gefördert werden, wenn sie dem ökonomischen Ziel der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen. Dies könnte sich z.B. auf ökologische Unternehmensberatungen oder eine Verbesserung der Wettbewerbssituation durch Kostensenkungen nach einer Investition für eine neue, ökologischere Prozesstechnologie beziehen.

### **2. Ökonomische Dimension**

Durch die Fokussierung auf ökonomische Fördersachverhalte werden die ökonomischen Aspekte des Konzepts der Nachhaltigkeit stark berücksichtigt. Die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ermöglicht z.B. eine bessere Versorgung der Bevölkerung und der Unternehmen mit Dienstleistungen und anderen wirtschaftlichen Bereichen, in denen regionale Defizite festgestellt werden können. Die Förderungswürdigkeit von Rationalisierungsinvestitionen weist darauf hin, dass eine Effizienzsteigerung bei der Nutzung der Produktionsfaktoren erreicht werden soll. Dies kann allerdings im Hinblick auf den Faktor Arbeit zu Konflikten mit den sozialen Aspekten von Nachhaltigkeit führen. Die Förderung von Existenzgründungen und besonders auch von kleinen Unternehmen kann eine Verminderung des Risikos bei diesen Unternehmen und damit den Abbau eventueller Hemmschwellen hinsichtlich der Innovationsbereitschaft bringen.

### **3. sozio-kulturelle Dimension**

Die Berücksichtigung der sozialen Aspekte erfolgt vor allem durch die allgemein bindende Vorgabe, dass bei allen geförderten Maßnahmen neue Dauerarbeitsplätze geschaffen oder vorhandene Arbeitsplätze gesichert werden *müssen*. Die Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt trägt zweifellos dazu bei, ein Brachliegen des Humankapitals in der Region zumindest aus arbeitsökonomischer Sicht zu vermeiden. Ähnlich verhält es sich mit der zusätzlichen Regelung, dass für die Schaffung von Ausbildungsplätzen je zusätzlich geschaffenem Ausbil-



dungsplatz ein besonderer Zuschuss gegeben werden kann. Eine besondere Berücksichtigung kultureller Eigenheiten ist nicht vorgesehen.

## **Dimensionen der Chancengleichheit**

### **4. Soziale Chancengleichheit**

Das hessische Strukturförderungsprogramm versucht, verschiedene Aspekte der sozialen Chancengleichheit zu berücksichtigen. Die Vorgabe der Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen kann zum Abbau der Arbeitslosigkeit und damit zum sozialen Ausgleich beitragen. Die Förderung von Ausbildungsplätzen dient der Verbesserung der Startmöglichkeiten für junge Menschen. Dies wirkt einerseits der Jugendarbeitslosigkeit entgegen, andererseits trägt die Verbesserung des Zugangs zu Bildungsmöglichkeiten insgesamt zur sozialen Chancengleichheit bei. Der Aspekt der Chancengleichheit von Männern und Frauen wird nicht thematisiert.

### **5. Interregionale Chancengleichheit**

Aspekte der interregionalen Chancengleichheit sollen durch eine räumlich differenzierte Förderkulisse unterstützt werden. Die Abgrenzung der Förderräume wird im Programm mehrfach angesprochen. Durch die räumliche Begrenzung der Förderung soll gerade in strukturschwachen Landesteilen die Wirtschaftsstruktur verbessert werden. Dies kann zu einer Annäherung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Lebensbedingungen in den verschiedenen Räumen beitragen. Auch durch die explizite Förderung von Konversionsstandorten können die ökonomischen Probleme, denen sich die betroffenen Regionen nach dem Truppenabzug gegenübersehen, verringert werden.

### **6. Intergenerationale Chancengleichheit**

Die ökologische Dimension wird, wie oben bereits beschrieben, im hessischen Strukturförderungsprogramm nicht berücksichtigt. Daher werden auch die ökologischen Teilaspekte der intergenerationalen Chancengleichheit nicht explizit angesprochen. Hingegen kann gesagt werden, dass das Programm allgemein eine Pflege des künstlichen Kapitalstocks (v.a. Betriebe) sowie des Humankapitals (v.a. Ausbildung) anstrebt und somit zur Verbesserung der Chancen künftiger Generationen beiträgt. Allerdings ist anzumerken, dass Risiken lediglich in ökonomischer Hinsicht berücksichtigt werden.

## **Systemische Prinzipien**

### **7. Diversität**

Das untersuchte Programm legt besonderen Wert auf die Förderung von kleinen und mittleren Betrieben. Das kann als Beitrag zur Diversität der Firmengrößenstruktur verstanden werden. Auch das Ziel der allgemeinen Richtlinie, die sektorale und regionale Wirtschaftsstruktur zu verbessern, weist auf eine angestrebte Erhöhung der Vielfalt im ökonomischen Bereich hin. Genauer werden diese Ziele allerdings nicht ausgeführt. Kulturelle und ökologische Vielfalt werden nicht berücksichtigt.

### **8. Subsidiarität**

Das Landesprogramm verfolgt durchaus eine differenzierte Förderung auch kleinerer Räume. Diese Differenzierung folgt insbesondere den Regionalen Raumordnungsplänen. Weil aber die Berechtigung zur Antragstellung bei den Unternehmen und die Entscheidung darüber bei den Landesbehörden liegt, haben die lokale und die regionale Ebene nur einen indirekten Einfluss.

Subsidiarität im Sinne eines 'bottom-up'-Ansatzes bei der Entscheidungsfindung ist von daher nicht zu erkennen. Die Förderung gewerblicher Investitionen hängt davon ab, dass diese Investitionen im besonderen Interesse des Landes liegen. Eine Evaluation des Programms nach räumlichen Gesichtspunkten findet unseres Wissens nicht statt. Es gibt keine Übersicht darüber, wie die verschiedenen Programme zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft in räumlicher Hinsicht zusammenwirken. Daher sind sie einer regionalpolitischen Diskussion auch nicht zugänglich.

Eine Förderung der Subsidiarität bei den Materialflüssen, d.h. eine Förderung kleinräumiger Kreisläufe, dort wo diese leistungsfähig sind, ist nicht vorgesehen. Vielmehr kann vermutet werden, dass die spezielle Förderungen von exportorientierten Unternehmen eher das Gegenteil bewirkt. Die besondere Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen jedoch trägt zur Stärkung der lokalen und regionalen Entscheidungskompetenzen bei. Möglicherweise führt sie auch zum verstärkten Einsatz von Technologien und technischen Strukturen, die größere Möglichkeiten für eine lokale Selbstbestimmung bieten.

### **9. Netzwerke / Partnerschaft**

Das Landesprogramm verknüpft als zentrale Akteure einzelne Unternehmen und die Landesverwaltung. Die HLT ist als vermittelnde Institution dazwischen geschaltet. Eine explizite Förderung und Unterstützung von Netzwerken ist nicht vorgesehen. Insgesamt findet die Dimension Partnerschaft kaum Berücksichtigung im hessischen Strukturförderungsprogramm. Da zudem die Gewährung der Fördermittel der Geheimhaltung unterliegt, ist die Nutzung des Programms zur Förderung von Kooperationen zusätzlich kaum geeignet.

Im Bewilligungsverfahren findet eine Abklärung zwischen verschiedenen Institutionen der Landesebene statt. Es ist eine einstimmige Beschlussfassung mehrerer Ministerien erforderlich. Das Umweltministerium hat hier jedoch kein Stimmrecht.

### **10. Partizipation**

Die wichtigsten Akteure bei den Maßnahmen nach dem Strukturförderungsprogramm und bei den entsprechenden Entscheidungsverfahren sind die antragstellenden Unternehmen, die HLT und das Ministerium für Wirtschaft. Das Verfahren ist intransparent und ermöglicht keine öffentliche Diskussion über Zielsetzungen und Wirkungen.

#### **2.1.2.3 Konsistenz**

##### **Zielkonflikte**

Die Analyse der Entwicklungsdimensionen hat gezeigt, dass das hessische Strukturförderungsprogramm lediglich ökonomische und soziale Dimension explizit berücksichtigt, während die ökologische Dimension nicht thematisiert wird. Durch diese Konstellation verringert sich das Konfliktpotential. Allerdings kann selbst auf der eher abstrakten Programmebene ein Konflikt vermutet werden, wenn durch die geförderten Rationalisierungsinvestitionen Arbeitsplätze abgebaut werden.

##### **Komplementäre Ziele**

Die wichtigsten Ziele der Förderung von gewerblichen Investitionen und der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen können durchaus komplementären Charakter haben, z.B. im Bereich der Existenzgründung, der Erweiterung einer vorhandenen oder dem Erwerb einer von der

Stilllegung bedrohten Betriebsstätte. Durch die Gründung von neuen Unternehmen kann auch das Hauptziel, die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, unterstützt werden.

### **Integration verschiedener Dimensionen der Nachhaltigkeit**

Durch das Fehlen wesentlicher Zieldimensionen im Hinblick auf das Konzept der Nachhaltigkeit, ist die Integration verschiedener Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb des Programms schlecht gewährleistet. Da alle Investitionsentscheidungen gesetzlichen Regelungen unterliegen, ist im Rahmen des geltenden Rechts für eine minimale „negative“ Integration gesorgt. Von einem besonderen Beitrag zu einer integrierten nachhaltigen Entwicklung kann jedoch nicht die Rede sein.

#### **2.1.2.4 Konkretheit**

Das grundsätzliche Ziel des hessischen Strukturförderungsprogramms ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur vor allem in strukturschwachen Regionen durch die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen. Sämtliche Punkte des Maßnahmenkatalogs sind diesem grundlegenden Ziel verbunden und leisten einen Beitrag zu dessen Erreichung. Dabei kann durch die quantitative, branchenspezifische Ermittlung von geförderten Investitionen und geschaffenen Arbeits- und Ausbildungsplätzen der jeweilige Beitrag zur Zielerreichung bestimmt werden.

Das Hauptziel, die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, weist grundsätzlich einen eher qualitativen Charakter auf. Eine quantitative Bestimmung wäre jedoch möglich, z.B. durch Standortquotienten. Dieser Indikator gibt die Konzentration einzelner Branchen in einer Region im Vergleich zur nationalen Ebene oder einem anderen Vergleichsraum an. Dementsprechend könnte der Erfolg des Programms durch die Veränderung dieses Indikators gemessen werden. Räumlich differenzierte Zielvorstellungen für die angestrebte Struktur fehlen jedoch weitgehend, in den regionalen Raumordnungsplänen sind sie nur ansatzweise zu finden.

Das Ziel der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist ein eindeutig quantitativ messbares Ziel. Allerdings verzichtet das Programm auf die konkrete Nennung von Zielvorgaben.

#### **2.1.2.5 Wirkung des Strukturförderprogramms**

Die nachfolgende Darstellung stützt sich auf die Zahlen der verausgabten Landesmittel. Eine eigene Untersuchung der tatsächlichen Wirkungen im Sinne der Nachhaltigkeit war im Rahmen dieses Projekts nicht möglich. Das Strukturförderprogramm ist Teil der Finanzierungshilfen des Landes an die gewerbliche Wirtschaft. Dazu kommen die Finanzhilfen anderer Behörden bzw. Institutionen. Dieser größere Rahmen ist bei einer Bewertung der Wirkungen des Programms zu berücksichtigen. Instrument des Strukturförderprogramms sind Zuwendungen, im Gegensatz zu Kreditprogrammen und Bürgschaften. Nach einer Darstellung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung wurden in Hessen und im Regierungsbezirk Gießen in den Jahren 1993 bis 1996 die folgenden Summen aus dem Strukturförderprogramm verausgabt:<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Tabellen Öffentliche Finanzierungshilfen 1993-1996, Referat I b 3, II a 3, II a 2.

		1993	1994	1995	1996
Mittelhessen					
Fälle		6	1	7	14
Zuwendung	TDM	1.133	248	787	219
Investitions- summe	TDM	26.879	3.300	13.870	222.754
Arbeitsplätze vorhanden		117	24	128	69
Arbeitsplätze geplant		60	10	20	54
Hessen					
Fälle		19	13	16	50
Zuwendung	TDM	2.983	2.327	2.983	575
Investitions- summe	TDM	534.340	30.647	48.424	5.118
Arbeitsplätze vorhanden		488	383	467	135
Arbeitsplätze geplant		119	98	112	100

**Tabelle 1**

Mit dem Strukturförderprogramm sollten also von 1993 bis 1996 mit einem Zuschussaufwand von 2,4 Mio. DM insgesamt 144 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Aufgrund der nach Aussagen des Ministeriums konsequenten, fünf Jahre dauernden Überprüfung des Erfolges der geförderten Investitionen kann davon ausgegangen werden, dass die jeweils genannten Beschäftigungsziele erreicht wurden.

#### **2.1.2.6 Zusammenfassung**

Das hier untersuchte Programm kann im Hinblick auf die Anforderungen, die das Nachhaltigkeits-Raster enthält, nicht ausdrücklich positiv beurteilt werden. Einzelne Aspekte der Nachhaltigkeit werden berücksichtigt und teilweise gefördert. Es werden aber keine bedeutsamen Anreize für die Integration von Zielsetzungen, wie zum Beispiel ökonomischer und ökologischer Ziele, gegeben.

Ökonomische und soziale Aspekte werden durch die Verbesserung der Versorgung und der Wirtschaftsstruktur sowie die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zwar berücksichtigt. Allerdings fehlt die ökologische Dimension völlig, wie sie z.B. durch eine explizite Förderung umweltorientierter Betriebe möglich wäre. Dies kann sich auf die Chancengleichheit zwischen Generationen auswirken. Die interregionale Chancengleichheit wird insbesondere durch die Definition von räumlichen Förderschwerpunkten unterstützt. Ein Beitrag zum Ziel der sozialen Chancengleichheit findet sich in der Vorgabe, Arbeitsplätze zu sichern oder zu schaffen sowie in der Förderung von Ausbildungsplätzen.

Da das Programm recht allgemein gehalten ist, zeigen sich die Beziehungen der Ziele untereinander erst bei der konkreten Umsetzung der Förderrichtlinien in einzelnen Vorhaben. Das Pro-

gramm bleibt bei den Zielen recht abstrakt und verzichtet auf die Nennung von konkreten Zielvorgaben.

### **2.1.3 Das Hessische Konversionsprogramm**

#### **2.1.3.1 Programmbeschreibung**

##### **Merkmale**

Das Hessische Konversionsprogramm ist eine der Maßnahmen, die die Landesregierung zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastrukturmaßnahmen einsetzt. Neben dem Hessischen Konversionsprogramm werden vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung folgende Förderprogramme verwaltet:

- Förderprogramm für regionale Innovationszentren
- Förderprogramm für die Erschließung gewerblicher Flächen
- Programm zur Förderung öffentlicher Tourismuseinrichtungen

Die Richtlinie über die Förderung wirtschaftsnaher Infrastrukturmaßnahmen in Hessen, die sich auch auf das Konversionsprogramm bezieht, wurde zuletzt am 08. November 1996 veröffentlicht. Die Richtlinie ist in zwei Abschnitte geteilt: Im ersten Teil werden allgemeine Voraussetzungen beschrieben, während sich der zweite Teil mit den Regelungen befasst, die speziell die einzelnen Programme betreffen.

Das hessische Konversionsprogramm wurde 1993 beschlossen und soll noch bis 1999 weitergeführt werden. Es dient dazu, die Folgen von Truppenabbau und Standortschließungen in wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Hinsicht zu lindern. Als Strukturförderprogramm soll es die Entwicklung neuer wirtschaftlicher Aktivitäten auf ehemaligen militärischen Liegenschaften unterstützen. Dabei ist wesentlicher Ansatzpunkt des Programms, dass vor allem Militärstandorte in strukturschwachen Regionen, die durch die Reduzierung der Einrichtungen stark betroffen sind, von der Förderung profitieren sollen. Um dies zu erreichen, ist das Konversionsprogramm als Regionalprogramm mit zwei Fördergebieten konzipiert, in denen unterschiedliche Maßnahmen förderfähig sind. Ein weiteres Merkmal des Programms ist die Verknüpfung der Landesfördermittel mit Mitteln der KONVER-Initiative der EU.

##### **Ziele**

Grundsätzliches Ziel des Programms ist es, durch die Entwicklung neuer, wirtschaftlicher Aktivitäten die konversionsbedingten negativen Einkommens- und Beschäftigungswirkungen auszugleichen oder zumindest zu mildern. Unterziel ist es, die Chancen, die durch die freiwerdenden Liegenschaften entstanden sind, möglichst umfassend durch die Aufbereitung der Flächen für eine gewerbliche Verwendung zu nutzen. Mit Hilfe der Förderung soll die regionalwirtschaftliche Wettbewerbsposition der betroffenen Kommunen verbessert werden. Durch die explizit umfassendere Förderung von Antragstellern in strukturschwachen Regionen lassen sich auch regionalpolitische Zielsetzung identifizieren.

##### **Akteure**

Wesentliche Akteure beim Hessischen Konversionsprogramm sind - neben den beratenden, bewilligenden und kontrollierenden Landesbehörden - die antragstellenden Standortgemeinden und -gemeindevverbände, die von der Truppenreduzierung bzw. Standortauflösung negativ betroffen sind. Die Großstädte Wiesbaden und Darmstadt sowie die Kommunen im Umlandver-

band Frankfurt sind von der Antragstellung ausgenommen. Neben den Gemeinden können auch andere Träger gefördert werden, falls die Gemeinden oder die Gemeindeverbände an Ihnen mehrheitlich beteiligt sind oder der Förderzweck auf andere Weise sichergestellt ist.

Weitere Akteure sind im Zuge des Antragsverfahrens das jeweils zuständige Landratsamt und Regierungspräsidium. Daneben sind Unternehmen, die im Zuge der Umnutzung von militärischen Flächen in Zusammenarbeit mit den Kommunen an einem ehemaligen Standort investieren, für den Konversionsprozess von maßgeblicher Bedeutung.

### **Entstehungsgeschichte**

Bei den 'Zwei plus Vier-Gesprächen' 1989 wurde die Reduzierung sowohl der deutschen Streitkräfte als auch der in Deutschland stationierten alliierten Truppen beschlossen. Die Folgen trafen primär die Kommunen. Anfang der 90er Jahre war ein Bundes-Konversionsprogramm im Gespräch, mit dem die Umstrukturierung der vom Truppenabbau besonders betroffenen Standorte von der Bundesregierung gefördert werden sollte.

Um die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Streitkräfte und des Truppenabzuges für die Standortgemeinden und -regionen detailliert zu ermitteln, gab die Hessische Landesregierung 1992 ein Gutachten bei der HLT GmbH in Auftrag. Die gleiche Gesellschaft wurde auch mit der Betreuung eines Modellprojektes in Gelnhausen beauftragt, mit dem beispielhaft die Vorgehensweise bei der Umnutzung von militärischen Liegenschaften aufgezeigt werden sollte.

1992 wurde deutlich, dass das oben erwähnte Bundesprogramm nicht aufgelegt werden würde. Daher hat die Hessische Landesregierung im Januar 1993 auf der Grundlage der Arbeiten der HLT GmbH das Hessische Konversionsprogramm beschlossen.

### **Begründung der Auswahl des Programms**

Die Truppenreduzierungen bedeuten für Mittelhessen erhebliche Kaufkraftverluste. Dafür wurde ein Betrag von ca. 225 Mio. DM errechnet. Das Konversionsprogramm soll durch die Schaffung von Arbeitsplätzen einen wichtigen Beitrag zum Ausgleich der Konversionsfolgen leisten. Diese Arbeitsplätze sollen durch die Bereitstellung von Flächen für Industrie und Gewerbe in Mittelhessen gefördert werden.

Das Hessische Konversionsprogramm wurde von den meisten regionalen Experten als eines der wichtigsten Instrumente bezeichnet, um eine die Arbeitsplatzverluste ganz oder teilweise kompensierende wirtschaftliche Entwicklung anzuregen. Das galt insbesondere für die Experten aus den Städten, die den größten Anteil an den Konversionsflächen aufzuweisen haben.

### **Verfahren**

Um einen Antrag im Rahmen des Konversionsprogramms stellen zu können, muss der Antragsteller - i.d.R. eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband - als Militärstandort von dem Truppenabzug bzw. -abbau negativ betroffen sein. Ausgeschlossen von der Förderung sind die Kommunen des Umlandverbands Frankfurt sowie die südhessischen Großstädte Wiesbaden und Darmstadt. Der Antrag wird mit einer Stellungnahme des zuständigen Regierungspräsidiums beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung eingereicht. Das Regierungspräsidium prüft hierbei, ob planungsrechtliche, raumordnerische oder städtebauliche Bedenken gegen die geplanten Vorhaben bestehen. Im Falle von geplanten Baumaßnahmen müssen auch Stellungnahmen des Wasserwirtschaftsamtes bzw. des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen mit eingereicht werden.

Bei Beginn der Vorhaben muss ein rechtswirksamer Zuwendungsbescheid vorliegen. Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb gelten bei geplanten Baumaßnahmen allerdings nicht als Vorhabenbeginn. Sie dürfen also bereits vor der Übersendung eines rechtswirksamen Zuwendungsbescheides durchgeführt werden.

Zur Information und Beratung der Gemeinden wurde von der Hessischen Landesregierung bei der HLT GmbH eine Projektgruppe Konversion eingerichtet. Dadurch können sich betroffene Gemeinden bei der Erarbeitung und der Umsetzung von Initiativen und Konzepten kostenlos beraten lassen.

### **Förderbedingungen**

Das Hessische Konversionsprogramm ist unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Problemlagen betroffener Gemeinden als eine Art Regionalprogramm aufgelegt worden. Dies bedeutet, dass die Förderung nicht in allen Militärstandorten gleichermaßen verfügbar ist. Außerdem wird grundsätzlich zwischen Planungsmaßnahmen und investiven Maßnahmen unterschieden.

Mit den oben erwähnten Ausnahmen ist in allen hessischen Militärstandorten die Förderung von Planungsmaßnahmen möglich. Diese Maßnahmen beinhalten einerseits erste, orientierende Planungen wie Struktur- und Rahmenplanungen, mit deren Hilfe fundierte Erkenntnisse über mögliche Folgenutzungen gewonnen werden sollen. Andererseits sind auch Planungen wie z.B. Bauleitplanung, Bebauungspläne, Umweltverträglichkeitsstudien, Altlasten-, Gebäude- und Verkehrsuntersuchungen förderfähig, falls eine Nutzung durch Gewerbebetriebe, Dienstleister oder wirtschaftlich-technische Infrastruktur angestrebt wird.

Die Förderung von investiven Maßnahmen zur Erschließung und Umnutzung von militärischen Flächen ist nur in den strukturschwachen und von den Konversionsfolgen in besonders hohem Maße betroffenen Regionen möglich. Diese sind die Städte und Gemeinden Arolsen, Bad Hersfeld, Butzbach, Büdingen, Fulda, Gelnhausen, Gießen, Hanau, Herborn, Hofgeismar, Kassel, Lorch, Marburg, Schwalmstadt, Wetzlar und Wolfhagen. Zu den investiven Maßnahmen gehören u.a.

- Ausbau und Ergänzung des Straßensystems
- Ausbau und Ergänzung der Ver- und Entsorgungssysteme
- Bau und Erneuerung von Gleisanschlüssen
- Begrünung öffentlicher Flächen
- Abbruch von Gebäuden
- Aufbau von Gründer-, Innovations- und Technologiezentren
- Förderung des sanften Tourismus

Das Gesamtvolumen der Fördermittel beläuft sich für den Zeitraum 1993 bis 1999 auf 150 Mio. DM. Die Zuwendung der Fördermittel erfolgt i.d.R. bis zu einer Höhe von 50% der zuwendungsfähigen Ausgaben. Bei kommunalen Zuwendungsempfängern wird die finanzielle Leistungsfähigkeit bei der Festlegung des Fördersatzes berücksichtigt. Die Zuwendungen erfolgen bei den Planungsmaßnahmen als Zuschüsse und bei den investiven Maßnahmen als zinslose Darlehen.

### **2.1.3.2 Vollständigkeit der Ziele**

#### **Entwicklungsdimensionen**

##### **1. *Umweltdimension***

Ökologische Aspekte im Sinne des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung spielen, trotz des stark struktur- und wirtschaftspolitischen Charakters des Hessischen Konversionsprogramms, eine nicht unbedeutende Rolle. Die Nutzung von Altflächen kann in der Regel als ökologisch positiv bezeichnet werden, da dadurch eine zusätzliche Bodenversiegelung vermieden werden kann.

Durch die Förderung von Altlastenuntersuchungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) können die ökologischen Folgen der militärischen Nutzung sowie der Nachfolgenutzung bestimmt werden. Gerade durch das Instrument der UVP können die ökologischen Aspekte bei der Vorbereitung der gewerblichen Nutzung der frei gewordenen Flächen berücksichtigt werden.

Außerdem sind im Bereich der Investitionen bestimmte Maßnahmen förderfähig, die üblicherweise einer sektoralen Umweltpolitik zugerechnet werden. Hierzu zählen die Maßnahmen im Bereich Abfall- und Abwasser sowie der Begrünung öffentlicher Flächen. Auch der sanfte Tourismus, der mit Hilfe von investiven Maßnahmen gefördert werden kann, weist auf die Berücksichtigung ökologischer Aspekte hin, da unter 'sanftem' Tourismus i.d.R. ein 'ökologisch und sozial verträglicher' Tourismus verstanden wird. Neben dem Ausbau der Straßenverkehrsinfrastruktur können auch der Ausbau bzw. Neubau von Gleisanschlüssen gefördert werden, was Teil einer umweltfreundlicheren Umweltpolitik ist.

Grundsätzlich muss aber betont werden, dass die Durchführung umweltfreundlicher Maßnahmen zwar förderfähig, aber nicht Voraussetzung für die Förderung und damit den strukturpolitischen Zielen untergeordnet ist.

##### **2. *Ökonomische Dimension***

Die zentrale Zielsetzung des Konversionsprogramms ist die Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten, um den negativen Folgen des Abrüstungsprozesses entgegenzuwirken. Der Schwerpunkt des Programms liegt daher bei den ökonomischen Aspekten, da durch die Umnutzung der Liegenschaften einerseits die Nachfrage nach Gewerbeflächen erfüllt werden kann, andererseits die Entwicklungschancen durch die Ansiedlung neuer Betriebe genutzt werden können. Durch die bei den investiven Maßnahmen förderfähigen Infrastrukturverbesserungen können die Rahmenbedingungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und eine effizientere Nutzung der Ressourcen gelegt werden.

Im Rahmen des Programms ist auch die Förderung investiver Maßnahmen für Forschung und Entwicklung möglich, z.B. durch den Aufbau von Innovations-, Gründer- und Technologiezentren. Einrichtungen dieser Art können zum Entstehen stabiler Strukturen zwischen Wissenschaft, innovativen Unternehmen, Neugründern und wirtschaftspolitischen Akteuren beitragen und in diesem Sinne positive Auswirkungen für die regionale Wirtschaft nach sich ziehen.

##### **3. *Soziokulturelle Dimension***

Wesentlicher Aspekt des Konversionsprogramms ist die Verringerung arbeitsmarktpolitischer Probleme. Gerade strukturell benachteiligte Regionen leiden unter den negativen direkten und indirekten Beschäftigungseffekten im Zusammenhang mit dem Truppenabzug. Die freigesetzten Arbeitskräfte können vom regionalen Arbeitsmarkt nicht absorbiert werden. Durch die im Pro-



gramm angestrebte Verbesserung der wirtschaftlichen Situation sollen auch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und somit das regional vorhandene Humankapital sinnvoll eingesetzt werden. Diese Maßnahmen tragen zum Erhalt des soziokulturellen Potentials ebenso bei wie die Förderung von Gründer- und Innovationszentren, die für eine bessere Umsetzung des regionalen Know-hows sorgen können.

## **Dimensionen der Chancengleichheit**

### **4. Soziale Chancengleichheit**

Das Programm soll zur Minderung der negativen Folgen des Truppenabzuges für die regionalen Arbeitsmärkte beitragen. Dies bedeutet, dass Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, wodurch der Abbau von Disparitäten zwischen den Lebensbedingungen der Menschen möglich ist. Somit wird also ein grundlegendes Element der sozialen Chancengleichheit angesprochen. Die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen wird nicht thematisiert.

### **5. Interregionale Chancengleichheit**

Aspekte der interregionalen Chancengleichheit werden in der Richtlinie an verschiedenen Stellen angesprochen, vor allem durch die Verringerung der Unterschiede bei den regionalen Lebensbedingungen. Dies wird deutlich an der Zielsetzung, die Umnutzung der militärischen Liegenschaften unter strukturpolitischen Gesichtspunkten umzusetzen. Einerseits soll diese Zielsetzung durch die Priorisierung von Standorten in strukturschwachen Regionen hinsichtlich förderfähiger Maßnahmen erreicht werden. Andererseits weist auch die Regelung, dass bei der Bestimmung der Fördersätze die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Antragstellers berücksichtigt wird, auf interregionale Chancengleichheitsaspekte hin.

### **6. Intergenerationale Chancengleichheit**

Durch die Förderung bestimmter Maßnahmen soll die Umnutzung der Militärflächen zumindest teilweise ökologisch verträglich gestaltet werden oder zu einer Verbesserung der Umweltsituation beitragen. Die gesellschaftlich sinnvolle zivile Nutzung von Flächen die häufig von städtebaulicher Bedeutung sind, kann zur dauerhaften Belegung von Ortschaften und Städten beitragen.

Durch die Nutzung und den Ausbau vorhandener Einrichtungen wird auch der Erhalt des künstlichen Kapitalstocks gefördert. Darüber hinaus können regionale Gründer-, Innovations- und Technologiezentren dazu beitragen, dass modernes, innovatives Know-how in der Region gebildet wird, was ebenfalls intergenerationale Aspekte berücksichtigt.

## **Systemische Prinzipien**

### **7. Diversität**

Die systemische Dimension 'Vielfalt' wird im Hessischen Konversionsprogramm kaum explizit berücksichtigt. In ökonomischer Hinsicht jedoch dient die auch strukturpolitisch motivierte Umnutzung der alten Militärgelände u.a. dazu, die Wirtschaftsstruktur zu diversifizieren. Auch die Förderung von Gründer-, Innovations- und Technologiezentren kann in dieser Hinsicht interpretiert werden.

Auf der Ebene der förderfähigen Sachverhalte ist eine Vielfalt von Maßnahmen vorgesehen. Neben unterschiedlichen Planungsmaßnahmen sind auch eine Vielzahl von investiven Maßnahmen förderungswürdig. Die Förderung von Maßnahmen für den sanften Tourismus setzt

neben den vorgesehenen Ausbau-, Aufbau- und Erneuerungsmaßnahmen der Infrastruktur einen völlig anderen Schwerpunkt.

Ökologische und soziokulturelle Aspekte der Dimension 'Vielfalt' werden im Programm nicht thematisiert.

### **8. Subsidiarität**

Das Landesprogramm ist vorrangig zur Unterstützung der von den Konversionsfolgen betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände gedacht. Die Verantwortung, d.h. die Initiative für die Projektentwicklung, die Antragstellung und die Projektdurchführung, liegt also grundsätzlich bei den Gemeinden. Gemeinden können auch in Vertretung anderer lokaler Initiativen tätig werden. Damit ist ein wesentliches Merkmal von Subsidiarität vorhanden. In das Bewertungsverfahren sind außerdem die zwischen dem Land und den Gemeinden liegende Verwaltungsebene Regierungsbezirk mit einbezogen. Das Regierungspräsidium erarbeitet eine Stellungnahme und prüft, ob der Maßnahme eventuell planungsrechtliche, raumordnerische, oder städtebauliche Bedenken entgegenstehen.

### **9. Netzwerke / Partnerschaft**

Eine Verknüpfung verschiedener Akteure findet hinsichtlich der Politiksektoren statt. Durch die Prüfung der Anträge wird sichergestellt, dass Ziele ausgewählter anderer Politikfelder (planungsrechtliche, raumordnerische, städtebauliche Ziele) nicht beeinträchtigt werden. Für die Prüfung sind Stellungnahmen fachtechnischer Dienststellen notwendig. Dabei handelt es sich um das Amt für Straßen und Verkehrswesen oder das Wasserwirtschaftsamt. Da das Wasserwirtschaftsamt zum Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit gehört, werden innerhalb des Programms auf horizontaler Ebene Beziehungen zwischen dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium hergestellt.

Ein wichtiger Aspekt zur Unterstützung von Netzwerken und der partnerschaftlichen Kooperation ist die Einrichtung einer Projektgruppe Konversion bei der HLT GmbH, die durch die Landesregierung initiiert wurde. Bei dieser Projektgruppe können sich die Kommunen kostenlos beraten und informieren lassen. Auf diese Weise profitieren einerseits die Kommunen von den Erfahrungen, die andere Antragsteller in Hessen oder auch in anderen Bundesländern bereits gemacht haben. Gleichzeitig kann durch die spezifische Kooperation der Informationsstand der bewilligenden Behörden verbessert werden. Dies bezieht sich nicht nur auf die Fördersachverhalte in einem konkreten Projekt, sondern auch auf den Erfolg und die richtige Ausrichtung des Programms und seiner Bestimmungen.

Die Etablierung von Öffentlich-privater Partnerschaft ist jedoch nicht nur in dieser Form möglich und erwünscht, sondern auch bei der Umsetzung von Investitionsmaßnahmen. Insgesamt kann also festgestellt werden, dass partnerschaftliche Aspekte im Hessischen Konversionsprogramm berücksichtigt werden.

### **10. Partizipation**

An der Auswahl der Projekte und Maßnahmen, die eine Kommune auf einem ehemaligen Militärgelände durchführen möchte, sind die Bürgerinnen und Bürger formell nicht beteiligt. Auch die Antragstellung erfolgt i.d.R. durch die Gemeinden, eventuell in Zusammenarbeit mit der HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH.

Am Entscheidungsverfahren über die Förderungswürdigkeit von Maßnahmen nehmen die Antragsteller und das Ministerium für Wirtschaft sowie andere Behörden teil. Die Teilnahme anderer Akteure und Interessengruppen an der Entscheidung ist formell nicht vorgesehen.

Somit kann festgestellt werden, dass partizipative Elemente im Sinne des Konzepts der Nachhaltigkeit nicht vorgesehen sind.

### **2.1.3.3 Konsistenz**

#### **Zielkonflikte**

Trotz seines eher strukturpolitischen Charakters verfolgt das Hessische Konversionsprogramm neben ökonomischen und sozialen auch ökologische Ziele, wie einige der förderfähigen Maßnahmen zeigen. Dabei können einzelne Maßnahmen, wie z.B. der Ausbau von Straßen, einen Widerspruch zu den ökologischen Zielen darstellen. Aber auch die Förderung von Umweltverträglichkeitsprüfungen kann zu einem ökonomisch-ökologischen Zielkonflikt beitragen, falls ökonomisch sinnvolle Maßnahmen als nicht umweltverträglich identifiziert werden. Antragsteller und Bewilligungsinstanz sind öffentliche Einrichtungen, die hier eine Abwägung vornehmen müssen.

#### **Komplementäre Ziele**

Durch die Bestimmung, dass alle Maßnahmen den Zielen der regionalen Strukturpolitik Hessens entsprechen müssen, wird versucht, Zielkonflikte auf den verschiedenen Politikebenen zu verhindern. Auch die Stellungnahmen des Regierungspräsidiums sowie der zuständigen Fachbehörden dienen diesem Anspruch. Die Ziele der ökonomischen Dimension sowie der sozialen Dimension können als komplementär bezeichnet werden, solange durch die Förderung der wirtschaftlichen Aktivitäten auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Verlagerung von Unternehmen innerhalb der Region, die sich auf einem ehemaligen Militärgelände ansiedeln, nicht unbedingt einen Zugewinn an Arbeitsplätzen bedeutet, sondern oftmals ein Null-Summen-Spiel darstellt.

#### **Konkretheit**

Das grundsätzliche Ziel des Programms ist, durch die Förderung neuer wirtschaftlicher Aktivitäten den negativen Folgen der Konversion für die Gemeinden entgegenzuwirken. Die in diesem Zusammenhang förderfähigen Maßnahmen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Zielerreichung, sowohl auf der Ebene der Planungsmaßnahmen als auch auf der Ebene der investiven Maßnahmen.

Die Richtlinie ist insgesamt sehr allgemein gehalten und nennt vor allem qualitative Ziele. Diese Ziele, nämlich die Lösung wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Probleme sowie die Nutzung von Entwicklungschancen wären zumindest teilweise quantitativ bestimmbar. Dies ist z.B. über die Zahl der in den Militärstandorten geschaffenen Arbeitsplätze möglich. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur könnte durch die Zahl der angesiedelten Betrieben aus Branchen, die gegenüber formulierten Leitvorstellungen in der Region untervertreten waren, gemessen werden. Allerdings werden für beide Größen keine quantitativen Ziele genannt.

Dagegen werden die Maßnahmen grundsätzlich etwas präziser beschrieben. Das gilt für die förderfähigen Planungen, aber auch für die Investitionen in die Entwicklung. Maßnahmen für Forschung und Technologie werden nicht näher beschrieben. Regionale Projektinitiativen werden als Gründerzentren, Innovationszentren und Technologiezentren umschrieben, bleiben aber ebenso unbestimmt wie die investiven Maßnahmen für den sanften Tourismus.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass das Hessische Konversionsprogramm sehr allgemein und qualitativ formuliert ist.

### 2.1.3.4 Wirkung des Konversionsprogramms

Die nachfolgende Darstellung stützt sich auf die Zahlen der verausgabten Landesmittel. Eine eigene Untersuchung der tatsächlichen Wirkungen im Sinne der Nachhaltigkeit war im Rahmen dieses Projekts nicht möglich. Zu den ökonomischen und siedlungsstrukturellen Problemen der Konversion und den Hilfen des Landes hat das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung zusammen mit der HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH einen umfangreichen Bericht vorgelegt.<sup>2</sup> Die Förderbilanz stellt u.a. die Fördermaßnahmen von 1993 bis 1996 nach Maßnahmebereichen dar. Die folgende Abbildung übernimmt die Darstellung von S. 79 des o.g. Berichts:

Jahr	Aufteilung der Mittel	Planungsmaßnahmen in DM	Flächenrecycling in DM	Wirtschaftsnahe Infrastruktur in DM	Einzelbetriebliche Förderung in DM	Mitteleinsatz insgesamt
1993	Zuschuss	1.419.500	0	6.915.000	801.500	9.136.000
	KONVER	115.400	0	2.685.000	0	2.800.400
	Gesamt	1.534.900	0	9.600.000	801.500	11.936.400
1994	Zuschuss	1.509.300	314.400	0	662.400	2.486.100
	KONVER	502.300	0	0	0	502.300
	Gesamt	2.011.600	314.400	0	662.400	2.988.400
1995	Zuschuss	587.625	706.000	0	1.572.700	2.866.325
	Darlehen	0	6.250.000	8.400.000	0	14.650.000
	KONVER	334.475	4.912.600	0	0	5.247.075
	Gesamt	922.100	11.868.600	8.400.000	1.572.700	22.763.400
1996	Zuschuss	359.750	0	1.000.000	1.354.000	2.713.750
	Darlehen	0	0	3.750.000	0	3.750.000
	KONVER	261.450	2.720.500	1.289.100	0	4.271.050
	Gesamt	621.200	2.720.500	6.039.100	1.354.000	10.734.800
1993- 8/1996	Zuschuss	3.876.175	1.020.400	7.915.000	4.390.600	17.202.175
	Darlehen	0	6.250.000	12.150.000	0	18.400.000
	KONVER	1.213.625	7.633.100	3.974.100	0	12.820.825
	Gesamt	5.089.800	14.903.500	24.039.100	4.390.600	48.423.000

**Tabelle 2**

Gefördert wurden also Planungsmaßnahmen, Maßnahmen des Flächenrecyclings, die wirtschaftsnahe Infrastruktur und einzelne Betriebe im Fördergebiet.

In Mittelhessen betrug die Summe der geförderten Planungsmaßnahmen ca. DM 1,7 Mio. Aus den Landesmitteln zuzüglich knapp DM 200.000 KONVER-Mittel. Investive Maßnahmen wurden mit knapp DM 14,5 Mio. gefördert, wobei KONVER-Mittel in Höhe von DM 7,6 Mio. sowie Lan-

<sup>2</sup> Piesk, Susanne u.a. / Meinen, Dagmar (1996) Sechs Jahre Konversion in Hessen 1991-1996: Eine Zwischenbilanz. Wiesbaden. Dezember 1996.

desdarlehen in Höhe von DM 6,3 Mio. verwendet wurden. Von den gesamten Zuwendungen für investive Maßnahmen im Rahmen der Konversionsprogramme flossen über 97% nach Mittelhessen - hierdurch wird die enorme Bedeutung für die Region deutlich. Die wirtschaftsnahe Infrastruktur schließlich wurde in Mittelhessen mit einer Gesamtzuwendung in Höhe von über DM 13,3 Mio. gefördert. Mit Hilfe der Förderung der gewerblichen Wirtschaft wurden neun Betriebe mit einem Zuschuss von insgesamt DM 866.300 unterstützt. Hierdurch konnten 146 Arbeitsplätze gesichert und 58 neu geschaffen oder geplant werden.

Insgesamt war, nachdem der Bund kein entsprechendes Förderprogramm aufgelegt hat, die Förderung des Landes ein wesentliches Instrument zur raschen Umsetzung von Maßnahmen innerhalb des Konversionsprozesses. Im untersuchten Fallbeispiel "Steubenkaserne" wurden z.B. die Ausführungsplanungen, die Straßenbaumaßnahmen, der Bau eines Stammgleises, die Kanalsanierungsmaßnahmen und die notwendigen Abbrucharbeiten mit insgesamt DM 13.002.400 unterstützt.<sup>3</sup> Außerdem wurden die Maßnahmen mit Zuwendungen aus anderen Programmen gekoppelt. So wurde z.B. auf dem Gelände der Steubenkaserne das Biotechnologie-Institut Mittelhessen (BIM) angesiedelt. Gegenstand des BIM ist die Förderung anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung marktfähiger Produkte, Verfahren und Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bio- und Umwelttechnologie. Gefördert wurden die Ersteinrichtung sowie die Anlaufkosten.

### **2.1.3.5 Zusammenfassung**

Das Hessische Konversionsprogramm weist eine Vielzahl der Aspekte des Nachhaltigkeits-Rasters auf.

Hinsichtlich der Entwicklungsdimensionen kann festgestellt werden, dass alle drei Zielfelder angesprochen werden. Die ökonomische Dimension als grundsätzliches Ziel sowie die soziokulturelle Dimension durch die Schaffung von Arbeitsplätzen sind zentraler Bestandteil des Programms. Bedeutend ist die Tatsache, dass auf der Ebene der Maßnahmen auch Umweltschutzziele berücksichtigt werden. Gleichwohl muss betont werden, dass Umwelt-Maßnahmen zwar förderfähig, aber nicht vorgeschrieben sind. Der Umweltschutz besitzt somit optionalen Charakter und wird den strukturpolitischen Zielsetzungen untergeordnet.

Die Dimensionen der Chancengleichheit werden alle berücksichtigt, die soziale Chancengleichheit allerdings nur in geringem Maße und jeweils auf einen von mehreren Aspekten beschränkt. Der interregionalen Chancengleichheit wird durch die Prioritätensetzung bei den förderfähigen Teilräumen des Landes Rechnung getragen. Die intergenerationale Chancengleichheit wird umfassender angesprochen, wobei die Berücksichtigung ökologischer Aspekte jedoch nicht zwingende Voraussetzung für die Förderung ist. Der Zweck des Programms an sich, also die Konversion ehemals militärischer Liegenschaften, trägt allerdings bereits zu einer gerechteren Verteilung der Ressource "Fläche" auf verschiedene Generationen bei.

Bei den systemischen Prinzipien werden wesentliche Aspekte nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Subsidiarität wird durch das Initiativrecht der Kommunen zum expliziten Gegenstand der Richtlinie gemacht. Information und Partizipation von Interessengruppen sind formal nicht vorgesehen. Der Aspekt 'Vielfalt' wird lediglich auf der Ebene der Diversität der Wirtschaftsstruktur, berücksichtigt. Hingegen lassen sich für die Umsetzung partnerschaftlicher Ziele einige Anhaltspunkte finden - einerseits zwischen den verschiedenen Politikfeldern, andererseits hinsichtlich der Umsetzung von öffentlich-privaten Partnerschaften.

---

<sup>3</sup> Vgl. ebenda, S. 83.

Komplementäre Zielbeziehungen sind grundsätzlich vorhanden. Eine genaue Beurteilung bedarf aber der Details über die Ausgestaltung der Maßnahmen, denn häufig treten Zielkonflikte erst auf der Ebene der Umsetzung auf. Die Überprüfung der Zielerfüllung muss sich an den qualitativ formulierten Zielen der Richtlinie orientieren.

Insgesamt fördert oder berücksichtigt das Programm verschiedene Aspekte der Nachhaltigkeit, setzt jedoch keine sehr starken Anreize hierfür. Am bedeutsamsten ist das Ziel, im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung schonender mit Siedlungsflächen umzugehen. Hierbei werden vor allem ökonomische und ökologische Ziele gut integriert.

## **2.1.4 Das Landesprogramm “Arbeit statt Sozialhilfe”**

### **2.1.4.1 Programmbeschreibung**

#### **Hintergrund**

Das hessische Landesprogramm “Arbeit statt Sozialhilfe” ist eine der Finanzierungshilfen des Landes Hessen an einzelne Projekte mit sozialer Zielsetzung. Das Programm ist Teil des sogenannten “Integrierten Arbeitsmarktprogramms” und wird vom Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung (HMFAS) verwaltet. Weitere Programme des HMFAS sind z.B.

- das “Hessische Sonderprogramm für Schwerbehinderte”,
- das Programm “Beratung zur beruflichen Förderung von Frauen”,
- das Landesprogramm zur Arbeitsbeschaffung “Arbeit 1995”,
- das Programm “Orientierungskurse für erwerbslose Frauen”,
- das Programm “Lokale Beschäftigungsinitiativen”,
- das “Sonderprogramm zur Beschäftigung älterer Schwerbehinderter”
- und das Projekt “Regionale Koordinierungsstellen für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik”.

Zu den zur Verfügung gestellten Landesmitteln kommen Zahlungen aus dem EU-Sozialfonds hinzu.

Aufgabe des hier untersuchten Programms ist es, mit Hilfe von zweijährigen, tariflich entlohnten, qualifizierenden Arbeitsplätzen Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger(inne)n, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Um dieses Ziel zu erreichen, soll während der zwei Jahre, in denen die Teilnehmer einer geförderten Erwerbsarbeit nachgehen, eine Kombination von qualifikatorischen, berufspraktischen und sozialpädagogischen Programmelementen verwendet werden. Zudem wird eine Kinderbetreuung während der Förderzeit garantiert.

Ein wichtiger Aspekt dieses Programms ist, dass durch eine zweijährige reguläre Beschäftigung die Teilnehmer einen Anspruch auf Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe) durch die Bundesanstalt für Arbeit erlangen. Da die Arbeitslosenversicherung Bundesangelegenheit ist, während für die Sozialhilfe die kommunale Ebene aufkommen müssen, führt dies in der Regel zu einer Entlastung der kommunalen Haushalte. Das Programm ist also auch als Teil einer finanzpolitischen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen institutionellen Ebenen zu verstehen.

## **Ziele**

Ziel des Programms ist es, die Zahl der langzeitarbeitslosen oder von sozialer Ausgrenzung bedrohten Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger zu verringern und diese in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu reintegrieren. Die Maßnahmen sind dabei individuell auf die Bedürfnisse der Betroffenen anzupassen. Die Förderung von Frauen soll ihrem Anteil an der Zielgruppe entsprechen. Durch geeignete Betreuung und Beratung sollen daher die geschlechtsspezifischen Belastungen und familiären Aufgaben der Teilnehmer(innen) erleichtert werden, indem z.B. die Betreuung der Kinder garantiert wird.

## **Akteure**

Zuwendungsempfänger sind die kreisfreien Städte und Landkreise sowie die hessischen Landeswohlfahrtsverbände als örtliche Träger der Sozialhilfe. Zur Umsetzung von Maßnahmen im Sinne des Programms können sie sich Dritter bedienen und Kooperationen mit den örtlichen Arbeitsämtern, privaten Unternehmen und Beschäftigungsgesellschaften nutzen. Somit sind auch diese Kooperationspartner Akteure im Sinn des Programms. Außerdem soll das Frauenbüro des Zuwendungsempfängers bei der Planung, Antragstellung und Umsetzung der Maßnahmen beteiligt werden.

Die Wirtschaftsförderung Hessen Investitionsbank AG (HLT) fungiert als Bewilligungsbehörde des Landes und als Kontrollinstanz über die Verwendung der Mittel.

## **Begründung der Auswahl des Programms**

Im Jahr 1995 plante die Landesregierung insgesamt 87,4 Mio. DM für das integrierte Arbeitsmarktprogramm und andere Fördermaßnahmen auszugeben. Davon waren 78,4 Mio. DM Gelder des Landes und ca. 9 Mio. DM Mittel des ESF. Von den Landesmitteln waren alleine 28 Mio. DM, also ca. 36% für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" vorgesehen. Damit ist das genannte Programm das größte Einzelprogramm aller beteiligten Ministerien. Auch die zuständigen regionalen Experten haben dem Programm eine große Bedeutung für die Beschäftigungssituation in der Region zugeschrieben.

## **Verfahren**

Ausgangspunkt des Antragsverfahrens ist die Bereitstellung der Mittel für die Sozialhilfeträger zu Beginn eines Jahres. Dabei werden die Programm-Mittel auf die jeweiligen Sozialhilfeträger verteilt, abhängig von deren Anteilen an den hessischen Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfängern.

Bis zum 30. Mai müssen die Anträge der Sozialhilfeträger bei der Bewilligungsbehörde eingegangen sein, wobei folgende Punkte enthalten sein müssen:

- die Anzahl der zu fördernden Arbeitsplätze
- der Beginn des Förderzeitraumes
- die Zahl der Personen, die die Arbeitsplätze voraussichtlich besetzen sollen
- die geplanten Arbeitsfelder und die geplante Form der Qualifizierung

Förderfähig sind Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, die länger als ein Jahr erwerbslos waren oder von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Auch Personen, die einer persönlichen und beruflichen Beratung und Unterstützung bedürfen, um eine ungeforderte Stelle antreten zu können, können gefördert werden. Darüber hinaus sind Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Zielgruppe in die Förderung aufzunehmen.

## **Förderbedingungen**

Im Rahmen des Beschäftigungsprogramms 'Arbeit statt Sozialhilfe' werden mindestens zweijährige qualifizierende Arbeitsverhältnisse gefördert. Hierbei ist eine Kombination von qualifikatorischen, berufspraktischen und sozialpädagogischen Programmelementen während der zwei Jahre vorgesehen. Die Vollzeitarbeitsplätze können auf Wunsch auch zwischen mehreren Personen aufgeteilt werden, wobei die Teilzeitbeschäftigung sozialversicherungspflichtig sein muss. Zusätzlich können die Kosten für eine eventuell notwendige Kinderbetreuung sowie für eine angemessene fachliche Betreuung und soziale Beratung gefördert werden. Neben der direkten Förderung von Arbeitsplätzen ist auch die berufliche Qualifizierung sowie persönliche und soziale Beratung förderfähig, falls diese Maßnahmen notwendig sind, um die Aufnahmen einer nicht geförderten Erwerbsarbeit zu ermöglichen.

Der Umfang der finanziellen Förderung je Arbeitsplatz beläuft sich auf durchschnittlich 20.000 DM und ist abhängig von der Finanzkraft des Zuwendungsempfängers.

### **2.1.4.2 Vollständigkeit**

#### **Entwicklungsdimensionen**

##### **1. Umweltdimension**

Das Programm 'Arbeit statt Sozialhilfe' besitzt rein sozialpolitischen Charakter. Ökologische Ziele werden weder direkt noch indirekt angesprochen.

##### **2. Ökonomische Dimension**

Durch den sozialpolitischen Schwerpunkt des Programms werden teilweise direkt, teilweise indirekt auch ökonomische Zusammenhänge berücksichtigt. Die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose als ein Hauptziel des Programms weist auch ökonomischen Charakter auf. Durch die Wiedereingliederung der Teilnehmer in den Arbeitsmarkt - wenn auch zu Beginn nur in den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt - ist für sie eine Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung dieser Menschen, sowohl im materiellen wie im immateriellen Sinn, möglich. Die Aufnahme von tariflich entlohnten Arbeitsverhältnissen kann auch volkswirtschaftlich sinnvoll sein. Das ansonsten brachliegende Potential der Teilnehmer wird dadurch genutzt. Dieser Menschen findet das Humankapital eine effizientere Verwendung.

Durch die Notwendigkeit der fachlichen Anleitung und sozialen Betreuung der betroffenen Personen entstehen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Kosten für das erforderliche Fachpersonal sind ebenfalls förderungsfähig.

##### **3. Soziokulturelle Dimension**

Der Schwerpunkt des Programms liegt auf der Verbesserung der sozialen Situation von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängerin durch soziale und berufliche Qualifikation. Ihre Reintegration in den Arbeitsmarkt kann einerseits als Erhalt und Entwicklung des individuellen Humankapitals verstanden werden. Darüber hinaus ist eine gesellschaftliche Wirkung des Programms zu erwarten: es wirkt der Ausgrenzung von Randgruppen und der sozialen Desintegration entgegen, die sich in den letzten Jahren aufgrund ökonomischer Entwicklungen verstärkt hat. Mit seiner Konzentration auf die abhängige Erwerbsarbeit stützt es allerdings auch deren zentrale Rolle für Identität und soziales Leben in unserer Gesellschaft.

Individuell ausgearbeitete Hilfepläne im Rahmen des AsS-Programms sollen soziale Schwierigkeiten (familiäre Belastungen, Verschuldung, überstandene Suchtkrankheiten) bei der Planung



und Ausgestaltung der Maßnahmen berücksichtigen. Hierdurch ist es möglich, das jeweilige Potential bestmöglich zu fördern.

## **Dimensionen der Chancengleichheit**

### **4. Soziale und zwischengeschlechtliche Chancengleichheit**

Bereits in der zentralen Zielsetzung des Programms wird deutlich, dass die soziale Chancengleichheit den Schwerpunkt der Dimensionen der Chancengleichheit darstellt. Die Verbesserung der Lebensumstände für Menschen in sozialer Not und deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zielt auf die Verminderung von Disparitäten zwischen den Menschen - sowohl in sozialer wie auch in ökonomischer Hinsicht.

Die spezielle Regelung, dass Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Zielgruppe gefördert werden sollen, zielt darauf ab, Benachteiligungen von Frauen abzubauen. Auch die Erleichterung geschlechtsspezifischer Belastungen z.B. durch die Gewährleistung von Kinderbetreuung dient zur Verbesserung der Teilnahmemöglichkeiten von Frauen am AsS-Programm.

Die geförderten Arbeitsplätze sollen qualifizierend sein und den späteren Einstieg in den nicht geförderten, sog. 'ersten Arbeitsmarkt' erleichtern. Die Förderung des persönlichen Potentials soll auch durch eventuell notwendige Qualifizierungsmaßnahmen vor der Aufnahme einer un-geförderten Erwerbstätigkeit erreicht werden. Dies trägt zu einer größeren Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Weiterbildung bei.

### **5. Interregionale Chancengleichheit**

Die Verteilung der Gesamtmittel im Rahmen des AsS-Programms auf die Sozialhilfeträger erfolgt abhängig von deren Anteil an den hessischen Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfängern. Finanzschwache Sozialhilfeträger werden bevorzugt gefördert. Dies trägt zu einem Ausgleich regionaler Unterschiede bei.

### **6. Intergenerationale Chancengleichheit**

Die Chancengleichheit zwischen den Generationen spielt beim Programm 'Arbeit statt Sozialhilfe' keine ausdrückliche Rolle. Die besondere Berücksichtigung von familiären Verhältnisse und Erziehungsaufgaben trägt jedoch dazu bei, dass es für Kinder aus benachteiligten Verhältnissen von besonderer Bedeutung sein kann. Besonders kinderreiche Familien sind heute von ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten bedroht. Das AsS-Programm wirkt somit einer sich abzeichnenden Verschlechterung der persönlichen Entwicklungschancen der nächsten Generation entgegen.

## **Systemische Prinzipien**

### **7. Vielfalt**

Durch die relativ großen Gestaltungsspielräume, die das Programm den kommunalen Trägern lässt, können im Prinzip recht unterschiedliche Lösungen entstehen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass in diesem Rahmen tatsächlich auch kreative Ansätze entstanden sind (siehe ZAUG, weiter unten).

Einen bescheidenen Beitrag zu größerer Vielfalt im Arbeitsleben leistet das Programm durch die ausdrückliche Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen. Auf individueller Ebene kann die individuelle persönliche und berufliche Beratung zu einer größeren Vielzahl von Entwicklungsmöglichkeiten und Lebensalternativen beitragen. Auf diese Weise entsteht auch ein differenzierteres

und vielfältigeres Angebot von Hilfsmaßnahmen. Für die Vielfalt der regionalen Wirtschaftsstruktur und erst recht der Biodiversität dürfte das Programm kaum Auswirkungen haben. Interessanter könnte ein indirekter Effekt sein: in manchen Gegenden könnte das Programm vor allem zu einer besseren Integration von ausländischen Mitbürgern beitragen und damit einen aktiven Beitrag zur kulturellen Vielfalt leisten.

### **8. Subsidiarität**

Die Richtlinie legt fest, dass die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die Landeswohlfahrtsverbände als örtliche Träger der Sozialhilfe Zuwendungsempfänger der Landesmittel sind. Die örtlichen Träger der Sozialhilfe können sich zur Umsetzung der Maßnahmen anderer Institutionen und privaten Unternehmen bedienen. Daher liegt die Verantwortung der genauen inhaltlichen Ausgestaltung, also die Auswahl der Qualifizierungs- und Beschäftigungsfelder sowie die Bereitstellung des Arbeitsplatzes vor allem bei den örtlichen Trägern. Damit ist ein grundsätzliches Merkmal von Subsidiarität vorhanden.

Die Richtlinie regelt weiter, dass den Landkreisen, kreisfreien Städten und dem Landeswohlfahrtsverband zu Beginn des Rechnungsjahres für den Landeshaushalt ein bestimmter Betrag in Aussicht gestellt wird. Die örtlichen Träger der Sozialhilfe prüfen die Förderfähigkeit der Projekte anderer Institutionen, stimmen die selbst geplanten Projekte mit den Projekten anderer Institutionen ab und teilen den in Aussicht gestellten Betrag entsprechend auf. Die Projekte anderer lokaler Initiativen sind den Gemeindeprojekten grundsätzlich gleichgestellt. Diese Initiativen sind also autonom hinsichtlich der Initiative für die Projektentwicklung und der Projektdurchführung. Die Entscheidung über die Verteilung der bewilligten Mittel bleibt jedoch bei den Kommunen.

Das Programm erfordert eine enge Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Ebenen. Ein nicht unerheblicher Teil der Finanzmittel kommt von der Europäischen Union. Im Jahr 1993 standen 4,6 Mio. ESF-Mittel zur Verfügung 1995 4 Mio. Über die genaue Verwendung dieser Mittel entscheidet jedoch vor allem das Land.

### **9. Netzwerke / Partnerschaft**

In der Richtlinie wird darauf hingewiesen, dass diese im Einvernehmen mit den Finanzministerium, dem Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie dem Rechnungshof veröffentlicht worden sei.

Im Rahmen der Programmkontrolle finden sogenannte Umsetzungsbesprechungen statt, die als Koordinations- und Informationsforen dienen. Bei diesen Besprechungen, an denen die Landesbehörden, die lokalen Beschäftigungsträger sowie die örtlichen Sozialhilfeträger beteiligt sind, werden Fragen der Fördervoraussetzungen sowie Organisations- und Verwaltungsfragen diskutiert und projektbezogene Rahmeninformationen weitergegeben. Dieser regelmäßige Informationsaustausch führt nicht nur zu einer Qualitätsverbesserung der Projekte, sondern dient auch der direkten Kommunikation zwischen dem programmverantwortlichen Ministerium und den projektverantwortlichen Sozialhilfe- und Beschäftigungsträgern.

Auf lokaler Ebene sollen die Sozialhilfeträger die Projekte - sofern nicht gemeinnützig - mit den örtlichen Kammern, d.h. der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer abstimmen. Auch die Kooperation mit den örtlichen Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit, privaten Unternehmen, freien Trägern und Beschäftigungsgesellschaften dient dem Aufbau von lokalen oder regionalen Netzwerken.

## **10. Partizipation**

Partizipation im Sinne einer offenen Bürgerbeteiligung findet zumindest auf der Entscheidungsebene nicht statt. Vielmehr beschreibt das Programm ein mehrstufiges Entscheidungsverfahren im Gegenstromprinzip: Die Landesregierung teilt den Trägern der örtlichen Sozialhilfe Fördermittel zu. Die lokalen Initiativen und die Träger der örtlichen Sozialhilfe entwickeln Projekte. Koordination und Vorauswahl finden auf der Ebene der Landkreise und Städte statt, die Kompetenz zur endgültigen Entscheidung über die Fördermittelvergabe liegt bei der Landesverwaltung.

Im Programm ist jedoch die Teilnahme bestimmter Einrichtungen am Prozess der Maßnahmenentwicklung vorgesehen. So nehmen z.B. die Frauenbüros oder vergleichbare Einrichtungen der Zuwendungsempfänger an der Projektentwicklung, der Antragstellung und der Umsetzung teil. Innerhalb der Träger der einzelnen Projekte sind bei Einstellungen noch die Betriebsräte, Personalräte bzw. die kirchlichen Mitarbeitervertretungen zu beteiligen.

Als Element der Partizipation kann die individuelle Beratung der Teilnehmer und die individuelle Ausgestaltung der Maßnahmen angesehen werden.

### **2.1.4.3 Konsistenz**

#### **Zielkonflikte**

Die Analyse der Entwicklungsdimensionen hat gezeigt, dass das hessische Programm Arbeit statt Sozialhilfe vor allem die soziale, z.T. auch die ökonomische Dimension explizit berücksichtigt. Die ökologische Dimension wird hingegen nicht thematisiert. Durch diese Konstellation verringert sich das Konfliktpotential.

Ein Zielkonflikt zwischen dem sozialpolitischen Ziel der Reintegration von Problemgruppen in den Arbeitsmarkt und der Schaffung von ungeforderten Arbeitsplätzen für diese Zielgruppen ist jedoch möglich. Die subventionierten Arbeitsplätze (sogenannter zweiter Arbeitsmarkt) können eine Konkurrenz für andere, nicht in gleicher Weise subventionierte Marktteilnehmer (sogenannter erster Arbeitsmarkt) darstellen, was zum Verlust von Arbeitsplätzen des ersten Arbeitsmarktes könnte.

#### **Komplementäre Ziele**

Das Zielsystem des Programms nennt als Hauptziel die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt. Für diese Personen sollen qualifizierende Arbeitsplätze bzw. die relevante Unterstützung zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit gefördert werden. Als Nebenziele werden die Beschäftigung der notwendigen Fachkräfte für Beratung, Unterstützung, Projektmanagement und Kinderbetreuung genannt. Außerdem sollen geförderte Arbeitsplätze für Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Zielgruppen zur Verfügung gestellt werden. Diese Ziele sind grundsätzlich komplementär.

### **2.1.4.4 Konkretheit**

Die Maßnahmen, mit denen das mehrfach zitierte Grundziel des Programms erreicht werden soll (Schaffung von qualifizierenden Arbeitsplätzen, Erleichterung spezifischer Belastungen) sind diesem Ziel zwar verbunden, sind in den Richtlinien allerdings sehr allgemein formuliert. Ebenso sind die Inhalte der förderfähigen Arbeitsplätze nicht geregelt. Trotzdem kann der quantitative Erfolg des Programms anhand der Zahl der Betroffenen, die während oder nach Ablauf der Förderdauer eine ungeforderte Erwerbsarbeit aufnehmen, relativ einfach gemessen werden.

Das Ziel der Schaffung von qualifizierenden Arbeitsplätzen ist ein quantitativ messbares Ziel. Allerdings verzichtet das Programm auf die konkrete Nennung von Zielvorgaben. Eine vom HMFAS im Jahr 1995 herausgegebene Broschüre nennt aber die entsprechenden Zahlen. Danach wurden ca. 1.850 Arbeitsplätze gefördert. Weitere 150 sollten zusätzlich geschaffen werden.

#### **2.1.4.5 Wirkung des Programms**

Das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" wird von der HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH wissenschaftlich begleitet und bewertet. Die Ergebnisse der Bewertung werden dokumentiert. In diesem Zusammenhang stellt ein HLT-Gutachten fest:

"Das Landesprogramm "Arbeit statt Sozialhilfe" wird in Hessen seit 1992 durchgeführt. Seitdem werden hierfür vom Land kontinuierlich Mittel bereitgestellt, seit 1993 mit Beteiligung des Europäischen Sozialfonds (ESF). Von 1992 bis 1995 wurden insgesamt rund 143 Mio. DM bewilligt, darin enthalten sind knapp 10 Mio. DM des ESF.

Mit diesen Mitteln konnten nicht nur die zu Beginn des Programms realisierten 1080 Plätze weitergefördert werden, sondern durch die jährliche Aufstockung der bereitgestellten Arbeitsplätze der Bestand bis zum Jahr 1995 auf 1850 erhöht werden. Da die Arbeitsplätze auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt wurden und Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorzeitig aus den Maßnahmen ausgeschieden sind, konnten auf diesen Plätzen zwischen 1992 und 1995 mehr als 4.500 Personen gefördert werden."<sup>4</sup>

Nach einer aktuellen Darstellung<sup>5</sup> stehen für die neue Programmrunde "Arbeit statt Sozialhilfe 1997" (AsS 97) insgesamt 40 Mio. DM zur Verfügung. Davon entfallen 8 Mio. DM auf das Haushaltsjahr 1997 und 32 Mio. DM sind Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre 1998 und 1999. Mit AsS 97 können ca. 1000 Plätze weitergefördert bzw. neu in die Förderung aufgenommen werden.

#### **2.1.4.6 Zusammenfassung**

Das Programm berücksichtigt mit der ökonomischen und der soziokulturellen nur zwei der drei Entwicklungsdimensionen, wobei der Schwerpunkt eindeutig auf der soziokulturellen Ebene liegt. Es werden keine expliziten Anreize dafür gesetzt, neben ökonomischen und sozialen auch ökologische Ziele zu verfolgen.

Von den verschiedenen Dimensionen der Chancengleichheit spielt - dem sozialpolitischen Charakter des Programms entsprechend - die Dimension "Soziale und zwischengeschlechtliche Chancengleichheit" die bedeutendste Rolle. Auch die interregionale Chancengleichheit wird durch die Verteilung der Fördermittel berücksichtigt, während die intergenerationale Chancengleichheit im Programm nur am Rande erscheint.

Diversität wird indirekt vor allem dadurch gefördert, dass die Richtlinie für die konkrete Ausgestaltung durch die kommunalen Träger einen breiten Spielraum lässt. Das Prinzip der Subsidiarität wird durch eine enge Zusammenarbeit mehrerer Ebenen und eine recht weitgehende Gestaltungsfreiheit auf kommunaler Ebene weitgehend berücksichtigt. Das Konzept "Partnerschaft" wird in der Richtlinie mehrfach direkt angesprochen. Das Zusammenwirken von Projekten, Sozialhilfeträgern, Arbeitsamt und Teilnehmern und anderen Akteuren hat einerseits kon-

---

<sup>4</sup> Mischnick, Jeanette (1996) Was bewirkt "Arbeit statt Sozialhilfe" - Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Landesprogramms "Arbeit statt Sozialhilfe". Wiesbaden. 1996 (HLT Report Nr. 507).

<sup>5</sup> Vgl. Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung (o.J.) Hessen schafft Arbeit - Das integrierte Arbeitsmarktprogramm und andere Fördermaßnahmen der Landesregierung. (O.O., o.J.).

krete individuelle Pläne zur Wiedereingliederung zum Ziel, andererseits wird die Verbesserung der regionalen und lokalen Kooperationen und Entstehung von Netzwerken ermöglicht. Von Partizipation kann vor allem im Hinblick auf die individuelle Ausgestaltung der Maßnahmen gesprochen werden.

Komplementäre Zielbeziehungen zwischen den angesprochenen Zielfeldern sind grundsätzlich vorhanden. Für eine genaue Beurteilung müssten allerdings die Details der Ausgestaltung der Maßnahmen untersucht werden. Das Verhältnis zwischen dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt stellt einen potentiellen Zielkonflikt dar, der ebenfalls nur im Einzelnen beurteilt werden kann.

Die Zielrichtung des Programms wird in der Richtlinie relativ genau beschrieben und abgegrenzt. Eine Quantifizierung der Ergebnisse ist relativ einfach durchführbar. Eine Festlegung von quantitativen Zielen erfolgt jedoch nicht.

## **2.2 Ländlicher Raum und Landwirtschaft**

### **2.2.1 Der Kontext**

Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der regionalen Bruttowertschöpfung ist in Mittelhessen rund doppelt so hoch (1992:1,1%) wie in Hessen insgesamt (0,56%). Wirtschaftsstrukturell betrachtet lassen sich grob drei Teilräume unterscheiden: Während der Lahn-Dill-Kreis eher industriell geprägt ist, haben die Dienstleistungen im Städtedreieck Gießen-Marburg-Wetzlar einen hohen Stellenwert. In den übrigen Teilräumen weist der primäre Sektor eine relativ große Bedeutung auf.

Entsprechend der Systematik der Raumtypen (der BfLR) umfasst das Bundesland Hessen sowohl Agglomerationsräume als auch sogenannte Verstädterte Räume und Ländliche Räume. Mittelhessen ist insgesamt als Verstädterter Raum klassifiziert. Mit Ausnahme des Vogelsberg-Kreises umfasst das Gebiet Ober- und Mittelzentren und sonstige Gemeinden in verdichteten Kreisen. Der Vogelsberg wird als Ländlicher Kreis bezeichnet. Dieser Abgrenzung entspricht grundsätzlich die Förderkulisse der Europäischen Union. Von dieser wurde der Vogelsbergkreis als 5b-Fördergebiet anerkannt. Die anerkannten ländlichen Entwicklungsgruppen im Vogelsberg und im Burgwald wurden außerdem in die Förderung gemäß der Gemeinschaftsinitiative LEADER aufgenommen. Des weiteren sind Teile des Vogelsbergkreises nationales Regionalfördergebiet gemäß der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".

Das Land Hessen hat zur Förderung der ländlichen Regionalentwicklung einerseits ein differenziertes System von sogenannten Strukturprogrammen aufgebaut. Andererseits fördert es eine Reihe von 'Integrierten Entwicklungsansätzen' in den ländlichen Regionen.

Die Fördermaßnahmen des hessischen Strukturprogramms umfassen folgende Programme:

- Dorferneuerungsprogramm
- Programm zur Ländlichen Regionalentwicklung
- Programm zur Förderung von Produktinnovation und Marketingprojekten in der Landwirtschaft
- Produktinnovationsprogramm
- Programm zur Förderung von Marketingaktivitäten in der Landwirtschaft
- Programm zur Vermarktungsförderung umwelt- und tiergerecht erzeugter landwirtschaftlicher Produkte

- Programm "Vermarktung nach besonderen Regeln
- Flächenförderung mit Regionalbezug.

Gemeinsam ist den Programmen die Orientierung an der Region als Handlungsebene. Aus der Tatsache dass es eine Vielfalt ländlicher Räume gibt wurde die Notwendigkeit abgeleitet, über ein ebenso differenziertes System regionalpolitischer Instrumente zu verfügen. Alle genannten Programme sind dem Ziel verpflichtet, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Entwicklung des Ländlichen Raums zu stärken. Die einzelnen Programme weisen jedoch unterschiedliche Grundsätze, Ansatzpunkte und Zielvorstellungen auf.

Das Dorferneuerungsprogramm und das Ländliche Regionalprogramm, die hier näher untersucht werden, wurden zunächst vom Hessischen Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz initiiert und geleitet und werden seit der Umstrukturierung der Ministerien vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung fortgeführt.

Von den insgesamt acht sogenannten Integrierten Entwicklungsansätzen in Hessen liegen die Projekte Lahn-Dill-Bergland und Vogelsberg vollständig, und das Projekt Burgwald überwiegend in Mittelhessen. Die beiden zuletzt genannten integrierten Entwicklungsansätze werden im Abschnitt 'Projekt-Ebene' genauer untersucht.

## **2.2.2 Das Hessische Dorferneuerungsprogramm**

### **2.2.2.1 Programmbeschreibung**

#### **Merkmale**

Das Landesprogramm "Programm zur Erneuerung der hessischen Dörfer - Dorferneuerungsprogramm" ist eine Finanzierungshilfe des Landes Hessen an öffentliche und private Träger von Projekten. Das Programm ist Teil der Strukturprogramme zur Förderung der ländlichen Regionalentwicklung in Hessen und ist deshalb auch dem generellen Ziel der hessischen Regionalpolitik, nämlich der Stärkung und Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, verpflichtet.

Das hessische Dorferneuerungsprogramm ist im Vergleich mit den anderen betrachteten Programmen deshalb bemerkenswert, weil es in Bezug auf Ziele und Problemlösungen einen konsequent ganzheitlichen Ansatz verfolgt. Durch die Lösung ökonomischer, ökologischer und sozialer Probleme von Dörfern soll die Basis für die räumlich-kulturelle Vielfalt der Regionen gestärkt werden. Vielfalt wird als Wert an sich dargestellt. Daher sollen ländliche Regionen - trotz eines gewünschten Abbaus der regionalen Disparitäten in wirtschaftlicher, vor allem arbeitsmarktpolitischer Hinsicht - ihren typischen Charakter behalten, statt sich den Metropolen und Verdichtungsräumen anzunähern.

#### **Ziele**

Das Programm geht davon aus, dass Dörfer in Regionen mit ländlich geprägter Siedlungsstruktur bedeutende gesellschaftspolitische Funktionen erfüllen:

- Arbeits- und Lebensformen mit spezifischem Eigenwert
- Bewahrung und Weiterentwicklung der ländlichen Kultur
- Entlastung der Verdichtungsräume
- Landbewirtschaftung und ökologisch sinnvolle Nutzung der Räume

- Sicherung der natürlichen Ressourcen und des ökologischen Gleiches.

Um diesen bedeutenden Funktionen gerecht zu werden, soll mit Hilfe des Dorferneuerungsprogramms u.a. erreicht werden, dass

- dörfliche Lebensformen auf einer sicheren wirtschaftlichen und ökologischen Grundlage stehen,
- regionaltypische Bausubstanzen erhalten oder einer sinnvollen Umnutzung zugeführt werden,
- gemeinschaftliche Einrichtungen, innerörtliche Straßen und Wege so gestaltet und verbessert werden, dass die Nutzungsvielfalt gewährleistet und der ortstypische Charakter erhalten bleibt,
- die Bedingungen für landwirtschaftliche, handwerkliche und kleingewerbliche Betriebe verbessert werden,
- Arbeitsplätze im ländlichen Raum erhalten bleiben bzw. neu geschaffen werden.

### **Akteure**

Zielgruppe für das Dorferneuerungsprogramm sind ländlich geprägte Orte. Dabei können sowohl private als auch öffentliche Träger Zuwendungsempfänger sein. Im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Dorferneuerung ein Prozess ist, der von den Bürgerinnen und Bürgern eines Dorfes getragen wird. Er geht also über die gewöhnliche Bürgerbeteiligung hinaus und setzt aktive Bürgermitwirkung voraus. Während Bürgerbeteiligung mitunter lediglich als Instrument zur Durchsetzung konfliktfreier Entscheidungen im Top-Down-Prozess verstanden wird, sollen die Dorfbewohner sich hier als Mitwirkende intensiv mit der Situation ihres Dorfes auseinandersetzen und dementsprechend eigene Ideen und Lösungsvorschläge entwickeln. Zur Umsetzung dieses Gedankens soll in dem jeweiligen Dorf ein sogenannter 'Arbeitskreis Dorferneuerung' (AK DE) gebildet werden.

### **Entstehungsgeschichte**

Die Entwicklung des hessischen Dorferneuerungsprogramms vom Agrarprogramm 1970 bis zur heutigen Form weist grundsätzliche Veränderungen bei den Programmzielen und Förderungsverhalten auf. Während die ursprünglichen Zielvorstellungen stark von eher äußerlich-gestalterischen Aspekten bestimmt waren (z.B. Freiflächengestaltung, Grünordnung, Straßen- und Wegebau), sind inzwischen Erweiterungen der Ziele im Hinblick auf soziale und kulturelle Aspekte, Grundversorgungs- und Wohnraumförderung, Handwerk und Kleingewerbe sowie Berücksichtigung ökologischer Zusammenhänge zu verzeichnen. In der nachfolgenden Tabelle ist die inhaltliche Veränderung des Dorferneuerungsprogramms zusammenfassend dargestellt:

Entwicklungsstufen	Förderinhalte
1. Agrarprogramm ab 1970	Ortsauflockerung Wegebau
Erweiterte Programmziele	Erweiterung der Fördermöglichkeiten
2. Infrastrukturverbesserung und Ortsbildgestaltung (Zukunftsinvestitionsprogramm) 1977-1981	Straßenbau Platzgestaltung Erscheinungsbild
3. Städtebauliches Programm 1982	Umfassende Planung Hochbau und Gebäudesanierung Grünordnung
4. Strukturförderungsprogramm für die Dörfer im ländlichen Raum	Soziale und kulturelle Problemlösungen Handwerk und Kleingewerbe Grundversorgung Mietwohnungsbau

**Tabelle 3**

### **Begründung der Auswahl dieses Programms**

Das Programm gilt als eines der wichtigsten Instrumente im Rahmen der genannten Strukturprogramme zur Förderung der ländlichen Regionalentwicklung. Die befragten regionalen Experten haben dem Programm eine große Bedeutung zugeschrieben.

### **Verfahren**

Um im Rahmen des hessischen Dorferneuerungsprogramms gefördert zu werden, ist die Anerkennung des Dorfes als Förderschwerpunkt notwendig. Hierfür sind Initiativen und aktive Gruppen erforderlich, die das Interesse der Bevölkerung an der dörflichen Zukunft unter Beweis stellen. Die kommunalen Gremien müssen die Bereitschaft zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit diesen Initiativen erkennen lassen. Außerdem müssen weitere inhaltliche Anforderungen erfüllt sein:

- notwendige und gewollte Verbesserung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Infrastruktur sowie der örtlichen Arbeitsplatzausstattung
- Mängel in der Wohnraumversorgung und Wohnqualität
- siedlungsökologische Defizite
- notwendige und gewollte Verbesserung von Erholungs- und Fremdenverkehrseinrichtungen

Nach erfolgter Anerkennung des Dorfes als Förderschwerpunkt durch das zuständige Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft (ARLL) erfolgt eine Ist-Analyse der Probleme und Situation des Dorfes in Zusammenarbeit von kommunalen Vertreterinnen und Vertretern, den zuständigen Fachbehörden und einer externen Moderation. Zur Entwicklung von Handlungsansätzen vor Ort ist eine breit angelegte Bürgermitarbeit notwendig. Hierfür soll im Dorf ein Arbeitskreis Dorferneuerung (AK DE) gebildet werden, der die Bürgerschaft repräsentativ vertreten soll. Dieser AK DE ist Ansprechpartner vor Ort, übernimmt Informationsaufgaben, organisiert Veranstaltungen und ist an der Ausarbeitung des kommunalen Handlungskonzeptes maßgeblich beteiligt.



Das ARLL als Teil der Landesverwaltung unterstützt inhaltlich die Arbeit der kommunalen Gremien und des AK DE und gewährleistet die Kompatibilität der kommunalen Planungsaussagen mit den Rahmenzielen des Dorferneuerungsprogramms und den Festlegungen der Landes- und Regionalplanung. Diese Zusammenarbeit ist von Bedeutung, da das ARLL über die Vergabe der Fördermittel entscheidet und der Abstimmungsprozess im Antragsverfahren durch die Kooperation deutlich verkürzt werden kann.

### **Förderbedingungen**

Im Rahmen des hessischen Dorferneuerungsprogramms gibt es zwei verschiedene 'Förderpakete'. Das 'Dienstleistungspaket' umfasst die im Vorfeld von Projektarbeiten erforderlichen Gutachten und Entwicklungsprognosen. Außerdem enthält es Fördermöglichkeiten für Informations-, Bildungs- und Beratungsarbeiten sowie Projektbetreuung und Maßnahmen zur Aktivierung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Dieses breit gefächerte Spektrum von Beratungs- und Aktionsstrategien soll wirtschaftliche und kulturelle Impulse auslösen und zur Bewältigung sozialer Problemlagen wie Jugendarbeit oder Altenpflege beitragen.

Zum 'Paket Investitionsförderung' gehören vor allem Strukturmaßnahmen, wie z.B. die Verbesserung der örtlichen Grundversorgung durch Läden und Gasthäuser, der Bau oder Erhalt von Wohnungen, Straßen und Erholungseinrichtungen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen in Klein- und Handwerksbetrieben. Aber auch die Verbesserung der sozialen Infrastruktur, wie z.B. Krabbelstuben oder Betreuungseinrichtungen, ist förderungsfähig.

Die gesamte verfügbare Fördersumme beläuft sich auf jährlich etwa DM 65 Mio., wobei der Zeitrahmen der Förderung sich auf maximal neun Jahre erstreckt. Die Fördermittel werden größtenteils als Anteilsfinanzierung in Form nicht rückzahlbarer Zuwendungen vergeben.

### **2.2.2.2 Vollständigkeit**

#### **Entwicklungsdimensionen**

##### **1. Umweltdimension**

Im Gegensatz zu früheren Dorferneuerungsprogrammen wird in der aktuellen Fassung ein ganzheitliches Konzept für die Lösung dorfspezifischer Probleme verwendet. Die Umweltdimension wird in unterschiedlicher Hinsicht ausdrücklich berücksichtigt: So werden etwa Erhaltung und Neupflanzung ortsprägender oder landschaftsbestimmender Bäume und Gehölze, die Wiedernutzung von Bausubstanz oder auch die Erhaltung der ökologischen Vielfalt in Siedlungsbereichen erwähnt. Ausbaumaßnahmen zur Schaffung von Wohnraum sollen deutlich zur Energieeinsparung beitragen. Grundsätzliches Ziel ist es, das Dorf unter Berücksichtigung ökologischer Zusammenhänge in seine Umgebung einzubinden und die hohe Umweltqualität sowohl für seine Bewohnerinnen und Bewohner als auch die Erholungsfunktion für die Stadtbevölkerung zu wahren.

##### **2. Ökonomische Dimension**

Das Dorferneuerungsprogramm als Strukturförderung für den ländlichen Raum ist dem generellen Ziel der Stärkung und Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verpflichtet. Konkret werden in dieser Hinsicht z.B. die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Situation dorftypischer Betriebsformen und der wirtschaftlichen Infrastruktur genannt. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit soll auch die Förderung wirtschaftlicher Eigeninitiativen auf Ortsebene beitragen. Die Sicherung des Dorfes als Wohn- und Lebensstandort kann nur gewährleistet werden, wenn auch die ökonomischen Grundlagen der Dorfbevölkerung

rung gesichert sind. Dazu gehören neben den Möglichkeiten der Einnahmeerzielung auch die Sicherung der Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen, die ein weiteres Ziel des Programms darstellt.

### **3. Soziokulturelle Dimension**

Neben ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen ist auch die Berücksichtigung soziokultureller Aspekte der dörflichen Entwicklung zentraler Bestandteil des Programms. Die Sicherung der dörflichen Lebensweise und des damit zusammenhängenden soziokulturellen Umfeldes ist eine wichtige Zielsetzung des Programms. Dies soll erreicht werden, indem der Erhalt der individuellen Charaktere der einzelnen Dörfer (z.B. der regionaltypischen Bausubstanz) ebenso gefördert wird wie kulturelle Eigeninitiativen. Durch die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sowohl bei der Planungs- als auch bei der Umsetzungsphase der Dorferneuerungsprojekte findet eine intensive Auseinandersetzung mit der Entwicklung des eigenen Dorfes statt, die zu einer Verbesserung der kulturellen Identität eines Dorfes beitragen kann. Dementsprechend soll mit Hilfe des Dorferneuerungsprogramms erreicht werden, dass das selbstverantwortliche Handeln auf kommunaler Ebene gestärkt und auf diese Art und Weise die ländliche, orts- und regionalspezifische Kultur bewahrt und weiterentwickelt wird.

## **Dimensionen der Chancengleichheit**

### **4. Soziale Chancengleichheit**

Die soziale Chancengleichheit wird in der Richtlinie zwar nicht explizit thematisiert. Wenn aber durch Maßnahmen zur Erhaltung der ländlichen Kultur die eigenständige Identität und die Lebenssituation der ländlichen Bevölkerung unterstützt werden, kann dies im Sinne des sozialen Interessenausgleichs interpretiert werden. So ist z.B. die Schaffung von Arbeitsplätzen und Erwerbsmöglichkeiten förderungswürdig. Ebenso trägt eine Sicherung der bedürfnisgerechten Grundversorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen zur sozialen Chancengleichheit bei.

### **5. Interregionale Chancengleichheit**

Im Rahmen des Programms wird eine wichtige Funktion von Dörfern mit ländlich geprägter Siedlungsstruktur darin gesehen, die Verdichtungsräume von siedlungs- und infrastrukturellen Problemen zu entlasten. Zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Attraktivität ländlicher Räume werden Vorhaben der Dorferneuerung in ökonomischer und soziokultureller Hinsicht gefördert. Die beiden Bestrebungen, einerseits eine Entlastung für Ballungsräume zu schaffen und andererseits die Lebensbedingungen für die Bewohner ländlicher Räume zu verbessern, scheinen weitgehend komplementär zu sein. Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen ist damit ein wichtiges Ziel des Programms.

Außerdem sollen die zentralen Orte des ländlichen Raumes durch lebensfähige dörfliche Einzugsbereiche gestärkt werden. Dies entspricht dem Prinzip der dezentralen Konzentration. Die Stärkung der ländlichen Zentren ermöglicht ein höheres Maß an regionaler Nahversorgung.

### **6. Intergenerationale Chancengleichheit**

Obwohl der intergenerationale Interessenausgleich im Programm nicht explizit thematisiert wird, deuten verschiedene Elemente auf die Berücksichtigung dieser Dimension hin. So kann der Erhalt der dörflichen Lebensformen als Beitrag verstanden werden, die kulturelle, ökologische und sozio-ökonomische Vielfalt auch für zukünftige Generationen zu bewahren. Auch das Ziel, die natürlichen Ressourcen zu sichern und die ökologische Ausgleichsfunktion des ländli-

chen Raums zu erhalten, kann als Beitrag zur Chancengleichheit zwischen der Generationen interpretiert werden.

## **Systemische Prinzipien**

### **7. Diversität**

Ausgangspunkt des Dorferneuerungsprogramms ist die Vielfalt der ländlichen Räume, die es zu erhalten gilt. Konsequenterweise wird die Vielfalt auch hinsichtlich der dörflichen Lebensräume als wichtiger Wert angeführt. Das Programm hat daher das Ziel, die Vielfalt dörflicher Lebensformen zu wahren und weiterzuentwickeln, indem der individuelle Charakter des jeweiligen Orts erhalten und gestärkt werden soll. Deshalb werden Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der dörflichen Nutzungsvielfalt subventioniert.

### **8. Subsidiarität**

Maßgeblicher Ansatzpunkt des hessischen Dorferneuerungsprogramms ist die aktive Bürgermitwirkung. Der Prozess der Dorfentwicklung wird nicht als linearer 'top-down' Prozess definiert, sondern als modulare Abfolge einzelner Schritte, die wesentlich von den Verhältnissen im jeweiligen Dorf bestimmt wird. Für die Konzeption und Umsetzung von Projekten im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms sind die Kommunen die entscheidenden Handlungsträger: Die Gemeinde hat in Zusammenarbeit mit ihren Bürgerinnen und Bürgern als Investitions- und Fördergrundlage den Dorfentwicklungsplan zu erstellen und zu beschließen und die erforderlichen planungs- und baurechtlichen Entscheidungen zu treffen. Dabei wird sie vom Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft (ARLL) als Teil der Landesverwaltung unterstützt. Somit werden Entscheidungen über die Bedeutung einzelner Projekte für das Dorf vornehmlich in den jeweiligen Dörfern getroffen. Einschränkungen des kommunalen Handlungsspielraumes bestehen durch die notwendige Kompatibilität der kommunalen Planungsaussagen mit den Rahmenzielen des Dorferneuerungsprogramms und den Festlegungen der Landes- und Regionalplanung. Die Entscheidung über die Anerkennung eines Dorfes als Förderschwerpunkt und damit über die Allokation der Fördermittel obliegt dem ARLL, lediglich bei Modellvorhaben entscheidet das Ministerium.

Insgesamt kann dem Programm ein hohes Maß an Subsidiarität zugesprochen werden.

### **9. Netzwerke / Partnerschaft**

Das Prinzip der Partnerschaft wird auf verschiedenen Ebenen aufgegriffen. Zum Beispiel wird die Gemeinde bei der Aufgabe, einen Dorfentwicklungsplan zu erstellen durch die ARLL inhaltlich unterstützt. Das gilt insbesondere bei der Koordinierung der Fachplanungen. Außerdem soll die Gemeinde die planungsrechtlichen und baurechtlichen Folgerungen mit den zuständigen Behörden und Stellen erörtern. Zusammen mit dem relativ hohen Grad an Bürgermitwirkung, u.a. über den AK DE, findet somit ein breit angelegter Konsultations- und Austauschprozess zwischen den verschiedenen Beteiligten statt.

### **10. Partizipation**

Bürgerinnen und Bürger werden ausdrücklich in den Prozess der Konzeptausarbeitung und -umsetzung einbezogen. Der repräsentativ zu besetzende Arbeitskreis Dorfentwicklung (AK DE) fungiert beratend für den Ortsbeirat und die Gemeinde und arbeitet bei der Erstellung des Örtlichen Handlungskonzeptes mit. Dieses enthält alle konkret anstehenden Projekte und Maßnahmen und wird abschließend mit dem AK DE, den Bürgerinnen und Bürgern, der Gemeinde sowie den zuständigen Fachbehörden diskutiert. Auch bei der Überführung des Örtlichen Hand-

lungskonzeptes in den konkreteren Dorfentwicklungsplan ist der AK DE beteiligt. Die jährlich stattfindenden Bilanzierungstermine, die als Controlling-Instrument den Entwicklungsprozess bewerten sollen, ermöglichen einerseits eine flexible Reaktion auf sich verändernde Sachverhalte und gleichzeitig eine bessere Kontrolle durch die Bürger, da der AK DE ebenfalls an diesen Terminen teilnimmt.

### **2.2.2.3 Konsistenz**

#### **Zielkonflikte**

Der Zielkatalog des hessischen Dorferneuerungsprogramm weist keine eindeutigen Zielkonflikte auf. Ein Konflikt zwischen dem Ziel der ökologischen Siedlungsentwicklung und dem der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ist unter Umständen möglich, allerdings nicht per se vorhanden und zeigt sich erst bei der konkreten Umsetzung von Projekten.

#### **Komplementäre Ziele**

Grundsätzlich werden die Zielbeziehungen zwischen den verschiedenen Zieldimensionen als komplementär dargestellt. Das Programm unternimmt den Versuch, die verschiedenen sektorspezifischen Zieldimensionen zu integrieren, um auf diese Art und Weise seinem ganzheitlichen Anspruch gerecht zu werden. So werden die verschiedenen Ziele unmittelbar (in einem einzigen Satz) verknüpft: "Das Dorferneuerungsprogramm strebt, an die Vielfalt dörflicher Lebensformen in Lebensräumen mit sicherer wirtschaftlicher Grundlage und hoher Umweltqualität zu wahren und weiterzuentwickeln". Diesem Grundsatz entspricht der gesamte Zielkatalog, der die Interdependenz der ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Dimensionen berücksichtigt. Als Beispiel kann die Verbesserung von siedlungsstrukturellen Mängeln in den alten Dorfkernen angeführt werden, die gleichzeitig positive Zielbeiträge zur Verbesserung der Wohnverhältnisse, der Arbeitsverhältnisse und der Umweltqualität liefern kann.

### **2.2.2.4 Konkretheit**

Das grundsätzliche Ziel des hessischen Dorferneuerungsprogramms ist, wie oben bereits erwähnt, der Erhalt dörflicher Vielfalt in ökonomisch sicheren und ökologisch wertvollen Lebensräumen. Sämtliche Ziele des Zielkatalogs sind diesem grundlegenden Ziel verbunden und leisten einen Beitrag zu dessen Erreichung. Die genaue Bestimmung dieses Zielerreichungsbeitrags ist jedoch nicht möglich.

Viele der Ziele des Programms haben stark qualitativen Charakter, wie z.B. der Erhalt der Vielfalt dörflicher Lebensformen und des individuellen dörflichen Charakters. Auch die Gestaltung innerörtlicher Straßen zur Wahrung des Ortsbildes und Verbesserung des Wohnumfeldes besitzt eher qualitativen Charakter. Konkrete Zielvorgaben fehlen.

Eine Reihe von Zieldimensionen wie etwa die Verbesserung der Bedingungen für dörfliche Betriebe, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Behebung siedlungsstruktureller Mängel bietet gute Möglichkeit für eine quantitative Messung. Relativ genau messbar wäre auch das Ausmaß einer bedürfnisgerechten Nahversorgung und die Funktionsfähigkeit der Infrastruktur. Da im Programm jedoch keine Zielvorgaben gemacht werden, können die Projekte nicht an einer vorher definierten Größe gemessen werden. Dies entspricht allerdings der Programmphilosophie. Sie setzt darauf, dass sich Erneuerungsziele und Ausstattungsbedarf nur ortsspezifisch im Zusammenwirken mit den Bürgern ermitteln lassen. An den örtlichen Konzepten ist die Zielerfüllung zu messen; dort sind Zielvorgaben und Projekte niedergelegt. Auch hier kann also festgestellt werden, dass das Programm bei den Zielformulierungen nicht konkret genug ist, um Erfolge in landesweiten Statistiken messbar machen zu können. Dies ist nur im Rahmen orts-

bezogener Evaluationen möglich. Quantitative Indikatoren werden jedoch ebenso wenig wie quantitative Zielvorgaben angegeben.

### **2.2.2.5 Zusammenfassung**

Das hessische Dorferneuerungsprogramm berücksichtigt praktisch alle zehn Komponenten der Nachhaltigkeit mehr oder wenig ausdrücklich. Das gilt vor allem hinsichtlich der Entwicklungsdimensionen. Ausgehend von den gesellschaftspolitischen Funktionen der Dörfer will das Dorferneuerungsprogramm den ländlichen Raum als Wohnstandort und das Leben im Dorf als nichtstädtische Lebensform mit eigenem Wert erhalten und weiterentwickeln. Insbesondere sollen die Wohnverhältnisse, die Arbeitsverhältnisse und die Umweltqualität verbessert werden.

Das umfangreiche Programm bezieht sich mehrfach auf die verschiedenen systemischen Prinzipien. Die Vielfalt dörflicher Lebensformen zu wahren und weiterzuentwickeln ist ein Hauptziel. Merkmale von Subsidiarität kommen in der starken Rolle der Gemeinden zum Ausdruck. Der Gedanke der Partizipation durch aktive Bürgermitwirkung wird ebenso berücksichtigt wie Elemente der Partnerschaft, insbesondere zwischen dezentralen Stellen der Landesverwaltung und den Gemeinden. Aussagen zu den Dimensionen der intergenerationalen, interregionalen und sozialen Chancengleichheit lassen sich durch die Programmziele implizit erschließen.

Grundsätzlich werden die Zielbeziehungen zwischen den verschiedenen Zieldimensionen als komplementär dargestellt, was sich allerdings auch erst in der Umsetzung beweisen kann. Großen Wert wird im Programm darauf gelegt, die verschiedenen Zieldimensionen zu integrieren.

Hinsichtlich der Konkretheit des Programms kann festgestellt werden, dass die Ziele teilweise nur wenig konkretisiert sind und Indikatoren zur Messung der Zielerreichung auf Landesebene nicht genannt werden. Eine qualitative Evaluierung ist auf lokaler Ebene explizit vorgesehen.

## **2.2.3 Das Ländliche Regionalprogramm**

### **2.2.3.1 Programmbeschreibung**

#### **Hintergrund**

Das hessische Landesprogramm "Programm zur ländlichen Regionalentwicklung in Hessen" (Ländliches Regionalprogramm) ist Teil der Strukturprogramme zur Förderung der ländlichen Regionalentwicklung in Hessen und soll daher zum Ausgleich wirtschaftlicher Disparitäten durch die Stärkung und Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ländlicher Regionen beitragen. Ansatzpunkt des ländlichen Regionalprogramms ist die Ausarbeitung regionsspezifischer Konzepte und Lösungswege, um die regionale Vielfalt zu erhalten. Ähnlich wie beim oben erläuterten Dorferneuerungsprogramm sollen die wirtschaftlichen Disparitäten abgebaut werden, ohne die ländliche Regionen den Verdichtungsräumen im Hinblick auf Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur anpassen zu wollen.

#### **Ziele**

Grundsätzliche Ziele der Landespolitik sind der Ausgleich wirtschaftlicher Disparitäten innerhalb Hessens, eine Vielfalt regionaler Ausprägungen und wechselseitige Stadt-Land-Beziehungen mit gegenseitigem Nutzen. Das Programm zur ländlichen Regionalentwicklung in Hessen soll in diesem Zusammenhang zur Unterstützung der eigenständigen regionalen Entwicklung beitragen, gleichzeitig die wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt in ökologisch verträglicher Form erhalten und fördern. Die konkreten Ziele sind u.a. :

- Wahrung der regionalen Identität

- Nutzung regionaler Ressourcen zur Schaffung neuer Einkommensmöglichkeiten
- Sicherung der Grundversorgung im ländlichen Raum
- Sicherung eines leistungsfähigen Naturhaushaltes durch ökologische Umstrukturierungen
- Förderung der Motivation, Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger
- Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligungen

### **Akteure**

Zielregionen sind strukturschwache Regionen des ländlichen Raumes. Zuwendungsempfänger können sowohl öffentliche als auch private Träger sowie sogenannte 'Regionale Entwicklungsgruppen' sein. Diese Regionalen Entwicklungsgruppen sind Zusammenschlüsse gesellschaftlich relevanter Gruppierungen der Region (Gemeinden, Landkreise, Interessengruppen, Verbände). Sie haben eine wichtige Mitwirkungsfunktion bei der Steuerung von Projekten und der Festlegung von Prioritäten. Sie sind ausschließliche Förderungsempfänger für Aufwendungen in Zusammenhang mit der Ausarbeitung regionaler Entwicklungskonzeptionen und entsprechender Dienstleistungen.

### **Entstehungsgeschichte**

Das ländliche Regionalentwicklungsprogramm in seiner heutigen Form (LRP II) basiert ursprünglich auf den agrarpolitischen Verhandlungen zwischen der SPD-Minderheitsregierung und den GRÜNEN im Jahre 1983. Der dabei entwickelte 'Aktionsfonds für eine Eigenständige Regionalentwicklung' bildete die inhaltliche Grundlage für das erste ländliche Regionalentwicklungsprogramm von 1984 (LRP I), dessen Hauptziele die Förderung zusätzlicher Arbeitsplätze und die Nutzung der einheimischen Ressourcen zur regionalen Entwicklung waren. Während der konservativ-liberalen Regierungszeit von 1987 und 1991 wurde das LRP I beendet. Das LRP II wurde am 11. Mai 1993 veröffentlicht und soll mit einem integrativen Handlungskonzept die Hauptakteure der Region zusammenführen, um in einem gemeinsamen Leitbild und Entwicklungskonzept deren Interessen zu integrieren.

### **Auswahl**

Das Programm gilt allgemein als modellhafte Umsetzung eines staatlichen Regionalentwicklungskonzepts mit komplexer Zielsetzung. Die befragten regionalen Experten haben dem Programm eine große Bedeutung zugeschrieben.

### **Förderbedingungen**

Ähnlich wie beim Dorferneuerungsprogramm kann auch beim LRP II von zwei Förderpaketen gesprochen werden. Im Rahmen des Dienstleistungspaktes können u.a. die Erarbeitung von Leitbildern und Entwicklungskonzepten, die damit verbundene Beratungs- und Informationsarbeit sowie die Beratung, konzeptionelle Ausarbeitung und Beurteilung von Projekten gefördert werden.

Durch das Investitionspaket werden Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität (Grundversorgung, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Soziokulturelle Initiativen) sowie zur Erschließung neuer Einkommensquellen (Existenzgründungen, Tourismus etc.) finanziell bezuschusst.

Die Fördermittel werden grundsätzlich als Anteilsfinanzierung in Form nicht-rückzahlbarer Zuwendungen gewährt.

## **Verfahren**

Um im Rahmen des ländlichen Regionalprogramms in Hessen Fördermittel gewährt zu bekommen, muss eine Region entsprechend dem Programm als strukturschwache ländliche Region klassifiziert sein. Die regionalen Entwicklungsgruppen müssen zusätzlich vom Ministerium anerkannt werden.

Das Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft (ARLL) prüft die Förderungswürdigkeit der Vorhaben. Als Grundlage für die Förderung dient das regionale Entwicklungskonzept, das eine Stärken-Schwächen-Analyse, ein regionales Leitbild, daraus abgeleitete Handlungsfelder und Schwerpunkte sowie Mitwirkungsanteile der Bürgerinnen und Bürger enthalten muss. Durch dieses regionale Entwicklungskonzept ist es möglich, einen übergeordneten Zusammenhang für die verschiedenen regionalen Projekte zu schaffen und damit eine systematische Vernetzung zu gewährleisten.

### **2.2.3.2 Vollständigkeit**

## **Entwicklungsdimensionen**

### **1. *Umweltdimension***

Bereits bei der Darstellung des grundsätzlichen Zieles der regionalen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in ökologischer Form wird die Berücksichtigung ökologischer Aspekte deutlich. Hierauf bezieht sich sowohl das Ziel, einen leistungsfähigen Naturhaushalt zu sichern, als auch die grundsätzliche Forderung, dass geförderte Projekte ökologisch verträglich sein müssen. In diesem Zusammenhang kann die Fördervoraussetzung, dass bauliche Investitionen vorrangig in vorhandenen Gebäuden in Ortskernen stattfinden müssen, als Einsparung versiegelter Flächen verstanden werden. Auch die Förderung eines ökologieverträglichen Tourismus und der ökologiegerechten Landnutzung und -bewirtschaftung weisen auf die Berücksichtigung ökologischer Aspekte hin.

### **2. *Ökonomische Dimension***

Im Rahmen der Regionalpolitik sollen wirtschaftliche Disparitäten innerhalb Hessens ausgeglichen werden. Daher weist das Programm zur ländlichen Regionalentwicklung auch ökonomisch geprägte Ziele auf. Als Hauptziel wird die Erhaltung und Entwicklung ökonomischer Vielfalt genannt. Dies bedeutet, dass nicht die Ansiedlung von Unternehmen, sondern die Nutzung endogener ökonomischer Potentiale durch regionsspezifische Konzepte und kreative neue Impulse im Vordergrund stehen sollen.

Die Erschließung neuer Einkommensmöglichkeiten durch innovative Projekte sowie die Sicherung der Grundversorgung in den Dörfern des ländlichen Raum sind wichtige ökonomische Ziele des Programms. Diese sollen erreicht werden, indem Investitionen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen gefördert werden, wobei die geförderten Unternehmen maximal 50 Beschäftigte und einen Umsatz von maximal 10 Mio. DM aufweisen dürfen. Geförderte Projekte müssen einen Beitrag zur regionalen Strukturverbesserung leisten, die regionale Wertschöpfung zu sichern oder zu vergrößern. Auch die Verbesserung von Aus- und Weiterbildungseinrichtungen weist ökonomische Aspekte auf, da damit qualifiziertes Arbeitskräftepotential gehalten und neu aufgebaut werden kann. Nicht zuletzt dient die Förderung eines regionsspezifischen Tourismus der Sicherung von Arbeitsplätzen.

### **3. Soziokulturelle Dimension**

Das Zielfeld "Soziokulturelle Ziele" nimmt im ländlichen Regionalprogramm besonders breiten Raum ein. So wird die Erhaltung und Entwicklung der kulturelle Vielfalt als ein Hauptziel bezeichnet. Kulturelle Vielfalt bedeutet in diesem Zusammenhang, dass sich aus der Vermischung von lokalen Traditionen und Werten mit den Errungenschaften städtischer Kultur regional geprägte Kulturgüter und Lebensformen entwickeln. Die Bedeutung der regionalen Identität und kulturellen Vielfalt wird daran deutlich, dass sie im Programm als wichtiger Beitrag für eine regionale Strukturverbesserung gesehen werden. Dementsprechend müssen die geförderten Projekte sozial verträglich sein und regionalen Charakter im Sinne der Förderung regionaler Identität aufweisen. Auch die starke Berücksichtigung geschlechterspezifischer Belange sowie die vorrangige Förderung von Gemeinschaftsprojekten sind Hinweise auf die soziale Dimension des Programms. Darüber hinaus können Initiativen zur sozialen Selbsthilfe oder ländlichen Kulturarbeit sowie Einrichtungen für Weiterbildung und Wissenstransfer gefördert werden.

### **Dimensionen der Chancengleichheit**

#### **4. Soziale und zwischengeschlechtliche Chancengleichheit**

Das Ziel des sozialen Interessenausgleichs wird in verschiedenen Facetten angesprochen. Der Ausgleich regionaler Disparitäten durch wirtschaftliche Entwicklung soll z.B. durch die Schaffung von wohnstättennahen Arbeitsplätzen realisiert werden. Auch der Aufbau von Wissens-transfers- und Weiterbildungseinrichtungen trägt zum sozialen Ausgleich bei. Ein wichtiger Aspekt ist auch die explizite Berücksichtigung geschlechterspezifischer Belange. Das Programm soll zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und zum Abbau von Benachteiligungen beitragen. Dem sozialen Interessenausgleich kann auch die offene Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern z.B. in den regionalen Entwicklungsgruppen dienen, falls wirklich alle gesellschaftlich relevanten Kräfte in den Entwicklungsgruppen vertreten sind.

#### **5. Interregionale Chancengleichheit**

Das grundsätzliche Ziel des Ausgleiches wirtschaftlicher Disparitäten innerhalb Hessens wurde bereits mehrfach erwähnt. Durch wirtschaftliche und kulturelle Impulse für die strukturschwachen Regionen sollen die Disparitäten abgebaut und die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen ohne unmittelbare Angleichung erreicht werden. Da sich die Förderung auf strukturschwache Regionen beschränkt, sind Gebiete wie die Rhein-Main-Region und ihr unmittelbarer wirtschaftlicher Einzugsbereich sowie alle hessischen Stadtteile mit mehr als 30.000 Einwohnern ausgenommen.

#### **6. Intergenerationale Chancengleichheit**

Das Ländliche Regionalprogramm hat u.a. das Ziel, einen leistungsfähigen Naturhaushalt zu sichern und die Kulturlandschaft zu erhalten. Dies trägt eindeutig zur intergenerationalen Chancengleichheit bei. Konkretisiert wird dies durch die Forderung nach ökologischer Verträglichkeit der Projekte (Fördervoraussetzungen), sowie die Förderung von Projekten für ökologisch verträglichen Tourismus und Landnutzung.

### **Systemische Prinzipien**

#### **7. Diversität**

Grundsätzlich ist ein Ziel des ländlichen Regionalprogramms, die Vielfalt regionaler Ausprägungen zu fördern. Insbesondere soll die ländliche Regionalentwicklung nicht ein "Angleichen"



ländlicher Regionen an die Verdichtungsgebiete bewirken, sondern die Wahrung der Identität der Regionen mit ihren vielfältigen sozialen und kulturellen Ausprägungen ermöglichen. Dementsprechend müssen die Projekte regionalspezifischen Charakter aufweisen, was unter anderem durch die individuellen regionalen Entwicklungskonzeptionen, an deren Ausarbeitung zentrale regionale Akteure beteiligt sind, erreicht werden soll.

### **8. Subsidiarität**

Das Programm spricht die Dimension "Subsidiarität" wiederholt an. Die sogenannten regionalen Entwicklungsgruppen sind wichtiger Teil des Programms, da sie die Mitwirkung der Region bei der Ausarbeitung des regionalen Entwicklungsplanes und damit eine Planung 'von unten' gewährleisten. In den Entwicklungsgruppen sind neben Gemeinden und Kreisen wichtige gesellschaftlich relevante Kräfte vertreten. Außerdem müssen offene Mitwirkungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sein.

Während die regionalen Entwicklungsgruppen vom Ministerium anerkannt werden müssen, wurde die Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der Förderungswürdigkeit der Vorhaben an die jeweils zuständigen, dezentral organisierten Ämter für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft (ÄRLL) delegiert. Durch diese regionale Verankerung der Bewilligungsbefugnis wird der Aspekt der Subsidiarität in Bezug auf die Nähe zu regionalen Problemfeldern ebenfalls berücksichtigt. Auch die bessere Ortskenntnis kann sich positiv auf die Projekte auswirken.

### **9. Netzwerke / Partnerschaft**

Ein wesentlicher Ansatzpunkt des Programms ist es, dass möglichst breite Zusammenschlüsse der Handlungsträger in den Regionen sich auf eigenständige Wege zur Lösung regionaler Probleme verständigen, erfolgversprechende Handlungsfelder festlegen und vorrangige Projekte benennen. Diese Zusammenschlüsse bedingen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der Akteure. Ein weiterer Ansatz der Umsetzung von Partnerschaft liegt in der vorrangigen Förderung von konzeptionell vernetzten Projekten und von Gemeinschaftsprojekten sowie Personenzusammenschlüssen. Diese Prioritätensetzung trägt dazu bei, isolierte und damit nur punktuell wirkende Projekte zu vermeiden, gleichzeitig werden höhere Anforderungen an die Kooperationsbereitschaft der regionalen Akteure gestellt.

### **10. Partizipation**

Der Aspekt der Partizipation spielt im ländlichen Regionalprogramm eine wichtige Rolle. Dies wird einerseits an der Bedeutung der regionalen Entwicklungsgruppen, andererseits auch an den erforderlichen offenen Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger deutlich. Die Partizipation bezieht sich dabei nicht nur auf die Durchführung, sondern bereits auf die Konzeption und Prioritätensetzung bei regionalen Projekten.

#### **2.2.3.3 Konsistenz**

##### **Zielkonflikte**

Der Zielkatalog des hessischen Programms zur ländlichen Regionalentwicklung weist, ebenso wie das im vorherigen Abschnitt untersuchte Dorferneuerungsprogramm, auf der eher abstrakten Ebene der Programmformulierung keine eindeutigen Zielkonflikte auf. Zielkonflikte werden allerdings vornehmlich auf der Ebene der Umsetzung deutlich. Daher ist z.B. zu überprüfen, ob der angestrebte Ausgleich wirtschaftlicher Disparitäten stattfinden kann, ohne dass die ebenfalls angestrebte Vielfalt regionaler Ausprägungen eingeschränkt wird.

## **Komplementäre Ziele**

Grundsätzlich werden die Zielbeziehungen zwischen den verschiedenen Zieldimensionen als komplementär dargestellt. Auf die Integration der verschiedenen Zieldimensionen wird großer Wert gelegt. Dem zentralen Grundsatz, die wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt in ökologischer Form zu erhalten und entwickeln, wird im Programm in vielen Bereichen durch die Berücksichtigung der Interdependenz der ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Dimensionen entsprochen. Als Beispiel kann die Förderung einer ökologieverträglichen Landwirtschaft angeführt werden, die gleichzeitig positive Zielbeiträge zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Grundversorgung sowie der Umweltqualität liefern kann. Ebenso kann die Beschränkung, bauliche Investitionen vorrangig in vorhandenen Gebäuden dörflicher Kernbereiche zu fördern, neben ökonomischen auch ökologisch (Flächenbedarf) und soziokulturelle (Zersiedelung) positive Auswirkungen mit sich bringen.

### **2.2.3.4 Konkretheit**

Grundsätzliche Ziele des Programms sind der Ausgleich wirtschaftlicher Disparitäten innerhalb Hessens bei gleichzeitiger Vielfalt regionaler Ausprägungen in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Sämtliche Ziele des Zielkatalogs sind diesem grundlegenden Ziel verbunden, konkretisieren dieses und leisten einen Beitrag zu dessen Erreichung. Die Bedeutung der einzelnen Ziele für das Grundprinzip kann dem Programm jedoch nicht entnommen werden, dementsprechend ist es schwierig, den einzelnen Beitrag zur Erreichung der grundsätzlichen Ziele zu bestimmen.

Einige der Ziele des Programms haben stark qualitativen Charakter, wie z.B. der Erhalt der Identität und des regionalen Charakters der ländlichen Regionen. Auch die Herstellung von Chancengleichheit für Frauen sowie die Unterstützung von Motivation und Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger besitzt eher qualitativen Charakter. Eine Beurteilung der Zielerreichung ist nur in Bezug auf regionale Entwicklungskonzepte möglich. Eine etwas präzisere Fassung der Ziele wäre wünschenswert.

### **2.2.3.5 Zusammenfassung**

Auch im hier untersuchten hessischen Programm zur ländlichen Regionalentwicklung werden alle zehn Komponenten der Nachhaltigkeit mehr oder weniger explizit berücksichtigt.

Sowohl die Grundsätze, auf denen das Programm aufbaut, als auch die einzelnen Ziele spiegeln alle drei Entwicklungsdimensionen wider. Das zentrale Ziel der Entwicklung soll dahingehend umgesetzt werden, dass die wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt in umweltverträglicher Form erhalten bleibt. Dieser Anspruch zeigt sich in den Förderprinzipien und -sachverhalten. Auch Aussagen zur intergenerationalen, interregionalen und sozialen Chancengleichheit sind sowohl in den Programmzielen als auch in den Förderungsprinzipien und -sachverhalten enthalten.

Auch die systemischen Prinzipien werden berücksichtigt. Während der Aspekt der Vielfalt bereits in den Grundsätzen verankert ist, zeigt sich das Prinzip der Subsidiarität in der herausragenden Stellung der regionalen Entwicklungsgruppen sowie in der Bewilligungsbefugnis der dezentralen ÄRLL. Partizipative Elemente sind durch die Mitwirkungsanteile, die im regionalen Entwicklungskonzept enthalten sein müssen, ebenso verwirklicht wie der Gedanke der Partnerschaft. Dieser wird besonders deutlich bei der Forderung nach möglichst breiten Zusammenschlüssen der regionalen Akteure, aber auch durch die vorrangige Förderung von Gemeinschaftsprojekten.

Zielkonflikte sind auf dieser programmatischen Ebene zunächst nicht erkennbar.

Die Konkretheit des Programms kann als gewisse Schwachstelle angesehen werden, da die Ziele meist nur wenig konkretisiert sind und Angaben zu Indikatoren, anhand derer die Zielerreichung beurteilt werden kann, weitgehend fehlen.

Insgesamt deckt das Programm zahlreiche Aspekte der Nachhaltigkeit ab und integriert diese bereits miteinander. Dies geschieht vor allem dadurch, dass den umfassenden regionalen Entwicklungskonzepten und Entwicklungsgruppen, die von sich aus integrierend wirken, eine so hohe Bedeutung zugewiesen wird.

#### **2.2.4 Die Wirkung der Programme**

Das Hessische Dorferneuerungsprogramm und das Ländliche Regionalprogramm sind zwei wesentliche Bausteine der hessischen Strukturprogramme zur Förderung der ländlichen Regionalentwicklung. Die Ziele und Instrumente beider Ansätze wurden auch in mehreren Broschüren dargestellt.<sup>67</sup>

##### **2.2.4.1 Dorferneuerungsprogramm**

Das gültige Dorferneuerungsprogramm setzt frühere Entwicklungsstufen fort. Die Tabelle 3 zeigt die Entwicklungsstufen und stellt dar, wie die Förderungsmöglichkeiten jeweils erweitert worden sind. Beispiele für Maßnahmen in den genannten Aufgabenfeldern lassen sich in allen hessischen Gemeinden finden, die für jeweils neun Jahre als Förderschwerpunkte anerkannt wurden. Im Jahr 1994 gab es eine Förderung für 270 Förderschwerpunkte. Für die Förderung standen jährlich 65 Mio. DM zur Verfügung. Davon waren 15 Mio. DM für Wohnungsbauprojekte zweckgebunden. Insgesamt kann festgestellt werden, dass das Dorferneuerungsprogramm das bauliche Erscheinungsbild vieler Gemeinden und Ortsteile im Ländlichen Raum deutlich verbessert und zunehmend auch die sozialen Strukturen gestärkt hat.

##### **2.2.4.2 Ländliches Regionalprogramm**

Das ländliche Regionalprogramm wird überall in Hessen in ländlich strukturierten Regionen eingesetzt. Im Jahr 1994 standen dafür 3,5 Mio. DM zur Verfügung. Im Vergleich zu anderen Programmen ist sein finanzieller Umfang also relativ gering. Schwerpunkt der Förderung aus dem Ländlichen Regionalprogramm waren die sog. großflächigen, integrierten Regionalentwicklungsprojekte in Hessen. Dabei handelt es sich um die Regionalentwicklungsprojekte im Odenwald, im Vogelsberg, im Biosphärenreservat Rhön, im Lahn-Dill-Bergland, im Burgwald, im Knüll, im Kellerwald und in der Region Weser-Diemel. In den genannten Regionen hat das Ländliche Regionalprogramm die Überlegungen für eine integrierte Regionalentwicklung entweder mit angestoßen, gefördert oder intensiviert. Soweit die Entwicklungsansätze vom Ministerium als Entwicklungsgruppen anerkannt wurden, hat die damit verbundene finanzielle Unterstützung auch zu einer vorläufigen organisatorischen Absicherung der jeweiligen Bemühungen geführt.

---

<sup>6</sup> Vgl. u.a. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (1995) Leitfaden Dorferneuerung. Wiesbaden. 1995.

<sup>7</sup> Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (1994) Neue Chancen - Ländliche Regionalentwicklung. Wiesbaden. 1994.

### **2.3 Zusammenfassung: Gemeinsame Merkmale im Hinblick auf das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung**

Die voranstehende Untersuchung von ausgewählten Landesprogrammen in Bezug auf das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung gibt interessante Hinweise. Bei ihrer Interpretation sind jedoch folgende Einschränkungen zu beachten:

- Es konnte nur eine begrenzte Anzahl von Programmen untersucht werden. Die untersuchten Programme sind in der Regel Bausteine eines größeren Kreises von Programmen, die jeweils von einem Ministerium bearbeitet werden. Es ist möglich, dass sich bei Berücksichtigung von anderen Programmen bestimmte Ergebnisse anders dargestellt hätten.
- Eine Beurteilung der Orientierung von Politiken in Richtung auf eine Nachhaltige Entwicklung auf der Programmebene stößt auch auf grundsätzliche Schwierigkeiten. Wichtige Zielkonflikte manifestieren sich erst bei der Umsetzung, also auf der regionalen oder lokalen Ebene. Dort wo auf der Programmebene Ziele gesetzt werden, muss dies also noch nicht heißen, dass sie in der Realität erreicht werden - vor allem dann nicht wenn geeignete Prüfmaßstäbe und Kontrollinstrumente fehlen.

Die untersuchten hessischen Programme weisen in Bezug auf die Idee der Nachhaltigen Entwicklung eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf. Dazu gehört erstens die Art, wie verschiedene Komponenten verknüpft und integriert werden.

- Das Programm des Arbeitsministeriums, das auf die Qualifikation von am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen gerichtet ist (AsS), ist aus volkswirtschaftlicher Sicht geeignet, Vorleistungen für den Wirtschaftssektor zu erbringen. Auch reduziert es mittelfristig die finanzielle Belastung der öffentlichen Hand, ist also aus deren Sicht wiederum ökonomisch effizient.
- Umgekehrt hat sich das Strukturförderprogramm zwar die einzelbetriebliche Förderung zum Ziel gemacht. Allerdings sind Zuwendungen aus diesem Programm nur zu bekommen, wenn der Nachweis erbracht werden kann, dass mit den öffentlichen Mitteln Arbeitsplätze in benachteiligten Regionen geschaffen werden. Dadurch werden zwei Entwicklungsdimensionen verknüpft.

Eine derartige Verknüpfung kann auch beim Konversionsprogramm, beim Dorferneuerungsprogramm und beim Ländlichen Regionalprogramm beobachtet werden.

Trotz dieser inhaltlichen Verknüpfungen definiert kaum eines der Programme ausdrücklich seine Schnittstellen zu den anderen Programmen. Nur das Dorferneuerungsprogramm verlangt ausdrücklich, aber sehr allgemein einen räumlich und zeitlich koordinierten Einsatz mit anderen Förderprogrammen. Eine Ausnahme stellt der regelmäßige Hinweis auf den Ausschluss der Mehrfachförderung einzelner Projekte aus mehreren Programmen dar. Auf die Abstimmung zwischen den einzelnen Landesministerien in fachlicher oder räumlicher Hinsicht gibt es in den veröffentlichten Programmen keinen expliziten Hinweis. Es ist anzunehmen, dass - wie beim Strukturförderprogramm - interne Abstimmungsregeln ein Minimum an Koordination sichern. Einer öffentlichen Diskussion ist die Art und Weise der Koordination jedoch nicht zugänglich.

Weniger Gemeinsamkeiten sind hinsichtlich der systemischen Prinzipien der Nachhaltigkeit festzustellen. Für die Komponente "Diversität" wurden in so gut wie allen Programmen viele Anhaltspunkte gefunden. Diese umfassten die Vielzahl der berücksichtigten Problemlagen ebenso wie die der Zielsetzungen, die Vielfalt der Maßnahmen und die große Zahl der Adressaten. Das Kriterium Subsidiarität wurde in besonderer Weise vom Konversionsprogramm, dem Dorferneuerungsprogramm, dem Ländlichen Regionalprogramm und dem Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" angesprochen. Dies kann man vom Strukturförderprogramm nicht sagen. Auf Partizipation der lokalen Ebene legen das Dorferneuerungsprogramm, das Ländliche Regionalprogramm sowie „Arbeit statt Sozialhilfe“ Wert.

Schließlich sind partnerschaftliche Aspekte ein konstituierendes Merkmal bei der Durchführung aller Programme. Das Konversionsprogramm und das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" widmen diesem Kriterium besonderes Augenmerk. Dies liegt sicherlich unter anderem an der komplexen Aufgabenstellung und der Tatsache, dass zur Umsetzung der Projekte die Beteiligung unterschiedlicher Akteure unerlässlich ist, um technische und finanzielle Fragen zu klären. Der Wunsch möglichst viele Interessen in die Umsetzungsprozesse einfließen zu lassen, steht zumindest beim Konversionsprogramm nicht unbedingt im Vordergrund.

Die Betrachtung der Dimensionen der Chancengleichheit zeigt, dass dem räumlichen Interessenausgleich in der Mehrzahl der untersuchten Programme Rechnung getragen wird: Dies geschieht dadurch, dass Teilräume hinsichtlich bestimmter Kriterien als besonders bedürftig deklariert werden (Konversionsprogramm, Ländliches Regionalprogramm), oder von einem Ausgleich der Unterschiede hinsichtlich der ökonomischen Leistungsfähigkeit die Rede ist (Strukturförderprogramm, Dorferneuerungsprogramm). Die zugrundegelegten Referenzräume befinden sich dabei in Hessen selbst, zumindest aber in der Bundesrepublik Deutschland.

Die räumlichen Ausgleichsziele beinhalten implizit auch ein soziales Ausgleichsziel im Sinne der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Darüber hinausgehende, genauere Aussagen zur Chancengleichheit bestimmter sozialer Gruppen machen vor allem das Ländliche Regionalprogramm (für Frauen) und das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe", mit seiner klaren Fokussierung auf Problemgruppen im Arbeitsmarkt.

Die Chancengleichheit zwischen den Generationen wird in keinem Programm explizit thematisiert. Sie wird jedoch bereits durch den Finanzierungszweck einzelner Programme implizit angesprochen. So trägt beispielsweise das Konversionsprogramm zu Erhaltung von Zukunftschancen bei, indem es die Wiedernutzung "alter" Flächen fördert und damit der Beanspruchung immer neuer Freiflächen entgegenwirkt. Das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" leistet über Qualifikation und Beschäftigung einen Beitrag zum Humankapital einer Region und fördert somit die zukünftige Chancengleichheit bestimmter sozialer Gruppen auf dem Arbeitsmarkt und für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse.

### **Fazit:**

Die untersuchten Programme des Landes Hessen berücksichtigen die Anliegen der Nachhaltigen Entwicklung in unterschiedlichem Ausmaß. Sie lassen der lokalen und regionalen Ebene im allgemeinen große Handlungsspielräume, so dass dort eine Integration verschiedener Dimensionen möglich ist. Sie setzen jedoch wenig Anreize, dies auch wirklich zu tun.

Die Programme legen kaum Ziele fest, an denen ihr Erfolg gemessen werden kann. Eine systematische Erfolgskontrolle der Programme, ein Vergleich verschiedener Ansätze und eine öffentliche Diskussion darüber findet dementsprechend auch kaum statt.

Auch definieren die Programme so gut wie gar nicht ihre Schnittstellen zu anderen Programmen. Dabei stellt sich die Frage, ob auf Landesebene eine ausreichende Abstimmung zwischen dem Mitteleinsatz in verschiedenen Programme erfolgt, um die Mittel möglichst effizient für die Lösung der wichtigsten Probleme zu verwenden.

Teilweise wird über die Mittelvergabe dezentral (in den ARLL) entschieden. Auf diese Weise kann die Kenntnis konkreter lokaler und regionaler Zusammenhänge vermutlich besser einbezogen werden als durch eine zentrale Entscheidung des Landes. Die geplante Regionalisierung der Strukturpolitik versucht diese Erfahrungen aufzugreifen. Mehr dazu am Ende dieses Berichts.

Eine tabellarische Übersicht über die Programme und ihre Beurteilung findet sich im Anhang.

### 3 Die Projektebene

Ein Vergleich der Untersuchungsergebnisse auf der Ebene der Regionalpolitik hat gezeigt, dass die Rahmenbedingungen in den fünf INSURED-Regionen (Mittelhessen, südliche Steiermark, Toscana, Mid-West Ireland, St. Gallen/ Appenzell) noch unterschiedlicher sind und sich auf die Analyse der Politiken und Projekte noch stärker auswirken als ursprünglich angenommen.

Wegen der Unterschiedlichkeit der Rahmenbedingungen, Ziele und Verfahren ist es kaum möglich, gesamte Projekte in einen anderen nationalen oder regionalen Kontext zu übertragen. Es wurde daher versucht, in der Analyse der Projekte das Hauptaugenmerk auf solche Kriterien zu richten, die auch aus der Sicht anderer Regionen nachvollziehbar sind. Ein wichtiges Ziel der fünf Fallstudien des INSURED-Projekts war es daher, die Wechselbeziehungen (Interrelationen) zwischen der Programmebene und der Projektebene zu beschreiben. In diesem Zusammenhang waren die Kommunikationsmuster in den Projekten selbst von Interesse.

Die Auswahl der untersuchten innovativen Projekte wurde gemeinsam mit den nationalen Auftraggebern und der regionalen Begleitgruppe abgestimmt. Sie wurde auf der Basis der folgenden Kriterien getroffen:

- innovativer Charakter der Projekte
- erste positive Einschätzung unter dem Aspekt der zehn Nachhaltigkeitskriterien, die den Ansatz dieses Projektes bilden
- Zugehörigkeit zu den untersuchten Politikfeldern bzw. Bezug zu den ausgewählten Programmen
- möglichst breiter Blick auf verschiedene Teilräume der Untersuchungsregion
- Verfügbarkeit von Informationen und Interviewpartnern

Die ausgewählten Projekte stehen alle in einem mehr oder weniger direkten Zusammenhang mit der Arbeit der Gebietskörperschaften. D.h. sie wurden entweder von einem Landesministerium oder auf mittlerer Verwaltungsebene initiiert oder entschieden oder auf der Ebene der Städte und Kreise von der öffentlichen Hand mit angestoßen.

#### 3.1 Innovative Projekte im Rahmen der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik

Beschrieben und analysiert werden zwei Projekte aus Gießen: das Konversionsprojekt "Steubenkaserne" und das Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen (ZAUG).

##### 3.1.1 Die Steubenkaserne in Gießen

Im Projekt Steubenkaserne wird ein ehemaliges Kasernengelände zu einem Gewerbepark umgestaltet und ausgebaut.

###### 3.1.1.1 Der Kontext

Mit dem Ende des kalten Krieges und dem Abbau der in Deutschland stationierten Truppen sind zahlreiche zuvor militärisch genutzte Flächen brachgefallen, nicht selten in zentralen städtischen Bereichen. Bei ihrer Wiedernutzung wird der Siedlungszusammenhang wieder hergestellt. Außerdem entsteht neues Flächenpotential im Innenbereich der Städte, das deren Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, zumindest aber den Siedlungsdruck im Außenbereich verringern kann. Die Flächen haben also sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus siedlungspolitischer Sicht eine große Bedeutung für viele Städte.

Aufgrund dieser Probleme und Chancen, wurden bereits Anfang der 90er Jahre verschiedene Gutachten über mögliche Folgenutzungen militärischer Flächen durchgeführt. Gleichzeitig wurden für Hessen über das Hessische Konversionsprogramm 1993/99 und über das EU-Förderprogramm KONVER insgesamt 180 Mio. (36 Mio. DM KONVER) an Fördergeldern zur Verfügung gestellt.

Die Stadt Gießen, in der das Projekt Steubenkaserne liegt, verfügte in der Vergangenheit über insgesamt 650 ha militärisch genutzte Flächen, die sich auf 23 Areale verteilten. Von diesen wurden inzwischen 13 Flächen ganz aufgegeben, 4 zum Teil geräumt oder verkleinert, nur 6 sind noch militärisch genutzt (Stand Anfang 1997).

### **3.1.1.2 Das Projekt**

#### **Kurze Darstellung**

Beim Projekt "Steubenkaserne" handelt es sich um ein Konversionsprojekt. Das Gelände der Steubenkaserne mit einer Fläche von über 55 ha liegt im Osten des Gießener Stadtgebietes im Stadtwald. Die militärische Nutzung bestand seit Anfang der 40er Jahre. 1993 wurde die Steubenkaserne geräumt und aus der militärischen Nutzung entlassen. Damit unterlag das Gebiet Städtebaurecht. Die Stadt Gießen hatte damit einerseits die Möglichkeit, das Gelände, in die Stadtentwicklungsplanung einzubeziehen. Gleichzeitig bestand die Notwendigkeit, die Folgen der Truppenreduzierung für den Arbeitsmarkt zu kompensieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die "Steubenkaserne" wurde zum Gewerbegebiet "Europaviertel" umgestaltet. Es hat sich durch gezielte Vermarktungsaktivitäten der Stadt Gießen zu einem „Technologiestandort“ entwickelt. Es wird deutlich, dass neben der bereits bestehenden "Infrastruktur" mit Technologietransfer-Einrichtungen (BIM GmbH, TransMit GmbH), einem "Gründer- und Innovationszentrum" I und II, inzwischen eine erhebliche Anzahl kleinerer innovativer Unternehmen angesiedelt werden konnte. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Gießen steht mit weiteren technologieorientierten Unternehmen in Verhandlungen. Schwerpunkt der Gewerbeansiedlung sind Betriebe von denen überdurchschnittliche Wachstumschancen erwartet werden, z.B. Medizin-, Umwelt- und Biotechnologie, ergänzt durch unternehmensbezogene Dienstleistungsbetriebe.

Der größte Investor ist ein zentrales Verteilerlager für Haushaltsgegenstände. Hierfür wurde ein neuer Gleisanschluss gebaut, der auch weitere Grundstücke des Areals erschließt. Das Gewerbegebiet liegt unweit der A 485 (Gießener Ring).

Bei der Aufbereitung der Fläche wurde der ökologischen Gesamtsituation auf Kasernenarealen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. In größerem Umfang als üblich wurden die ökologischen Ausgangssituation und die Umweltauswirkungen der neuen Nutzung in den Planungen berücksichtigt.

#### **Initiative und Entstehungsgeschichte**

Das Projekt geht auf die Initiative der Stadt Gießen zurück, die bereits 1990 erste Überlegungen zu Folgenutzungen für aufzugebende Flächen der Bundeswehr anstellte. Bis dahin lagen der Stadtverwaltung praktisch keine Unterlagen über die Beschaffenheit der insgesamt 23 militärischen Standorte im Stadtgebiet und ihre Eignung für eine Nachfolgenutzung vor. Die Untersuchungen fanden frühzeitig statt, denn viele der Flächen waren zu dem Zeitpunkt noch gar nicht freigegeben. Insbesondere erfolgte eine Abschätzung von Nutzungspotentialen für Wohnen, Gewerbe oder Dienstleistungen.

Als großen Vorteil bei diesem Projekt im Rahmen des Hessischen Konversionsprogramms fasste die Stadt die kommunalen Einflussmöglichkeiten in der Ansiedlungspolitik auf. Dies war neben der Größe der Fläche der ausschlaggebende Grund für die Bereitstellung von Fördermitteln. Die Stadt übernahm etwa 15% der unrentierlichen Projektkosten, also Kosten für den Ankauf und die Wiederherrichtung der Fläche, die nicht durch Verkaufserlöse oder Kostenbeiträge von Unternehmen abgedeckt werden. Dies bedeutete also einen Anteil von 2,1 Millionen DM an den unrentierlichen Gesamtkosten von 14 Millionen DM.

II/1990	Sachstandsbericht zum Flächennutzungsplan mit generellen Ausführungen zu Nachfolgenutzungen der Sonderbauflächen des Bundes.
III/1991	Einrichtung des Arbeitskreises "Truppenreduzierung" der Stadtverwaltung unter Federführung des Oberbürgermeisters und unter Mitarbeit mehrerer Ämter.
IV/1991	Aufstellungsbeschluss zum Flächennutzungsplan-Vorentwurf mit Konzept über die Nachfolgenutzung der militärischen Flächen.
I/1992	Der Nürnberger Bund zeigt Interesse am Standort Gießen für ein Zentrallager (20 ha und Bahnanschluss)
III/1992	Antragstellung bei HMWVT auf Fördermittel für gewerbliches Flächenrecycling, Aufstellung eines gewerblichen Entwicklungskonzeptes
III/1992 - III/1993	Städtebauliche Rahmenplanung für die Steubenkaserne durch die Firma "Nassauische Heimstätte"
IV/1992	Magistratsbeschluss zur "Als-ob-Maßnahme"
1992 - 1993	Mitteilungen über die Freigabe von Militärarealen
IV/1992 - IV/1993	Orientierende umwelttechnische Untersuchungen durch das Wasserwirtschaftsamt
IV/1992 - IV/1993	Unterbringung von Asylbewerbern in den Gebäuden
IV/1992 - IV/1993	"Clearinggespräche" mit dem Regierungspräsidium, ONB, SBA
I/1993	Gutachten zur Landschaftsplanung durch das Büro Sollmann
I/1993	Vorlage eines Gutachtens zur Bodenwertermittlung
I/1993	Untersuchung der Abteilung Wirtschaftsförderung zur Nachfrage von gewerblichen Flächen in ehemaligen militärischen Liegenschaften
II/1993 - IV/1994	Abstimmungsgespräche zum Bauvorhaben des Nürnberger Bundes im Nordteil der Fläche
II/1993	Verabschiedung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP), das die Fläche als gewerbliche Baufläche ausweist
II/1993	Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes (B-Plan) mit erweitertem Geltungsbereich und Auftragsvergabe für den Vorentwurf an die "Nassauische Heimstätte"
III/1993	Auftragsvergabe für Verkehrsuntersuchungen und Planungen des Stammgleises
II/1993	Anhörungsstermin der Bürgerbeteiligung
III/1993	Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
III/1993	Auftragsvergabe für den Landschaftsplan an das Büro Sollmann
III/1993	Abzug der Bundeswehr und Übernahme der Liegenschaft durch die Bundesvermögensanstalt
Nov 1993	Auftragsvergabe für faunistische und floristische Untersuchungen durch das Büro Janisch + Partner
Nov 1993	Auftragsvergabe für die Erstellung des B-Plan-Entwurfs



Mär 1994	B-Plan-Entwurfsbeschluss
Apr-Mai 1994	Offenlegung des B-Plan-Entwurfs
Mai 1994	Beschluss der Entwicklungssatzung
Jun 1994	Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für das Stammgleis
Jul 1994	Behandlung der Bedenken und Anregungen
Okt 1994	Satzungsbeschluss BPlan "Steubenkaserne"
Nov 1994	Beschluss zur Beauftragung eines Entwicklungsträgers
Nov 1994	Rechtskraft der Entwicklungssatzung
Nov 1994 - Mär 1997	Verhandlungen über den Grunderwerb des Südteils mit OFD (Lokale Bundesvermögensverwaltung) bis zum Kaufvertrag
Jan 1995	Rechtskraft des Bebauungsplanes
Feb 1995	Treuhändlervertrag mit dem Entwicklungsträger
Sep 1995	Genehmigung des Planfeststellungsverfahrens

**Tabelle 4**

### **Akteure**

Am Arbeitskreis "Truppenreduktion" der Stadtverwaltung sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Wirtschaftsförderung, der Bauverwaltung, der Liegenschaftsverwaltung und der Finanzverwaltung beteiligt.

Verhandlungen erfolgten im Verlauf des Projektes vor allem mit der Bundesvermögensverwaltung und der Staatsbauverwaltung des Landes. Als weiterer bedeutsamer Akteur trat zwei Jahre nach den ersten Nutzungsüberlegungen die "Nassauische Heimstätte" Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH in das Projekt ein. Bei ihr handelt es sich um einen Träger der staatlichen Wohnungspolitik in privatwirtschaftlicher Organisationsstruktur.

Die Unterstützung des Projektes war groß und vielfältig: Politische Vertreter aller Parteien auf der kommunalen Ebene, aber auch Landtags- und Bundestagsabgeordnete unterstützten das Vorhaben.

Lokale Interessenverbände, wie z.B. die Naturschutzverbände, argumentierten auf differenzierte Weise. Die Haltung der Medien zu dem Projekt war aufmerksam bis befürwortend. Aus dem weiteren Kreis der Bürgerschaft wurde im Verfahren der Bürgerbeteiligung keine Kritik an dem Konversionsprojekt geübt.

### **Verfahren**

Die mit dem Projekt verbundenen Verfahren betreffen zunächst das in Deutschland seit langem übliche Planungsinstrumentarium: im Flächennutzungsplan wurden erste Überlegungen zur Umwidmung der Flächen für nicht-militärische Folgenutzungen angestellt und festgeschrieben. In einer städtebaulichen Rahmenplanung wurde bereits durch den zukünftigen Entwicklungsträger das Nutzungskonzept konkretisiert. Auf dieser Basis erfolgte der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan, der Entwurf eines Bebauungsplanes und die übliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Träger öffentlicher Belange. Die Dauer des Bebauungsplanverfahrens, also der verbindlichen Bauleitplanung, war mit zwei Jahren ungewöhnlich kurz und erforderte eine ungewöhnlich intensive Zusammenarbeit vor allem der beteiligten Behörden. Die Beteiligungsverfahren, also die Auslegung der Planwerke und die Anhörungen der Bürgerinnen und Bürger, bewegten sich im Bereich der üblichen Beteiligungsverfahren.

Charakteristisch sind in diesem Fall - wie auch bei anderen größeren städtebaulichen Entwicklungsprojekten - die zahlreichen internen Abstimmungsgespräche in der Stadtverwaltung und die externen Verhandlungen mit dem Bundesvermögensamt und verschiedenen ansiedlungswilligen Unternehmen. Diese liefen bereits relativ frühzeitig parallel zu der gesetzlichen Bauleitplanung.

Über die üblichen Verfahren hinaus wurden außerdem in zielorientierter Weise die Instrumente des neuen deutschen Städtebaurechts angewandt:

- Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme
- Städtebaulicher Vertrag

Letzterer erlaubt es, ein verkürztes Bebauungsplanverfahren durchzuführen und den Auftrag für den Bebauungsplanentwurf an ein externes Büro zu vergeben. Außerdem kann ein Großteil der Erschließungskosten an den Erschließungsträger abgegeben werden, der diese dann wiederum auf die späteren Nutzer verteilen wird. In der Regel lässt sich damit der Gemeindebeitrag zu den Erschließungskosten reduzieren.

### **Kommunikationsmuster und Wechselwirkungen mit der Programmebene**

Unterstützung erfuhr das Projekt Steuben-Kaserne vor allem von Seiten des Landes und der EU. Die unrentierlichen Projektkosten von 14 Millionen DM wurden zu 85% über das Hessische Konversionsprogramm und das EG-Förderprogramm KONVER getragen, was einer Fördersumme von 11,9 Millionen entspricht. Ohne diese umfangreichen Fördermittel hätte das Vorhaben in dieser Form nicht realisiert werden können, auch wenn sich die Stadt Gießen nach ihren Möglichkeiten selbst stark finanziell engagiert hat.

Das Projekt war durch eine große Zahl von Verhandlungspartnern und verhandlungsbedürftige Themen gekennzeichnet. Die Gespräche setzten frühzeitig ein, zu einem Zeitpunkt als die Fläche der "Steubenkaserne" noch nicht von der Bundeswehr geräumt worden war.

Ein zentraler Konfliktpunkt in den Verhandlungen war die Bestimmung der Kaufpreise für die beiden Teilflächen. Die relativ unproblematischen Verhandlungen zwischen dem Unternehmen Nürnberger Bund und dem Bundesvermögensamt wurden vor allem durch das große Interesse des genannten Unternehmens an einer baldigen Entscheidung bestimmt. Dagegen dauerten die Kaufverhandlungen zwischen der Stadt und der Oberfinanzdirektion vom November 1994 bis zum März 1997, also mehr als zwei Jahre. Schwierig waren hierbei insbesondere die Verhandlungen zu Objekt- und Verkehrswerten der vorgefundenen Gebäude und Infrastrukturen.

### **Regionale Bedeutung**

Einen Nutzen aus diesem Projekt haben zunächst die Stadt Gießen und ihre Einwohner. Ein städtisches Gewerbegebiet von dieser Größe stärkt die Position Giessens als Oberzentrum Mittelhessens, denn die Universitätsstadt ist gleichzeitig der gewerbliche Entwicklungsschwerpunkt der Region. Es ist eine positive Wirkung auf die innerregionalen Verflechtungen zu erwarten. Durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen erhöhen sich mittelfristig nicht nur die Gewerbesteureinnahmen der Stadt, sondern es reduzieren sich auch die kommunalen Sozialhilfelasten. Einen Nutzen gibt es indirekt auch für die Umweltsituation in Gießen. Hier wird eine bereits beanspruchte Fläche für einen neuen Zweck wiedergenutzt, während ohne diese Lösung vermutlich früher oder später ein neuer Gewerbestandort "auf der grünen Wiese" entstanden wäre. Die Konversion der ehemaligen Militärfläche lag auch im Interesse der Bundesvermögensverwaltung, die dadurch Erlöse aus dem Verkauf erzielt. Außerdem profitiert der private Entwicklungsträger, der mit der Aufbereitung und Erschließung des Geländes beauftragt wurde, von dem Projekt.

### 3.1.1.3 NRE-Analyse

Mit Hilfe der zehn Komponenten der Nachhaltigkeit lässt sich eine relativ schnelle Übersicht gewinnen, was das Projekt für die Nachhaltige Regionalentwicklung (NRE) einer Region bedeutet.

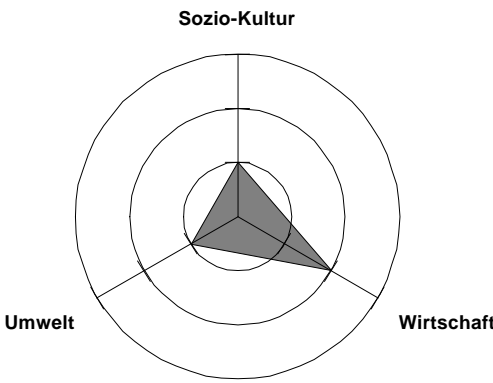
Die Beurteilung des Projekts setzt voraus, dass die Region bereits in dieser Hinsicht untersucht wurde. Über die Beschreibung des Hintergrunds des Projekts in den vorangehenden Abschnitten hinaus, wurde bereits in „task 2“ des Forschungsprojekts eine genauere Untersuchung Mittelhessens unter dem Gesichtspunkt der Regionalentwicklung vorgenommen.

Das nachfolgende Schema ist in dieser Form auch für die Projektbeurteilung in moderierten Workshops einsetzbar. Deshalb wurde trotz der notwendigerweise kleinen Schrift hier diese übersichtliche Darstellungsform gewählt.

NRE-Analyse		Steuben-Kaserne
<b>1. Ökologische Dimension</b>	<b>2. Ökonomische Dimension</b>	<b>3. Soziokulturelle Dimension</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Flächenrecycling statt Inanspruchnahme neuer Fläche</li> <li>+ Förderung der Grundwasseranreicherung durch Entsiegelung in Teilbereichen</li> <li>+ ausführliche umweltbezogene Untersuchungen</li> <li>+ Erschließung durch den Schienenverkehr als Beitrag zum Güterverkehr auf der Schiene</li> <li>- Gleisanschluß mitten durch den Wald</li> <li>- Logistikzentrum trägt zu mehr Verkehrsaufkommen und Flächenverbrauch bei</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Schaffung von Dauerarbeitsplätzen im städtischen Zentrum, d.h. in zentraler Lage eines bestehenden Einzugsgebietes</li> <li>+ Gewerbeflächenengpass beseitigt und Entwicklungspotentiale eröffnet</li> <li>+ höhere Steuereinnahmen für die Gemeinde Gießen</li> <li>- Logistikzentrum bringt pro Fläche weniger Arbeitsplätze als andere Unternehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Schaffung von Motivation und Perspektive</li> <li>+ Integration gering qualifizierter Arbeitnehmer</li> <li>+ Innovationsorientierung</li> </ul>
<b>4. Interpersonale Chancengleichheit</b>	<b>5. Interregionale Chancengleichheit</b>	<b>6. Intertemporale Chancengleichheit</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ wohnortnahe Arbeitsplätze für die Bewohner Gießens</li> <li>+ Schaffung von Arbeitsplätzen, auch in weniger qualifizierten Berufen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Förderung einer relativ strukturschwachen Region</li> <li>- z.T. Verlagerung von anderswo bestehenden Arbeitsplätzen nach Gießen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Schaffung zukünftigen gewerblichen Entwicklungsspielraums</li> <li>+ Festigung der Funktion und Attraktivität Gießens als Wohn- und Arbeitsstandort</li> <li>+ Optimale Flächennutzung</li> </ul>

<b>7. Diversität</b>	<b>8. Subsidiarität</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur in Gießen</li> <li>+ unterschiedliche zukunftsorientierte Unternehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Initiator: Oberbürgermeister der Stadt Gießen</li> <li>+ Bearbeitung erfolgte in enger Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Investoren auf der lokalen Ebene</li> <li>+ Land und EU haben durch ihre Finanzierung das Projekt ermöglicht, ihre Programme haben die lokalen Handlungsspielräume erweitert</li> <li>+ Im Rahmen des Konversionsprogramms hat das Land hilfreiche Beratung geboten</li> <li>o Rechtliche Rahmenbedingungen entsprechend dem deutschen Städtebaurecht durch das Regierungspräsidium überprüft</li> </ul>
<b>9. Netzwerke / Partnerschaft</b>	<b>10. Partizipation</b>
<p>Wenig partnerschaftliche Ansätze:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>+ Austausch von Know-How in partnerschaftlicher Zusammenarbeit auf der lokalen Ebene</li> <li>+ BIM im Netzwerk</li> <li>o Konkurrenz animiert (Marburg, Wetzlar)</li> </ul>	<p>Im Rahmen gesetzlicher Vorschriften:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Bürgerbeteiligung hat im Rahmen der üblichen baurechtlichen Verfahren im vorgesehenen Umfang stattgefunden</li> </ul>

**Tabelle 5**

<b>Antwort auf die Herausforderungen der NRE</b>		<b>Steuben-Kaserne</b>
<b>Integration</b>	<b>Innovation / Lernfähigkeit</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ explizit: Integration von ökonomischen Entwicklungszielen und ökologischen Schutzzielen. Mit ökonomischen Zielen wird auch das soziale Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen verfolgt</li> <li>+ Die entschlossene Initiative von Mitgliedern der Stadtverwaltung erlaubte eine gleichzeitige Berücksichtigung verschiedener Dimensionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Erfahrungen mit neuen baurechtlichen Instrumenten, integrierter Ansatz</li> <li>+ Pionierprojekt im Rahmen des Konversionsprogramms. Bestimmung des Marktwertes einer wiedergenutzten Fläche</li> <li>+ umfassendes Konversionsvorhaben statt Neuausweisung von gewerblichem Bauland</li> </ul>	
<b>Beitrag zur Problemlösung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Umwelt: Umweltaspekte konsequent berücksichtigt</li> <li>++ Wirtschaft: Beitrag zur wirtschaftlichen Gesamtentwicklung Gießens</li> <li>+ Sozio-Kultur: Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in der Region</li> </ul>		

**Tabelle 6**

### **3.1.2 ZAUG - Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen**

Das Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen (ZAUG) ist eine gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft, in der ein innovativer und integrierter Ansatz kommunaler Arbeitsmarktpolitik verfolgt wird.

#### **3.1.2.1 Der Kontext**

Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland 1997 auf einem neuen Höchststand in der Nachkriegszeit angelangt. Auch der Landkreis und die Stadt Gießen sind davon betroffen. 1997 waren im Landkreis 12,8 % der Erwerbsbevölkerung arbeitslos gemeldet, in der Stadt Gießen sogar über 16 %, was einen hessenweiten Negativrekord darstellt. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt sieht ebenso angespannt aus. Übliche Konzepte der öffentlichen Arbeitsmarktpolitik greifen angesichts dieser Situation nicht mehr, und auch Wachstum und Produktivitätszuwächse können den Arbeitsplatzabbau nicht mehr wie in der Vergangenheit auffangen. Weil die Arbeitslosen mit der Zeit aus der staatlichen Arbeitslosenversicherung „herausfallen“ und dann auf (kommunale) Sozialhilfe angewiesen sind, findet eine Kommunalisierung des Problems der Arbeitslosigkeit statt. Angesichts dieser Situation sind die Gemeinden und Kreise bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor Ort zunehmend aktiver geworden. Dabei werden Chancen gesucht, die regionale Entwicklung bewusst stärker selbst zu gestalten.

Einer zunehmende Zahl an Kreisen und Kommunen in Deutschland gelingt es, neue Wege aus der Beschäftigungskrise heraus zu beschreiten. Sie überwinden dabei die klassische Aufgabenteilung in der Verwaltung zwischen Wirtschaftsförderung, Strukturpolitik, Stadtentwicklung einerseits und Sozial- und Bildungspolitik andererseits. Durch innovative Konzepte soll die heute ungenutzte Arbeitskraft wertschöpfend, wirtschaftsfördernd und umweltverträglich zugleich eingesetzt werden. Diese Integration von sektoralen Ansätzen findet nicht selten in kommunalen Beschäftigungsgesellschaften statt. 1991 bestanden in den alten Ländern der Bundesrepublik bereits 140 solcher Gesellschaften, die sich in der Regel vor allem aus Mitteln der Sozialhilfe finanzierten.

Das im folgenden beschriebene Gießener Projekt ist ein herausragendes Beispiel für einen solchen Ansatz. Es hat weit über Hessen hinaus Beachtung gefunden.

#### **3.1.2.2 Das Projekt**

##### **Kurze Darstellung**

Das „Zentrum für Arbeit und Umwelt Gießen“ (ZAUG GmbH) bezeichnet sich als gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft. Es will nach eigenen Angaben eine konstruktive und zukunftsorientierte Struktur- und Regionalentwicklung voranbringen, indem es den Bedarf an neuen Dienstleistungen feststellt, daraus neue Arbeitsfelder entwickelt und diese schließlich regionalpolitisch umzusetzen versucht. An konkreten Dienstleistungen bietet das ZAUG daher praxisnahe Beratung, Berufshilfen, Ausbildung, Qualifizierung und betriebliche Beschäftigung für Jugendliche, junge Erwachsene, Sozialhilfeempfänger/innen und Langzeitarbeitslose aus der Region. Zugleich soll die produktions- und arbeitnehmersnahe Infrastruktur vor Ort verbessert werden. Bisher brachliegende Betätigungsfelder im Bereich des Ressourcenschutzes und des Umweltschutzes sollen erschlossen werden.

Mit dem ZAUG finanzieren Stadt und Landkreis Gießen Arbeit statt Arbeitslosigkeit und bieten somit verschiedenen arbeitslosen Zielgruppen die Möglichkeit zur dauerhaften Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt, gegebenenfalls mit sozialpädagogischer Unterstützung. Dadurch werden einerseits die Menschen in die Lage versetzt, den Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und so-

zialer Deklassierung zu durchbrechen, andererseits werden die kommunalen Haushalte mittelfristig deutlich entlastet. Gleichzeitig verbindet das ZAUG Ausbildung und qualifizierende Beschäftigung mit der Erstellung von Leistungen in oftmals vernachlässigten, aber zukunftssträchtigen Wirtschaftsbereichen.

Entsprechend ihrer Zielsetzungen umfasst die ZAUG GmbH zwei wesentliche Aufgabenbereiche: den Bereich "Beratung, Berufshilfen und Ausbildung" und die "Geschäfts- und Zweckbetriebe", wie zum Beispiel Wäscherei, Café oder Recyclingwerkstatt. Diese werden heute über drei Geschäftsbereiche verwaltet, welche die "Standbeine" des ZAUG darstellen:

- Ausbildung und Qualifizierung: Ausbildungsplätze in den eigenen Lehrwerkstätten und Betriebsstätten in zwölf Berufsfeldern, berufsvorbereitende Lehrgänge, Berufsberatung und verschiedene pädagogische Maßnahmen
- Frauenförderung: Strukturelle Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen durch Mitgestalten von Frauenförderplänen, qualifizierte Beschäftigung für erwerbslose Frauen, Fort- und Weiterbildungsangebote für den (Wieder-)Einstieg in das Erwerbsleben und Beratung über den regionalen Arbeitsmarkt.
- Recycling und Umwelttechnologie: Stärkung der regionalen Kreislaufwirtschaft durch Planung, Produktion, Reparatur, Wiederverwertung und Entsorgung von Waren innerhalb einer Region und damit Erhalt von Umwelt und Arbeitsplätzen vor Ort

Zur Unterstützung der Arbeit und um einen möglichst großen gesellschaftlichen Konsens über die Tätigkeiten zu erzielen, verfügte die ZAUG GmbH von Anfang an über einen Fachbeirat. Dieser nimmt jährlich Stellung zum Wirtschafts- und Finanzplan, bevor dieser durch die Gesellschafterversammlung beschlossen wird. Um seine Arbeit effizient zu organisieren wurde der Beirat im Jahr 1992 in zwei Ausschüsse für "Arbeitsmarkt und Qualifizierung" und für "Umwelt- und Produktinnovation" aufgeteilt, die die Beschlussvorlagen zur jährlichen Gesamtsitzung vorbereiten.

### **Die Entstehungsgeschichte**

Das Zentrum für Arbeit und Umwelt Gießen (ZAUG GmbH) wurde 1988 als gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft gegründet. Gesellschafter sind gegenwärtig mit 5/6 Anteilen der Landkreis Gießen und die Gemeinden Heuchelheim, Reiskirchen und Wettenberg, sowie mit 1/6 Anteil die Stadt Gießen. Der Gründung ging ein langer politischer Diskussionsprozess voraus, während dem von verschiedenen Seiten mehrmals versucht wurde, die kommunale Arbeitsmarktpolitik zu institutionalisieren. Ein Wechsel in den politischen Mehrheitsverhältnissen, gab dann den letzten Anstoß für die Gründung des heute bestehenden Zentrums.

Bereits in den 70er Jahren entwickelten sich in Gießen verschiedene soziale Initiativen zur Verbesserung der sozialen Brennpunkte und zum Abbau der Benachteiligung bestimmter Gruppen. Von 1984 an gab es als Modellversuch des hessischen Sozialministeriums ein Zentrum für Frauenkooperativen (ZfF), das sich den Wiedereinstieg von arbeitslosen Frauen in das Berufsleben zum Ziel gesetzt hatte. Von seiten der Gießener Justus-Liebig-Universität trug die Ende der 70er Jahre gegründete Arbeitsgruppe Regional- und Kommunalpolitik zur fachlichen Auseinandersetzung mit den Problemen des kommunalen Arbeitsmarktes bei. Sie schlug auch erstmals eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft als Instrument für eine gezielte Strukturpolitik vor. In Stadt- und Kreispolitik jedoch wurden die Themen Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel nur am Rande behandelt, selbst als in der Mitte der 80er Jahre die Arbeitslosenzahlen sprunghaft anstiegen. Der Gründung einer speziellen Gesellschaft standen zunächst noch wirtschaftsliberale politische Positionen aus der Stadt entgegen. Diese wurden im Verlauf

der Vorbereitungs- und Gründungsphasen der ZAUG GmbH vor allem durch die Opposition in Stadt und Landkreis weiter vertreten und bestimmten den politischen Diskussionsprozess.

Die Kommunalwahl 1985 in Gießen, die eine "rot-grüne" Mehrheit im Stadtrat erbrachte, erlaubte schließlich einen Kurswechsel in der kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Von diesem Zeitpunkt an stellen sich der Vorlauf und die Gründung und Entwicklung der ZAUG GmbH folgendermaßen dar:

1985 / 86	Verschiedene Anläufe für eine neue kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der Stadt, vorläufige Ergebnisse: Einrichtung einer Stabsstelle beim Stadtkämmerer und Ausdehnung der inhaltlichen Orientierung von Ausbildung und Beschäftigung auf Wirtschafts- und Strukturpolitik
1985 / 86	Gründung eines außerbetrieblichen Ausbildungszentrums (ABAZ) durch den Landkreis Gießen
1986	Auch die Stadt bewilligt Finanzmittel für ein außerbetriebliches Ausbildungszentrum und legt ein erstes Konzept für ein "Zentrum Arbeit und Umwelt" vor, das besonders die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Bereiche Umwelt und Energie betont
1987	In der Stadt setzt die Planung für eine Beschäftigungsgesellschaft ein. Ein Antrag beim Regierungspräsidium ergibt, dass sich die Stadt Gießen mit maximal 25 % des Stammkapitals an einer solchen Gesellschaft beteiligen darf.
1987	Die Gründung einer Berufsbildungsgesellschaft wird in der Stadt beschlossen. Zunächst nimmt jedoch das städtische Außerbetriebliche Ausbildungszentrum (AAZ) die Arbeit auf.
Anfang 1988	Der Kreis genehmigt die Mittel für ein Zentrum Arbeit und Umwelt.
1988	In Stadt und Landkreis erweist sich die inhaltliche Konzeption, vor allem im Austausch mit den bestehenden sozialen Initiativen, als schwierig, bald jedoch kristallisieren sich einige Eckpunkte heraus: - eine gemeinsame Trägerschaft von Stadt und Landkreis - eine struktur- und arbeitsmarktpolitische Orientierung, die sich vom sozialpolitischen Feld leicht entfernt.
Juli 1988	Konstituierung des Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen als GmbH
1989 / 90	Konsolidierungsphase, in der sich die ersten Arbeitsfelder abzeichnen.
1991	Beitritt weiterer Gemeinden aus dem Landkreis als Gesellschafter.

**Tabelle 7**

### **Akteure**

Das vielfältige Akteursnetz, das der Gründung und jetzigen Arbeit der ZAUG GmbH zugrunde liegt, wurde 1997 in einer Dissertation näher untersucht und in einer Dokumentation des ZAUG aufgearbeitet. In dem Prozess, der schließlich zur Gründung der ZAUG GmbH führte, waren auf der politischen Ebene die SPD und die Grünen die maßgeblichen Akteure. Die Opposition, also seit der Kommunalwahl 1985 die CDU und die FDP, vertraten die meiste Zeit hindurch eine stark wirtschaftsliberale Position, die einer kommunalen Wirtschafts- und Strukturpolitik eher kritisch gegenüberstand. Der Gründungsprozess des ZAUG und auch die weitere Arbeit war also alles andere als frei von Konflikten.

Auf der politischen Ebene war außerdem die Initiative einzelner Personen, wie z.B. des Kämmerers der Stadt Gießen, maßgeblich für die Gründung des ZAUG. Verschiedene Verwaltungsebenen haben durch ihre Entscheidungen die Entwicklung einer Berufsbildungsgesellschaft ermöglicht und teilweise gefördert. So hat etwa auch das Regierungspräsidium der städtischen Initiative mit einigen Auflagen zugestimmt.

An der inhaltlichen Konzeption des ZAUG waren außer der SPD und den Grünen auch die Arbeitsgruppe Regional- und Kommunalpolitik sowie die zahlreichen bestehenden sozialen Initiativen stark beteiligt. Diese konnten sich nicht alle in das neue Zentrum einbringen, weil dieses stärker wirtschafts- als sozialpolitisch orientiert sein sollte. Letztlich hat eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben stattgefunden, indem ein Teil der sozialpolitischen Aufgaben bei der bereits bestehenden Initiative für Jugendberufsbildung (IJB) verblieb.

Die Initiatoren und Leiter des ZAUG haben sich auf verschiedenen Ebenen intensiv und kontinuierlich um breite Unterstützung bemüht. Dazu gehörte außer der Pflege der Kontakte zur Kommunalpolitik auch der Kontakt zum Arbeitsamt, zu Unternehmen, Ämtern und Verbänden. Auf Landesebene waren und sind insbesondere die Kontakte zum Hessischen Ministerium für Arbeit und Soziales (HMFAS) und zum Landeswohlfahrtsverband von Bedeutung. Durch enge Arbeitskontakte und seine Mitarbeit in Gremien und Verbänden wirkt das ZAUG vielfach indirekt beratend an der Anregung und Entwicklung innovativer Lösungen in Betrieben, Verwaltungen und Verbänden mit.

### **Vorgehensweisen und Verfahren**

Da der Entwicklungsprozess der ZAUG GmbH als "Projekt" bereits nachvollzogen wurde, sollen hier vor allem die Vorgehensweisen und Verfahren bei der Entwicklung einzelner Projekte und Aktivitäten im Zentrum selbst betrachtet werden.

Erste Aktivitäten wurden bereits in der Initiierungsphase des Gesamtvorhabens durch die unterschiedlichen, am Aufbau beteiligten Partner in das Zentrum eingebracht, wenn sich dieses dafür zu eignen schien. In einigen Bereichen war der Handlungsbedarf so groß, dass konkrete Aktivitäten begonnen wurden, bevor ein kohärentes Konzept erarbeitet werden konnte. Zum Beispiel erst nachdem die ersten Altkühlgeräte entsorgt worden waren, wurde mit der Umsetzung des eigentlichen Recyclingkonzeptes begonnen. Die Initiierung konkreter Aktivitäten verläuft also vielfach in einer pragmatischen Vorgehensweise parallel zur Erstellung von strategischen Konzepten in den entsprechenden Bereichen.

Das ZAUG ist - da aus einem konkreten kommunalen Bedarf heraus von lokalen Akteuren entwickelt und getragen - hervorragend in die komplexen Kommunikationsstrukturen der Region eingebunden. Bei der Projektinitiierung spielen daher informelle Gespräche in der Region eine zentrale Rolle. Offiziell werden neue Ideen und Konzepte im Fachbeirat, seinen Ausschüssen, der Gesellschafterversammlung sowie der Geschäftsleistung diskutiert und beschlossen.

Die einzelnen Bereiche des ZAUG agieren relativ selbständig. In formellen Entscheidungs- und Verwaltungsverfahren spielt die ZAUG GmbH eine Koordinatoren- und Verteilerrolle: Sie beantragt für ihre Aktivitäten staatliche Fördermittel, sucht nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten, verwaltet und verteilt diese Mittel auf ihre Projekte. Die MitarbeiterInnen der ZAUG GmbH stehen im Zusammenhang mit der Erschließung von Finanzierungsquellen ständig in Kontakt bzw. in Verhandlungen mit Mitarbeitern von Einrichtungen der Bundesebene (Landesarbeitsamt, Arbeitsamt Gießen), der Landesebene (verschiedene Ministerien (HMWVL, HMFAS, HMJE) und den vom Land beauftragten Einrichtungen (HLT), den Regierungspräsidien Kassel und Gießen, sowie den Trägern des ZAUG. Hinsichtlich der baulichen und technischen Genehmigungsverfahren unterliegt die ZAUG GmbH genauso den rechtlichen Vorschriften wie alle einzeln initiierten wirtschaftlichen Aktivitäten auch. Als Träger von qualifizierenden, beratenden oder innovativen wirtschaftlichen Maßnahmen bündelt sie jedoch die Tätigkeiten der Antragstellung und Bearbeitung von Genehmigungen und Bewilligungen in einer Gesellschaft.



## **Kommunikationsmuster und Wechselwirkungen mit der Programmebene**

Aufgrund der komplexen "Akteurslandschaft" können an dieser Stelle nicht sämtliche mit dem ZAUG verbundenen Wechselwirkungen und Kommunikationsstrukturen dargestellt werden. Ein Blick auf das Verhältnis zwischen dem "Projekt" ZAUG und den übergeordneten Ebenen und die Kommunikation und Verständigung zwischen den an der Gründung beteiligten Akteuren soll daher genügen. Allerdings wird hier nicht alle Aspekte untersucht, sondern vor allem Konflikte und der Umgang mit ihnen.

Die ZAUG GmbH ist aufgrund ihrer ausschließlich gemeinnützigen und mildtätigen Zwecke in ihrer Arbeit auf die übergeordnete "Programmebene" des Landes angewiesen. Ihr Eigenfinanzierungsanteil ist in den letzten Jahren zwar kontinuierlich gestiegen, sie finanziert sich jedoch weiterhin zu etwa 60 % aus Fördermitteln und anderen Zuwendungen. Dazu gehören z.B. Mittel vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Technologie und Europaangelegenheiten, aus dem Europäischen Sozialfonds oder durch Landesarbeitsamt, Landeswohlfahrtsverband oder Landesjugendamt. Auch das Landesprogramm "Arbeit statt Sozialhilfe" kommt im Rahmen des ZAUG-Aktivitäten zum Einsatz, so zum Beispiel in der Änderungsschneiderei oder Wäscherei.

Der umgekehrte Einfluss von der Projektebene auf die Programmebene lässt sich nicht umfassend, aber an einzelnen Beispielen nachvollziehen. Beispielsweise war von seiten der ZAUG GmbH eine Mitwirkung an den Rahmenbedingungen des eigenen Handelns möglich: in direktem Kontakt mit dem verantwortlichen Ministerium trug das ZAUG zu der Neugestaltung des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" bei, bei der die Anforderungen für der Richtlinie zielgenauer formuliert wurden. Schließlich arbeitet die ZAUG GmbH generell an einer Neugestaltung der eigenen Handlungsbedingungen. Ein Baustein dazu ist die systematische Erweiterung des Kreises von Unterstützern ihrer Ziele und Kooperationspartnern für konkrete Aktivitäten.

Die Kommunikation während Aufbau und Entwicklung des Zentrums war durch verschiedene Unstimmigkeiten geprägt: Zwischen den politischen Parteien mangelte es die ganze Zeit hindurch an Konsens über die ZAUG GmbH. Die politische Opposition, also vor allem CDU und FDP, waren gegenüber den ihrer Meinung nach zu weitreichenden Eingriffen der kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik kritisch eingestellt. Auch hielten sie zeitweilig das Vorhaben für nicht notwendig, weil sie die Lage am Arbeits- und Lehrstellenmarkt weniger problematisch einschätzten als beispielsweise die Vertreter der SPD. Die regionale Wirtschaft beginnt ihre Haltung gegenüber dem ZAUG zu verändern. Nachdem lange Zeit vor allem Konkurrenz durch eine öffentliche Einrichtung befürchtet wurde, ist das ZAUG heute für viele zu einem nicht unbedeutenden Auftraggeber geworden, dem es gelingt, zusätzliche Geldmittel in die Region zu holen.

Auch neun Jahre nach der Konstituierung der ZAUG GmbH sind heute noch nicht alle Vorbehalte gegen das Zentrum und seine Arbeit abgebaut. Vor allem besteht keine Einigkeit darüber, ob die Gesellschaft eher dem sozialpolitischen oder dem wirtschafts- und strukturpolitischen Bereich der Verwaltung zuzuordnen ist. Angebotsorientierte Vertreter aus Wirtschaft und Politik fordern immer wieder die Auslagerung der sich selbst tragenden Betriebe aus der ZAUG GmbH, die sie als Konkurrenz der privaten Unternehmen ansehen. Eine solche Gesellschaft dürfte aus ihrer Sicht nur sozialpolitische Ziele verfolgen. Einzelne Vorbehalte wurden jedoch im Laufe der Zeit abgebaut, als sich nach der Entstehung einer großen Koalition auf Kreisebene im Jahre 1993 die CDU-Vertreter stärker in die inhaltliche Arbeit einbringen konnten. Durch eine fruchtbare Zusammenarbeit wurden vor allem Erfolge im Bereich Abfallentsorgung und Recycling erzielt.

Unstimmigkeiten, die sich auf die Zusammenarbeit auswirkten, gab es auch im Fachbeirat der ZAUG GmbH. Zu Beginn der Gesellschaft war die Arbeitgeberseite hier noch gut eingebunden

gewesen. 1992 trat jedoch der Vertreter der IHK aus dem Fachbeirat aus und nimmt bis heute nicht daran teil, da er seine Anregungen für die Arbeit des ZAUG nicht wirklich berücksichtigt sah. Die IHK hatte somit das Gefühl, dass ihre Ziele sich nicht über das ZAUG verwirklichen ließen und die Interessen ihrer Mitglieder somit eher benachteiligt würden. Diese Unstimmigkeiten fielen in die Zeit, zu der sich das ZAUG eher der Strukturpolitik zuwandte, weil sich der Lehrstellenmarkt aufgrund demographischer Entwicklungen leicht erholt hatte.

Um die Arbeit des Fachbeirates zu intensivieren und effizienter zu gestalten, wurde er im November 1992 in zwei Ausschüsse aufgegliedert: "Arbeitsmarkt und Qualifizierung" und "Umwelt und Produktinnovation". Seitdem können auch die ehemaligen Kritiker der ZAUG GmbH wieder besser in die inhaltliche Arbeit eingebunden werden.

Die inhaltliche Gestaltung des ZAUG war unter anderem durch lange Verhandlungen zwischen den öffentlichen Initiatoren und den bestehenden sozialen Initiativen geprägt. Sie drehten sich um die sinnvolle inhaltliche Ausrichtung des ZAUG, die Arbeitsteilung zwischen dem Zentrum und den bestehenden Gruppierungen und damit schließlich die Frage, welche Aufgaben in das ZAUG integriert werden sollten. Stadt und Kreis entfernten sich inhaltlich im Lauf der Zeit eher von den sozialen Initiativen, weil sie eine struktur- und arbeitsmarktpolitische Ausrichtung des Zentrums anstrebten. Damit war klar, dass das sozialpolitische Feld eher bei den Initiativen verbleiben sollte. Dennoch konnten die Initiativen einzelne Aktivitäten in das ZAUG einbringen, wie beispielsweise die Metallwerkstatt der Jugendwerkstatt Gießen e.V., was vor allem aus finanziellen Gründen in ihrem Interesse lag. Gemessen an ihrem ursprünglichen Ziel, die ZAUG GmbH sogar in eigener Trägerschaft zu übernehmen, konnten die Initiativen letztlich gegenüber der Stadt und dem Kreis keinen sehr großen Einfluss auf die Gestaltung des ZAUG ausüben. Sie konnten vor allem ihren Bestand sichern. Eine größere Einflussnahme wurde wohl dadurch erschwert, dass sie in dem Prozess zwar gemeinsam auftraten, aber kein von allen getragenes Alternativkonzept vorlegen konnten.

Neben dem konsequenten Ausbau eines Netzes von Kontakten, haben die Initiatoren und Leiter des ZAUG von Anfang an einen großen Wert auf Öffentlichkeitsarbeit gelegt. Dies hat dem Zentrum in politischen Konfliktsituationen wesentliche Unterstützung gesichert.

### **Bisherige Erfolge**

Die ZAUG GmbH hat sich in den meisten Aktivitätsfeldern als sehr erfolgreich erwiesen. So konnte beispielsweise die Zahl der verschiedenen Abteilungen innerhalb der GmbH in den vergangenen sieben Jahren mehr als verdoppelt werden. Dies gelang bei gleichzeitig konstanten Beiträgen der Gesellschafter. Der Erfolg des ZAUG-Aktivitäten ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass neue Tätigkeitsfelder und Projekte durch systematische Problem- und Marktanalysen vorbereitet werden bzw. aus bereits vorhandenen Aufgaben entwickelt werden. So ist zum Beispiel der Bereich Elektronik-Recycling zusammen mit der Firma Mücksch Recycling durch die ZM-Elektronikrecycling aufgebaut worden.

Die Geschäftsberichte geben detailliert Ausschuss über die Erfolge des ZAUG. Hier nur einige Beispiele: Allein im Jahr 1996 wurden in den drei Geschäftsbereichen die folgenden Erfolge erzielt:

- *Ausbildung und Qualifizierung:* Schaffung von 50 zusätzlichen Ausbildungsplätzen, wodurch das ZAUG inzwischen zum größten Ausbildungsbetrieb in der Region Mittelhessen geworden ist
- *Frauenförderung:* Im Bereich der Frauenförderung konnten 910 Frauen Beratungs- und Qualifizierungsleistungen in Anspruch nehmen, 45 Frauen konnten an Beschäftigungs- und

Qualifizierungsmaßnahmen in hauseigenen Betriebsstätten teilnehmen und 82 Frauen konnten im Bildungswerk Hauswirtschaft qualifiziert werden.

- *Recycling und Umwelttechnologie*: Die Qualität des Recyclings wurde weiter erhöht, neue Kooperationen mit anderen Recycling-Unternehmen in Mittelhessen wurden eingegangen, ein elektronisches Abfalllexikon auf Diskette wurde herausgegeben.

Die Beschäftigten des ZAUG insgesamt haben sich von 70 im Jahre 1988 bis maximal 620 (je nach Monat) erhöht und damit im Laufe der Zeit fast verzehnfacht.

Die Erfolge des ZAUG waren jedoch von zahlreichen, manchmal schwierigen Lernprozessen begleitet. Einige werden bereits deutlich, wenn die Verständigungsschwierigkeiten zwischen den einzelnen Akteuren betrachtet werden (siehe oben). Lernprozesse illustrieren sich außerdem durch die folgenden Neuerungen:

- Die Struktur selbst ist ein Beispiel für einen neuen privatrechtlichen Rahmen für die Erledigung öffentlicher Aufgaben. Durch die Zusammensetzung der Gesellschafter und des Fachbeirates werden hier zahlreiche Akteure aus der Region zu zielgerichtetem partnerschaftlichen Arbeiten angehalten.
- Innovativ ist auch die Entwicklung neuer Marktsegmente und neuer Technologien innerhalb einzelner dieser Märkte, wie zum Beispiel die umweltgerechte Zerlegung FCKW-haltiger Kühlgeräte.
- Innovationen wurden auch bei der Entwicklung der Organisationsstrukturen im einzelnen realisiert: nach innen wurde ein konsequentes Kostenstellenmanagement im Sozialbereich umgesetzt, das unter anderem zur Auflösung dauerhaft defizitärer Projekte und somit zum effizienteren Einsatz öffentlicher Mittel geführt hat. Nach außen wurde beispielsweise ein gemeinsames Tochterunternehmen mit einem anderen Unternehmen der Recyclingbranche gegründet.

Im Jahr 1996 beherbergte die ZAUG GmbH unter anderem die folgenden Projekte und Betriebsstätten:

- Änderungsschneiderei und Wäscherei
- Gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung/ Zeitarbeit
- Bauabteilung (eingetragener Meisterbetrieb)
- Beratungsstelle "Frau und Beruf" mit Schwerpunkt ländlicher Raum
- Bildungswerk Hauswirtschaft
- Bioland-Hof
- Biologische Umwelttechnik/Pflanzenkläranlagen
- Blutegelzucht
- Entsorgungszentrum
- Fort- und Weiterbildungszentrum/Computerschule für Frauen
- Großküche "Tischlein Deck Dich"
- Hausgeräte Reparaturwerkstatt (eingetragener Meisterbetrieb)
- Kfz-Recycling und Reparaturwerkstatt (eingetragener Meisterbetrieb)
- Kurse zur beruflichen Orientierung und Wiedereingliederung erwerbsloser Frauen

- Lehrrestaurant "Am Park"
- Pilzzucht
- Projekt "Neue Wege"
- Regionalentwicklung/sanfter Tourismus
- Transportabteilung
- Wertstoffhof
- Zentrum für Ausbildung, Beratung und Berufshilfen (ZABB)
- Verschiedene Projekte im Bereich Berufsvorbereitung, außerbetriebliche und betriebliche Ausbildung, Umschulung, Arbeitstherapie
- Beteiligungsgesellschaft ZM Elektronik-Recycling

### **Regionale Bedeutung**

Die Möglichkeit zur Beschäftigung und Qualifizierung bei ZAUG steht in der Regel den Beziehern von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld bzw. -hilfe aus Stadt und Landkreis Gießen offen. Die überwiegende Zahl der von ZAUG angesprochenen Probleme in den Bereichen Umweltschutz, Altlastensanierung, Recycling haben direkt oder indirekt lokale Ursachen.. Dem entspricht die Strategie von ZAUG, auch die Mittel zur Problemlösung dezentral, also regional vorzuhalten. Das ZAUG ist also ein Instrument, das bei der Problemlösung gezielt lokal bzw. regional ansetzt.

Die ZAUG GmbH ist das zentrale Instrument der kommunalen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Stadt und Landkreis Gießen. Mit ihren vielfältigen Aufgaben trägt sie wesentlich zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, aber auch zur Sozialpolitik bei. Die ZAUG GmbH versteht sich als wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Region Gießen. Die gesamte regionale Wirtschaft profitiert von der Kaufkraft des ZAUG-Beschäftigten. Überregional akquirierte Aufträge und Fördermittel lassen zusätzliches Geld in die Region Mittelhessen fließen. So wurden im Jahre 1996 allein 14,3 Mio. DM aus überregionalen Aufträgen und Fördermitteln sowie aus Auftragsbindung erwirtschaftet. Über die Vergabe von Aufträgen an regionale Unternehmen, stärkt das ZAUG auch deren Position. Sie erwarb 1996 Waren und Dienstleistungen im Wert von insgesamt 8,0 Mio. DM von regional ansässigen Industrie-, Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Schließlich stabilisieren die Sozialversicherungsbeiträge des ZAUG-Beschäftigten das soziale System insgesamt und entlassen mittelfristig die kommunalen Haushalte, wenn sich die Anzahl der Sozialhilfeempfänger verringert.

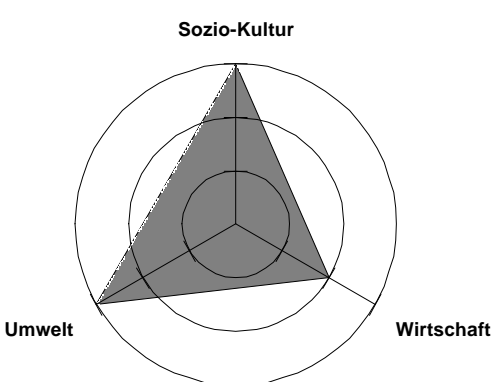
Über ihre rein wirtschaftliche Bedeutung hinaus, ist die ZAUG GmbH ein Instrument, mit dem sich die kommunale Ebene angesichts einer schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage die eigenen Handlungsspielräume erweitert. Nicht zuletzt ist der soziale Effekt der ZAUG-Aktivitäten von Bedeutung: zahlreichen Menschen in der Region wird (teilweise erneut) zu Qualifikation und Beschäftigung verholfen. Dadurch werden ihre beruflichen Chancen verbessert und in einigen Fällen der Wiedereinstieg in den "normalen" Arbeitsmarkt erleichtert, der ohne diese professionelle Hilfe vielleicht nicht gelungen wäre.

### 3.1.2.3 NRE-Analyse

<b>NRE-Analyse</b>		<b>ZAUG GmbH</b>
<b>1. Ökologische Dimension</b>	<b>2. Ökonomische Dimension</b>	<b>3. Soziokulturelle Dimension</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Innovationen in verschiedenen umweltbezogenen Bereichen, wie zum Beispiel Abfallentsorgung und Wertstoffrecycling, Abwasserentsorgung etc.</li> <li>+ "Recycling und Umwelttechnologie" ist einer der drei Geschäftsbereiche</li> <li>+ Explizite Verfolgung des Ziels der "Stärkung der regionalen Kreislaufwirtschaft durch Planung, Produktion, Reparatur, Wiederverwertung und Entsorgung von Waren innerhalb der Region"</li> <li>+ Betrieb eines Bioland-Hofes</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Verringerung öffentlicher Sozialhilfelasten durch Schaffung und Vermittlung von sozialversicherten Beschäftigungsverhältnissen</li> <li>+ Wichtigstes Instrument der kommunalen Beschäftigungs-, Struktur- und Wirtschaftspolitik</li> <li>+ Stärkung von vorhandenen Potentialen, um regionale Arbeitsplätze zu erhalten</li> <li>+ Positive finanzielle Gesamtbilanz für Kreis und Stadt, Anstreben eines immer höheren Grades der Eigenfinanzierung</li> <li>+ Wiederbelebung von traditionellen wirtschaftlichen Aktivitäten, z.B. Blutegelzucht oder Pilzfarm</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Beratung, Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, unter anderem in eigenen Betriebsstätten und Lehrbetrieben</li> <li>+ Beschäftigungs- und Qualifikationsmöglichkeiten in zahlreichen Wirtschaftsbereichen</li> <li>+ Mitgestaltung der lokalen Sozial- und Beschäftigungspolitik über das Zentrum hinaus</li> <li>+ neue Perspektiven für Menschen in schwierigen beruflichen und damit persönlichen Situationen</li> <li>+ Beratung für spezifische Zielgruppen, spezielle Frauen- und Schwerbehindertenbeauftragte</li> </ul>
<b>4. Interpersonale Chancengleichheit</b>	<b>5. Interregionale Chancengleichheit</b>	<b>6. Intertemporale Chancengleichheit</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Förderung der Chancen von sozialen Gruppen in schwierigen Situationen: beschäftigungslose junge Erwachsene, Sozialhilfeempfängerinnen und Langzeitarbeitslose</li> <li>+ Spezielle Frauenförderung für Qualifikation und Wiedereinstieg in den Beruf</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Lösung lokaler Probleme vor Ort und damit ganz eigener Beitrag zur einer verbesserten wirtschaftlichen Situation und inter-regionalen Chancengleichheit</li> <li>+ zusätzlich Lösung "importierter" Probleme (Autorecycling, Elektronikschrott), Beispielhafte Lösungsansätze auch für andere Regionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Stärkung von Humankapital in der Region durch Qualifikation und Beschäftigung als langfristige Grundlage für die eigenständige Regionalentwicklung, Wohlstand und Lebensqualität</li> <li>+ Erschließung neuer lokaler und regionaler Märkte, die zur Stärkung der regionalen Wirtschaft beitragen</li> <li>+ Aufzeigen alternativer Entwicklungspfade für unsere Wirtschaft, indem besonders umweltverträgliche und umweltbezogene Wirtschaftsaktivitäten gefördert werden</li> </ul>

<b>7. Diversität</b>	<b>8. Subsidiarität</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Aktivitäten im Primär-, Sekundär- und Tertiärsektor</li> <li>+ unterschiedliche Zielgruppen werden bedient: Akademiker, Handwerker, Ungelernte</li> <li>+ vielfältige Produkte/ Marktsegmente</li> <li>+ breites Spektrum von personenbezogenen Dienstleistungen: Beratung, Qualifizierung, Beschäftigung</li> <li>+ Nutzung einer breiten Vielfalt von Finanzierungsmöglichkeiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ innovatives Instrument der kommunalen Beschäftigungs- und Strukturpolitik, das der kommunalen Ebene neue Handlungsspielräume verschafft</li> <li>+ Initiatoren: Lokale Netzwerke und Initiativen, lokale politische Entscheidungsträger</li> <li>+ Frühzeitige und enge Zusammenarbeit mit lokaler, regionaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene</li> <li>+ Höhere Verwaltungsebenen gestalten die Rahmenbedingungen und stellen Finanzierung, lassen jedoch großen lokalen Handlungsspielraum</li> </ul>
<b>9. Netzwerke / Partnerschaft</b>	<b>10. Partizipation</b>
<p><i>Zahlreiche informelle partnerschaftliche Ansätze:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>+ Zusammenwirken von Stadt und Kreis bei der Entwicklung und Finanzierung der ZAUG GmbH</li> <li>+ Entwicklung und inhaltliche Konzeption des Zentrums in partnerschaftlichen Verhandlungen zahlreicher Partner aus Stadt und Landkreis</li> <li>+ im laufenden Betrieb vielfache Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen in Beteiligungsgesellschaften und Kooperationen</li> <li>+ die heutige ZAUG GmbH als wichtiger Partner der kommunalen Politikgestaltung</li> </ul>	<p><i>Relativ hohes Maß an indirekter Partizipation:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>+ Einbindung der lokalen und regionalen Initiativen, Vereine und Organisationen in die Entwicklung und inhaltliche Konzeption des Zentrums</li> <li>+ intern: Betriebsrat, fachlicher Beirat</li> </ul>

**Tabelle 8**

<b>Antwort auf die Herausforderungen der NRE</b>		<b>ZAUG GmbH</b>
<b>Integration</b>	<b>Innovation / Lernfähigkeit</b>	
<p>++ Integration von ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen "unter einem Dach" und in einzelnen Aktivitäten</p> <p>++ Integration und Koordination verschiedenartiger Bestrebungen in der Region, zunehmend Rolle als innovativer integrierender Animator in der regionalen Entwicklung</p>	<p>+ Erfahrung mit neuen Instrumenten der kommunalen Beschäftigungs- und Strukturpolitik</p> <p>+ neue Formen der Zusammenarbeit auf der kommunalen Ebene zwischen Vertretern unterschiedlicher Interessen</p> <p>+ Übernahme öffentlicher Aufgaben durch privatwirtschaftliche Strukturen</p> <p>+ Erschließen neuer Marktsegmente und damit neuer Qualifikationen in der Region</p> <p>+ wichtige Beiträge zu umweltbezogenen Produkt- und Prozessinnovationen</p>	
<b>Beitrag zur Problemlösung</b>		
<p>+++ Umwelt: Berücksichtigung von ökologischen Aspekten und spezielle Förderung von Umwelttechnologien</p> <p>++ Wirtschaft: neue Beschäftigung und Qualifizierung sowie positive Effekte für kommunale Finanzen</p> <p>+++ Sozio-Kultur: neue Perspektiven für soziale Gruppen in schwierigen Situationen</p>		 <p>The diagram consists of three overlapping circles arranged in a triangle. The top circle is labeled 'Sozio-Kultur', the bottom-left circle is labeled 'Umwelt', and the bottom-right circle is labeled 'Wirtschaft'. The central area where all three circles overlap is shaded gray, representing the intersection of all three domains.</p>

**Tabelle 9**

## **3.2 Innovative Projekte im Rahmen des Politikfelds Ländlicher Raum und Landwirtschaft**

### **3.2.1 Die LEADER GmbH Vogelsberg - Gesellschaft für Regionalentwicklung**

#### **3.2.1.1 Der Kontext**

Der Vogelsbergkreis, östlichster Landkreis des Regierungsbezirkes Gießen, entstand 1972 im wesentlichen als Zusammenschluss der Alt-Landkreise Alsfeld und Lauterbach. Er ist mit 1.459 Quadratkilometern der zweitgrößte, mit 82 Einwohnern pro qkm gleichzeitig der am dünnsten besiedelte Landkreis Hessens. Dies bedingt einerseits eine hohe Wohn- und Lebensqualität, vor allem in ökologischer Hinsicht, andererseits eine gewisse wirtschaftliche Strukturschwäche. Die Strukturschwäche der ländlichen Region zeigt sich auch in der hohen Abhängigkeit der Bevölkerung vom Automobil: Der Landkreis weist die höchste Fahrzeugdichte Hessens auf.

Als ländliche Region wird der Vogelsbergkreis sowohl im Rahmen des hessischen ländlichen Regionalprogramms als auch durch EU-Mittel im Rahmen des LEADER II-Programms gefördert. Eine der Regionalentwicklungsmaßnahmen, die LEADER GmbH, wird in diesem Abschnitt detailliert dargestellt.

#### **3.2.1.2 Das Projekt**

##### **Kurze Darstellung**

Die LEADER GmbH wurde im Februar 1994 als "Gesellschaft für Regionalentwicklung", also als eine regionale Entwicklungsagentur, gegründet. Neben der direkten Initiierung, Förderung und Steuerung von Projekten soll die Gesellschaft einen Dialog zwischen den regionalen Akteuren ermöglichen. Insofern dient die LEADER GmbH als regionaler Ansprechpartner und trägt auf diese Weise zu einer integrierten regionalen Entwicklung bei. Die Aktivitäten der GmbH werden einerseits von ihrem Geschäftsführer sowie drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, andererseits auch von den Mitgliedern des 18-köpfigen Aufsichtsrates koordiniert und durchgeführt.

Die Geschäftsstelle dient einerseits als neutraler Treffpunkt für regionale Interessengruppen, andererseits als zentrale Anlauf- und Informationsstelle für interessierte Bürgerinnen und Bürger. Die Stärke des ehrenamtlichen Aufsichtsrates liegt in seiner Zusammensetzung aus unterschiedlichsten fachlichen Disziplinen und Interessengruppen. So kann er als Informationsknoten für die Region fungieren und durch das Einbringen regionaler Kenntnisse, Kontakte und Ideen die Arbeit der LEADER-GmbH unterstützen.

Die wichtigsten Ziele der regionalen Entwicklungsagentur sind die Initiierung, Steuerung und Förderung innovativer Projekte, die zur Entwicklung des Vogelsbergkreises in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht beitragen. Um Synergieeffekte zu erzielen und die einzelnen Projekte in einen umfassenden Rahmen einzubinden, erarbeitet die LEADER GmbH einen Handlungsleitfaden für die Strukturpolitik im Vogelsbergkreis. Darüber hinaus soll durch die Organisation des regionalen Dialogs unter allen maßgeblichen Akteuren eine Koordinierung der Entwicklungsvorstellungen innerhalb der Region erreicht werden.

Der Aufsichtsrat der LEADER GmbH ist als regionales Entwicklungsgruppe von der Landesregierung anerkannt (siehe oben: Ländliches Regionalprogramm). Der Handlungsleitfaden für die regionale Strukturpolitik hat hier als regionales Entwicklungskonzept eine besondere Funktion.



## **Initiative und Entstehungsgeschichte**

Die Idee zur Antragstellung im LEADER I-Programm wurde von Mitarbeitern der Abteilung Arbeit und Umwelt in der Kreisverwaltung des Vogelsbergkreises entwickelt. Dabei spielte der Gedanke, die Regionalentwicklung vor Ort zu fördern, um dem enormen Arbeitsplatzabbau in der Region entgegenwirken zu können, eine zentrale Rolle. Der wirtschaftliche Umbruch wurde als Herausforderung für die Region angesehen und als Anlass, innovative Veränderungen umzusetzen. Die konkrete Antragstellung erfolgte im Juni 1991 gemeinsam durch den Aufsichtsrat und Beirat der DIVO (Dienstleistungs- und Innovationszentrum Vogelsberg) GmbH und den Kreisausschuss. Beide Antragsteller bildeten dann auch die Basis für die LEADER GmbH, deren ursprüngliche Geschäftsführer je ein Vertreter des Vogelsbergkreises und der DIVO waren. Im Beirat, zuständig für die Aufsicht und Beratung der Geschäftsführer, waren neben den Antragstellern auch die Vogelsberger Wirtschaft, die Stadt Lauterbach und die wissenschaftliche Mittelstandsforschung vertreten.

Mit dem Übergang der Förderung von LEADER I zu LEADER II wurde der Beirat um Vertreter aus den Bereichen Soziales, Kultur und Politik erweitert. Außerdem wurde zur Bewältigung der organisatorischen und inhaltlichen Aufgaben und als zentrale Anlaufstelle eine Geschäftsstelle eröffnet und mit einem Geschäftsführer und mehreren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt (siehe oben).

## **Akteure**

Die zentralen Akteure der LEADER GmbH sind der Geschäftsführer und seine Mitarbeiter. Sie werden als unabhängige Gesprächspartner von den verschiedenen regionalen Gruppen geschätzt. Sie konzipieren, initiieren, koordinieren und begleiten Projekte in der Region und unterstützen die Arbeit des Aufsichtsrates. Der Geschäftsführer wird zu 100% aus Mitteln des Landkreises finanziert, zwei Mitarbeiterstellen zu 90% vom Land und die dritte Stelle als ABM-Stelle zu 75% vom Arbeitsamt und zu 25% vom Landkreis.

Der Aufsichtsrat entwickelt langfristige Zielvorstellungen (Entwicklungskonzeption), dient als wichtige Drehscheibe für Informationen und beurteilt die Projektanträge im Rahmen des Ländlichen Regionalprogramms und der LEADER-Förderung. Durch die Integration verschiedener regionaler Gruppen im Aufsichtsrat (z.B. Kreisausschuss, IHK, Gewerkschaften, Beschäftigungs-, Kultur, Fraueninitiativen, Fremdenverkehrsorganisationen und kommunale Vertreter) ist die Berücksichtigung der breiten regionalen Interessenvielfalt und der regionalen Kenntnisse gegeben.

Da das Land Hessen mit der Regionalisierung der Strukturpolitik die Vergabe von Kompetenzen an Regionalforen beabsichtigt und der Aufsichtsrat der LEADER GmbH als ein solches Regionalforum in Frage kommt, drängen sich hinsichtlich der weiteren Entwicklung verschiedene Fragen auf: Umfang der zusätzlichen Arbeitsbelastung? Bindungswirkung der regionalen Entscheidungen für die Landesebene? Demokratische Legitimation des Aufsichtsrats?

## **Verfahren**

Die Geschäftsstelle der LEADER GmbH dient neben dem Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft (ARLL) als Anlaufstelle für Förderanträge nach dem Ländlichen Regionalprogramm Hessens bzw. dem europäischen LEADER-Programm. Von beiden Stellen werden die Anträge an den Aufsichtsrat der LEADER GmbH weitergeleitet. Dieser beurteilt die inhaltlichen Aspekte der geplanten Projekte.

Seit Mai 1997 obliegt Dem Aufsichtsrat auch die Priorisierung der Projekte. Sie erfolgt anhand eines Bewertungsrasters, das sich aus fünf Kriterien zusammensetzt:

- Übereinstimmung mit den Zielen der regionalen Strukturpolitik

- Innovativer Charakter
- sozial-ökologische Verträglichkeit
- Vernetzung mit anderen Projekten
- Nachhaltigkeit

Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann bis zu fünf Punkte pro Kriterium vergeben.

Bei einer positiven Beurteilung der Förderungswürdigkeit überprüft das ARLL die inhaltliche und formale Kompatibilität mit den Förderrichtlinien. Danach geht dem Antragsteller vom ARLL der Bewilligungsbescheid zu.

### **Kommunikationsmuster und Wechselwirkungen mit der Programmebene**

Die Entwicklungsgesellschaft legt großen Wert auf die Entwicklung persönlicher Kontakte und Netzwerke. Die Geschäftsstelle ist eine Anlaufstelle für interessierte regionale Gruppen, Verbände und Einzelpersonen geworden. Die breite Zusammensetzung des Aufsichtsrates hat den Vorteil, dass viele Interessengruppen hier einen direkten Ansprechpartner finden.

In der Vernetzungsarbeit der GmbH spielen Veranstaltungen eine wichtige Rolle. Als Beispiele hierfür können genannt werden:

- Realisierung von Ausbildungsverbänden: Eine Veranstaltung zusammen mit der IHK, der Kreishandwerkerschaft, berufsbildenden Schulen, Unternehmen, Sozialamt, Verein für Berufsausbildung, Bildungsträgern und Arbeitsämtern
- Mobilität und Tourismus: Tagung zusammen mit der Vogelsberger Verkehrsgesellschaft, einer Mobilitätsberatung und einem Planungsbüro
- Regionalladen: Veranstaltung für Direktvermarkter, Landfrauen und Lebensmittelverarbeitungsunternehmen
- Qualifizieren und Beschäftigen in regionaler Verantwortung: Fachtagung mit Unternehmen, Bildungsträgern sowie Politik und Verwaltung
- Förderprogramme der Europäischen Union: Informationsveranstaltung

Auch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sollen einen wichtigen Stellenwert haben. Im Online-Forum des Kreises findet man die LEADER GmbH jedoch nicht unter eigenem Namen.

Die Kommunikation zwischen den Akteuren der verschiedenen administrativen Ebenen wird durch deren Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der LEADER GmbH vereinfacht. Der Landrat, der erste Kreisbeigeordnete und Vertreter der Kommunen sitzen in diesem Gremium. Ähnliches gilt auch für die anderen im Aufsichtsrat vertretenen Interessengruppen. Durch den persönlichen Kontakt können Initiativen frühzeitig abgestimmt werden. In vielen Fällen ist nach Angabe der GmbH eine gegenseitige Ergänzung der Arbeit der einzelnen Gruppierungen sowie das Vermeiden von Doppelarbeiten möglich. Für die Verbindung zur Landesebene sorgen Vertreter der ARLL, die mit beratender Stimme im Aufsichtsrat vertreten sind.

### **Bisherige Ergebnisse**

Im Rahmen des LEADER I - Programms wurden folgende Modellprojekte gefördert, die die Schwerpunktsetzung der Entwicklungsgruppe charakterisieren:

- Das Projekt 'Innovations- und Euromanagement' richtete sich an Mitarbeiter in Vogelsberger Unternehmen. Durch Weiterbildung in den Bereichen Innovations- und Qualitätsmanagement, Technologietransfer und EG-Förderrichtlinien sollte die Wettbewerbsfähigkeit ihrer

Unternehmen gesteigert werden. Insgesamt haben 150 Beschäftigte aus 26 Unternehmen teilgenommen. Zehn dieser Unternehmen haben ein Qualitätsmanagementsystem aufgebaut und nach DIN ISO 9001 zertifizieren lassen.

- Der Aufbau eines regionalen Mailboxsystems 'Ländliche Telekommunikationsstruktur', sollte die regionsinterne Kommunikationsstruktur verbessern und Zugang zu nationalen und internationalen Kommunikationsnetzwerken bieten. Die schnelle technologische Entwicklung führte zu einer Weiterführung des Projekts im LEADER II Programm.
- Unter dem Titel 'Dienstleistungsorientierte Strukturförderung' wurde die Ansiedlung bzw. Gründung von Dienstleistungsunternehmen gefördert. Unter anderem wurden die Planung eines Gewerbehofes, die Durchführung von Schulungsmaßnahmen und der Aufbau einer Gründerberatung unterstützt. Vor allem die Versorgung in den Bereichen Rechts- und Wirtschaftsberatung, Gaststätten und Kreditgewerbe wurde durch dieses Projekt verbessert.
- Im Projekt 'Regionalmarketing' wurde ein entsprechendes Konzept zu den Themenfeldern „Regionalidentität und Image“, „Freizeit und Kultur“, „Gastronomie und Fremdenverkehr“ sowie „Handwerk“ entwickelt und eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt. Hierzu zählen z.B. die Entwicklung einer Werbekonzeption mit Logo sowie dessen überregionale Verbreitung, die Distribution von Merchandising-Produkten, die Veröffentlichung einer Musik-CD 'Der Vogelsberg rockt' sowie die Durchführung eines Schulungs- und Beratungsprogramms zur Verbesserung der touristischen Leistungsfähigkeit. Alle Maßnahmen wurden von einer breiten Beteiligung und großen Akzeptanz von Seiten der Bevölkerung begleitet wurden.

Weitere Projekte, die von der LEADER GmbH mitbetreut, initiiert oder unterstützt wurden und werden, sind:

- Naturschutzzentrum Hoher Vogelsberg
- Reitzentrum Niedermoos
- Geologisches Freilichtmuseum
- Kulturkaravane der Kulturinitiative Alsfeld
- Regionalladen zur Förderung der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte
- Weiterbildungskonzept "EuroPolier"
- Standortanalyse als Grundlage für die zukünftige Schwerpunkte in der Regionalentwicklung
- Ausbildungsverbund
- Zentrum für ökologisches Bauen zum Aufbau einer Unternehmenskooperation
- Tagungshaus Herbstein der Caritas
- Existenzgründungsprojekte: Regionalcafé und Designbüro

### **Regionale Bedeutung**

In den wenigen Jahren seit ihrer Gründung hat die LEADER GmbH mit ihrer Geschäftsstelle und ihrem breit besetzten Aufsichtsrat für die Entwicklung Region eine große Bedeutung erlangt. Die Aufgabenvielfalt, die von der GmbH übernommen wird, hat im Laufe der Zeit stark zugenommen. Zu Beginn waren vor allem Förderberatung, Projektbetreuung sowie Öffentlichkeitsarbeit die zentralen Aufgaben. Inzwischen kamen Arbeitsbereiche wie Unternehmensberatung (z.B. Existenzgründung), die Initiierung von Unternehmenskooperationen (z.B. ökologisch orientierter Gewerbehof), Projektentwicklung und Innovationstransfer (z.B. Ausbildungsverbund) sowie die Moderation von Arbeitsgruppen hinzu. Außerdem kann, z.B. ausgedrückt

durch die von der GmbH mitkonzipierte und verbesserte Selbstdarstellung der Region im Internet, von einem Imagegewinn gesprochen werden, sowohl nach außen als auch nach innen. Durch die Arbeit der LEADER GmbH werden nicht nur Projekte angestoßen, gefördert und beraten. Vielmehr trägt gerade der integrative Charakter der Gesellschaft und des Aufsichtsrates zu einer umfassenderen Auseinandersetzung und Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Region bei.

Durch die Erstellung der Regionalanalyse konnten die Probleme und Potentiale der Region genau beschrieben werden. Dies ist eine wichtige Grundlage für die Schwerpunktsetzung in der Regionalentwicklung und damit für eine effizientere Fördermittelvergabe.

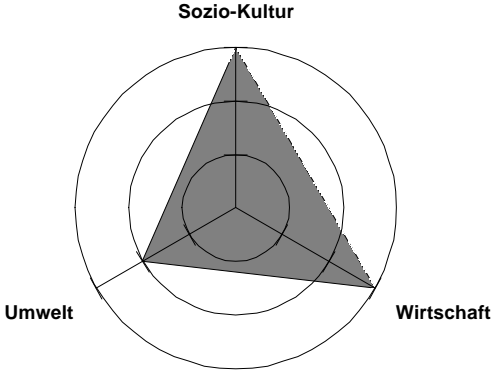
Auch die Vielzahl von Kooperationspartnern in und außerhalb der Region weist auf die Bedeutung der LEADER GmbH für den Vogelsbergkreis hin. Insgesamt bestehen Kontakte zu 35 Kooperationspartnern im Kreis, hauptsächlich Verbänden, Initiativen, Kommunen und Behörden. Neben der Zusammenarbeit mit Hessischen Ministerien bestehen Kontakte außerhalb des Vogelsbergkreises vor allem zu anderen nationalen und internationalen Regionalentwicklungsgruppen, so dass auch auf internationaler Ebene ein Informations- und Erfahrungsaustausch stattfindet.

Als wichtig kann auch die formale Aufwertung durch das Land Hessen bezeichnet werden: Der Aufsichtsrat der LEADER GmbH gilt seit Mai 1997 als Regionalforum und damit als Kompetenzträger im Hinblick auf die zukünftige regionale Strukturpolitik. Dies bedeutet - wie bereits erwähnt - dass der Aufsichtsrat Projekte im Rahmen des 'Ländlichen Regionalprogramms' priorisiert und die Förderwürdigkeit beurteilt. Dadurch soll ein koordinierter Einsatz der Fördermittel und die stärkere Beteiligung regionaler Akteure bei der Entscheidungsfindung erreicht werden. Durch die Übertragung dieser Kompetenzen hat das Land die Erfolge dieser Einrichtung gewürdigt und ihre Bedeutung für die Region weiter gestärkt.

<b>NRE-Analyse</b>		<b>LEADER GmbH Vogelsberg</b>
<b>1. Ökologische Dimension</b>	<b>2. Ökonomische Dimension</b>	<b>3. Soziokulturelle Dimension</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Berücksichtigung ökologischer Aspekte durch die Anforderung, dass die Projekte ökologisch verträglich sein müssen.</li> <li>+ ökologische Orientierung z.B. in den Bereichen:  Tourismus (Naturschutzzentrum),  Bauwirtschaft (Gewerbezentrum) ,  Mobilität (Radwegekonzept),  geplante Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen (Holz) zur Energieerzeugung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Projekte zur Entwicklung des Vogelsbergkreises in wirtschaftlicher Hinsicht.</li> <li>+ Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte wird u.a. durch die Vertreter der Wirtschaft im Aufsichtsrat der GmbH sichergestellt.</li> <li>+ Verbesserung der regionalen Versorgung und Wertschöpfung z.B. durch den Aufbau von Regionalläden, die Einführung von mobilem Schlachten sowie Hilfe und Beratung bei der Existenzgründung.</li> <li>+ Förderung der Weiterbildungsmöglichkeiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Orientierung der Entwicklungsgruppe an den Bedürfnissen der Bewohner der Region</li> <li>+ Vertreter von Kulturinitiativen, von Fraueninitiativen sowie von Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiativen im Aufsichtsrat</li> <li>+ Betonung der regionalen Identität</li> <li>+ Kulturelle Aktivitäten als Teil der Regionalentwicklung</li> </ul>
<b>4. Interpersonale Chancengleichheit</b>	<b>5. Interregionale Chancengleichheit</b>	<b>6. Intertemporale Chancengleichheit</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Altengerechtes und behindertengerechtes Bauen</li> <li>+ Soziales und ökologisches Bauen</li> <li>+ Ausbildungsverbund (Landesbenachteiligtenprogramm)</li> <li>+ Betreuungsbereich für physisch erkrankte alleinerziehende Mütter und ihre Kinder</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ eigener Beitrag zur regionalen Entwicklung, der auf den besonderen Stärken der Region (im Vergleich mit anderen Teilräumen des Landes) aufbaut</li> <li>+ aktive und innovative Nutzung der Programme, die besonders für Aktivitäten in ländlichen Regionen zur Verfügung gestellt werden (LEADER)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Bausteine für eine regionale Identität als Grundlage einer eigenständigen Entwicklung</li> <li>+ Stärkung des Bewusstseins für naturräumliche Gegebenheiten, die auch für zukünftige Generationen zu erhalten sind</li> <li>+ Entwicklung einer tragfähigen, regional verankerten Wirtschaftsstruktur</li> <li>+ Neue Qualifikationen als Beitrag zu einer langfristigen Stärkung des Humankapitals in der Region</li> </ul>

<b>7. Diversität</b>	<b>8. Subsidiarität</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Nutzung unterschiedlicher Finanzierungsprogramme</li> <li>+ Vertretung eines breiten Spektrums von Interessen im Aufsichtsrat</li> <li>+ öffentliche und private Projektträger</li> <li>+ vielfältige Projekte aus sozialen, kulturellen, ökonomischen, ökologischen Bereichen decken verschiedene Dimensionen der Nachhaltigkeit ab</li> <li>+ regionale Aktivitäten, die aber gleichzeitig überregional, national und international eingebunden sind, unter anderem durch Vogelsberg-Online e.V., "EuroPolier", LEADER international: z.B. Draisinenprojekt, LEADER national: z.B. Kontakt, LEADER Schwäbisch-Hall, AG Hess. Entwicklungsgruppen, überregionale Radwege und Radwegenetz im VBK</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Konzepte von Einzelpersonen, Unternehmen, Initiativen, Verbänden vor Ort entwickelt - keine Übernahme eines extern definierten Entwicklungsschemas</li> <li>+ Entscheidungsgremium überwiegend mit lokalen Akteuren besetzt</li> <li>+ Systematische Einbindung verschiedener politisch-administrativer Ebenen: Kommunen, Landkreis, Land, EU. Gutes Zusammenspiel zwischen Land (ARLL) und lokaler Ebene</li> <li>+ Systematische Nutzung lokaler Handlungs- und Entscheidungsspielräume, u.a. im Rahmen des Ländlichen Entwicklungsprogramms</li> <li>+ Innovative Organisationsform zur Bündelung von Finanzierungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene</li> </ul>
<b>9. Netzwerke / Partnerschaft</b>	<b>10. Partizipation</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ große Bedeutung der Bildung von Netzwerken</li> <li>+ Partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Interessengruppen im Aufsichtsrat und in Projekten</li> <li>+ z.T. gemischte öffentlich/ private Projektträgerschaften</li> <li>+ Vogelsberg-Online e.V.</li> <li>+ Zusammenarbeit mit anderen LEADER-Gruppen</li> <li>+ AG Hessischer Entwicklungsgruppen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ unmittelbare Mitwirkung von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen bei Projekten</li> <li>+ vielfach ehrenamtliche Tätigkeiten</li> <li>+ starke Präsenz in der öffentlichen Diskussion</li> </ul>

**Tabelle 10**

Antwort auf die Herausforderungen der NRE	LEADER GmbH Vogelsberg
<b>Integration</b>	<b>Innovation / Lernfähigkeit</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ ökonomische und soziale Ziele werden explizit integriert</li> <li>+ die ökologischen Aspekte werden über die Anforderung der ökologischen Verträglichkeit ebenfalls integriert, sind aber nicht unbedingt vorrangiges Ziel</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Kooperation und Koordination von Partnern aus verschiedenen Bereichen und unterschiedlichen Interessen</li> <li>+ Bewusstmachung der Chancen - auch von Förderprogrammen</li> <li>+ Verfügbarmachung und Bündelung von Wissen (akademische Inhalte, Fördermittel und -verfahren)</li> </ul>
<b>Beitrag zur Problemlösung</b>	<div style="text-align: center;">  </div>
<ul style="list-style-type: none"> <li>++ Umwelt Berücksichtigung von ökologischen Aspekten</li> <li>+++ Wirtschaft Innovative Form der Wirtschaftsförderung in einer peripheren, von Abwanderung bedrohten Region</li> <li>+++ Sozio-Kultur wichtige Beiträge zu regionalen Potentialen und zur regionalen Identität</li> </ul>	

**Tabelle 11**

## **3.2.2 Entwicklungsgruppe Burgwald-Region e.V.<sup>1</sup>**

### **3.2.2.1 Der Kontext**

Der Burgwald als Namensgeber dieser Region ist eines der größten unzerschnittenen Waldgebiete Deutschlands. Die Region, in der über 50.000 Menschen leben, hat eine Größe von ca. 480 Quadratkilometer und weist eine Bevölkerungsdichte von ca. 100 Einwohnern je Quadratkilometer auf. Die Region Burgwald setzt sich aus den Gemeinden Rosenthal, Gemünden, Wohratal, Rauschenberg, Kirchhain, Cölbe, Lahntal, Wetter, Münchhausen und Burgwald zusammen, wobei sie über die Verwaltungsgrenzen des Landkreises Marburg-Biedenkopf hinaus auch einen Teil des Landkreises Waldeck-Frankenberg umfasst.

Der Niedergang der Landwirtschaft, die periphere Lage, der Mangel an Infrastruktur und Erwerbsmöglichkeiten sind die wichtigsten Probleme dieser Region, der eine Abwanderung der Jugend droht. Der historisch und naturräumlich an den Burgwald anknüpfenden Identität der Region steht ihre Aufteilung auf zwei Landkreise und Regierungsbezirke entgegen.

### **3.2.2.2 Das Projekt**

#### **Kurze Darstellung**

Die Entwicklungsgruppe Region Burgwald e.V. ist eine von der EU als lokale Aktionsgruppe im Rahmen des LEADER II-Programms anerkannte Einrichtung. In ihr haben sich Städte, Gemeinden, Vereine, Verbände, Unternehmen und Privatpersonen zusammengeschlossen, um die integrierte Entwicklung der Region Burgwald anzustoßen und zu unterstützen. Dies soll sowohl durch die Beratung und Betreuung von Projekten anderer Projektträger als auch durch eigene Projektträgerschaft erreicht werden. Regionale Leitbilder und Entwicklungskonzepte soll als Grundlage hierfür dienen, ihre Erstellung ist ein weiterer Arbeitsschwerpunkt.

Die Entwicklungsgruppe unterhält eine Geschäftsstelle in Burgwald-Bottendorf. Der seit November 1995 tätige hauptamtliche Geschäftsführer wird seit Februar 1996 von einer Halbtagskraft und seit Mai 1997 von zwei weiteren Mitarbeitern unterstützt.

Der Vorstand der Entwicklungsgruppe Region Burgwald e.V. soll die verschiedenen Interessengruppen der Region repräsentieren und wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Er besteht derzeit aus 11 Mitgliedern und deckt die Bereiche Bürgervertretung, Forst, Touristik, Gastronomie, Gewerbe, Handwerk, Kultur/ Soziales, Landwirtschaft/ Direktvermarktung und Naturschutz ab.

Neben der Mitgliederversammlung, dem Vorstand und dem geschäftsführenden Vorstand leisten vor allem verschiedene Arbeitskreise wichtige organisatorische und inhaltliche Arbeit. Als erster dieser Arbeitskreise (AK) wurde der AK Tourismus gegründet. Weitere Arbeitskreise sind der AK Naturschutz, der AK Kultur, der AK Wirtschaft, sowie der AK Energie und Klimaschutz. Die Arbeit der Arbeitskreise wird durch sogenannte Projektgruppen und Arbeitsgruppen vorbereitet. Das Fachwissen der hauptamtlichen und ehrenamtlichen regionalen Akteure wird unmittelbar in die Projekt- und Arbeitsgruppen eingebunden.

Als wichtigste regionalpolitische Ziele, die mit Hilfe der Entwicklungsgruppe erreicht werden sollen, werden im regionalen Entwicklungskonzept genannt:

---

<sup>8</sup> Vgl. Stefan Schulte (1996) Praxis- und Projektbericht aus der Region Burgwald, in: Hessische Akademie der Forschung und Planung im Ländlichen Raum (Hrsg.) Ländliche Regionalentwicklung: Herausforderung an die Politik für die ländlichen Räume, Bad Karlshafen, S. 103-108; Alexander Seiz (1995) Tourismusentwicklung Region Burgwald - Ab-



- Schutz des Ökosystems Burgwald, Schonung der natürlichen Ressourcen sowie Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft
- Aufbau eines regionaltypischen und ökologieverträglichen Fremdenverkehrs
- Erarbeitung und Umsetzung neuer Wege bei der Sozialfürsorge
- Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich und Handwerk
- Qualitätsverbesserung und regionale Vermarktung von regionalen Erzeugnissen
- Ökologische Umstrukturierungen in den verschiedenen Wirtschafts- und Versorgungsbereichen
- Sicherung und Verbesserung der Grundversorgung und der ländlichen Lebensqualität

Durch die breite Zusammensetzung des Vorstandes sowie die für Interessierte offenen Arbeitskreise, Projektgruppen und Arbeitsgruppen ist die Einbindung unterschiedlicher regionaler Interessengruppen und deren Know-how zur Umsetzung dieses umfangreichen Zielkatalogs möglich.

Die Koordinationsarbeit der Entwicklungsgruppe wird vor allem aus Mitteln des Ländlichen Regionalprogramms und des EU LEADER-Programms finanziert. Mittelfristig wird eine größere Unabhängigkeit von diesen Geldquellen angestrebt. Außerdem beabsichtigt die Entwicklungsgruppe, über das Jahr 2000 hinaus als ein anerkanntes Regionalforum weiter zu arbeiten.

Die Projektförderung geschieht in enger Zusammenarbeit mit den Ämtern für Regionalentwicklung in Marburg und Korbach. Die wichtigsten eigenen Projekte sind die sich jährlich abwechselnden Veranstaltungen „Burgwaldmesse“ und der „Kulturherbst“

### **Initiative und Entstehungsgeschichte**

Die Entwicklungsgruppe Region Burgwald e.V. wurde am 7. Oktober 1994 mit Sitz in der Gemeinde Burgwald gegründet. Die Entwicklungsgruppe ist mittlerweile ein als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Organisationsform eines Vereins wurde gewählt, da sie ein flexibleres, transparenteres, effizienteres und unbürokratischeres Handeln als ein öffentlich-rechtlicher Zusammenschluss ermöglicht. Mitglieder sind sieben Kommunen des Landkreises Marburg-Biedenkopf, drei Kommunen des nordhessischen Landkreises Waldeck-Frankenberg sowie die beiden Landkreise selbst. Außerdem sind Firmen, Vereine, Verbände und Einzelpersonen Mitglieder der Entwicklungsgruppe. Die Finanzierung wird durch die Mitgliedsgemeinden, einen Zuschuss des Landes und die Beiträge der sonstigen Mitglieder aufgebracht.

Der Gründung gingen von 1992 bis Mitte 1995 mehrere Projektphasen voraus, die von einem professionellen Projektbüro mit Sitz in Marburg und Münchenhausen organisiert wurden. Zunächst informierte das Projektbüro in den drei im Landkreis Waldeck-Frankenberg liegenden Gemeinden über die Möglichkeiten des ländlichen Regionalprogramms. In den Jahren 1993/94 dehnte sich die Arbeit auf die späteren Mitgliedsgemeinden des Landkreises Marburg-Biedenkopf aus. Zugleich wurden erste Projekte/ Maßnahmen realisiert, Gespräche geführt und zusammen mit den Ämtern für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft (ARLL) in Marburg und Korbach die Projektarbeit fortgesetzt. Von September 1994 bis Mai 1995 wurde ein touristisches Leitbild für die Region Burgwald entwickelt. Der Arbeitskreis Tourismus wurde dabei von einem Münchener Beraterteam moderiert. Im Juni 1995 wurde die Entwicklungsgruppe Region Burgwald e.V. als LEADER-Aktionsgruppe anerkannt. Seit November 1995 existiert im Dorfgemeinschaftshaus in Burgwald-Bottendorf eine Geschäftsstelle der Entwicklungsgruppe.

## **Akteure**

Zentrale Akteure im Verein sind einerseits die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle. Sie befassen sich mit organisatorischen Alltagsfragen, der Koordinations- und Öffentlichkeitsarbeit, der Finanzierungsplanung und der Beratungsarbeit. Außerdem betreuen sie einzelne Projekte und fungieren als direkte Ansprechpartner für sämtliche Fragen der Entwicklung in der Region Burgwald.

Andererseits sind die Mitglieder des Vorstandes der Entwicklungsgruppe in ihrer Funktion als Informationsträger sowohl für die Bevölkerung als auch für die Entwicklungsgruppe von Bedeutung. Durch die repräsentative Besetzung des Vorstandes ist eine breite Verankerung der regionalpolitischen Zielsetzungen gegeben.

Durch die Mitgliedschaft im Verein ist es jedem Interessierten möglich, über die Entwicklung der Region mitzubestimmen. Die Zahl der Mitglieder ist bis Dezember 1997 auf über 100 angestiegen. Außerdem ermöglichen die offenen Arbeitskreise die Mitarbeit von interessierten Einzelpersonen oder Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, Vereinen und Initiativen. Bisher haben sich über 500 Bürgerinnen und Bürger in den zahlreichen Gremien des Vereins engagiert.

Eine wichtige Rolle spielen die Träger der über 40 Projekte, die über die Entwicklungsgruppe gefördert wurden. Ebenso sind die ARLL von Bedeutung, da sie mit der Entwicklungsgruppe zusammenarbeiten und für die Vergabe der Fördermittel zuständig sind (siehe unten).

## **Vorgehensweisen und Verfahren**

Durch eine Grundfinanzierung im Rahmen des LEADER-Programms und des ländlichen Regionalprogramms ist ein projektunabhängiges Regionalmanagement durch die Geschäftsstelle gesichert. 1995 und 1996 standen hierfür zusammen 400.000 DM zur Verfügung. Als anerkannte Entwicklungsgruppe spielt der Verein eine entscheidende Rolle bei der Fördermittelvergabe im ländlichen Regionalprogramm und im LEADER-Programm. Bis einschließlich 1997 standen ca. 2 Mio. DM für konkrete Projekte der Regionalentwicklung zur Verfügung.

Privatpersonen, Firmen, Vereine etc., die für ihre Projektvorhaben eine Förderung beantragen wollen, können sich an die Geschäftsstelle der Entwicklungsgruppe wenden und werden dort beraten. Nachdem die Projektideen in formelle Anträge umgewandelt wurden, prüfen die ARLL deren grundsätzliche Förderfähigkeit im Rahmen der europäischen oder hessischen Förderprogramme. Außerdem geben die jeweiligen Arbeitskreise der Entwicklungsgruppe Empfehlungen ab. Schließlich stellt der Vorstand eine Liste der Projekte zusammen, die gefördert werden sollen.

Bisher wurde für die Priorisierung kein formales Schema verwendet. Wegen des Rückgangs der Fördermittel wird sich der Wettbewerb zwischen den Projekten verschärfen. Um die Entscheidung nachvollziehbarer zu machen, wurde ein Bewertungssystem entwickelt, in dem die folgenden Kriterien unterschiedlich gewichtet werden (Gewichtungsfaktor in Klammern):

- Innovationsgrad (2)
- Regionale Vernetzung (2)
- Umweltfreundlichkeit / Landschaftsbild (3)
- Beitrag für den Landtourismus (3)
- Förderung der regionalen Wirtschaftskraft (4)
- Stärkung des soziokulturellen Angebots (1)

- Effizienz der eingesetzten Mittel (1)

Die Fortentwicklung, d.h. das rasche Wachstum der Tätigkeiten in den Aufgabenfeldern führt zu einer Überlastung der Geschäftsstelle. Unter anderem deswegen wurde das Konzept für eine "Infonetz Burgwald GmbH" entwickelt: Bisherige Aufgaben der Geschäftsstelle, die sich ab dem Jahr 2000 finanziell selbst tragen können, sollen zukünftig von der GmbH übernommen werden. Außerdem soll die Arbeit der Entwicklungsgruppe auch nach dem Auslaufen der LEADER-Förderung fortgesetzt werden. Es werden deshalb neue Finanzierungskonzepte wie z.B. "Fördermitgliedschaften" entwickelt, die im Gegenzug finanzielle Vorteile z.B. im Rahmen einer Burgwaldmesse erbringen.

### **Kommunikationsmuster und Wechselwirkungen mit der Programmebene**

Ähnlich wie die LEADER GmbH Vogelsberg sieht auch die Entwicklungsgruppe Region Burgwald e.V. den Aufbau von regionalen Netzwerken und Kooperationen als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an. Da die Region Burgwald zwei verschiedenen Landkreisen und sogar verschiedenen Regierungsbezirken angehört, ist diese Aufgabe besonders anspruchsvoll. Die Geschäftsstelle spielt in diesem Regionalmanagement die zentrale Rolle, wichtige konkrete Vernetzungsarbeit leistet jedoch auch der Vorstand. Durch die Berücksichtigung der relevanten Interessengruppen im Vorstand sind kurze Kommunikationswege für viele Gruppierungen vorhanden. Erfahrungen mit einzelnen Veranstaltungen haben gezeigt, dass die direkten, persönlichen Kontakte bedeutsam sind, da Mailing-Aktionen und selbst telephonisches Marketingaktionen (z.B. bei der Vorbereitung der Burgwaldmesse) nur unbefriedigende Ergebnisse erzielten.

Durch die Unterteilung des Vereins in Arbeitskreise und weitere Untergliederung in Projekt- und Arbeitsgruppen ist sowohl ein intensiver Input durch die interessierte Bevölkerung als auch ein Informationsrückfluss an die Öffentlichkeit gegeben. Der Verein kann durch diese Struktur das regionale Know-how effizient erschließen, während die interessierten Gruppierungen und Bürger sich projektbezogen engagieren können. Für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit sind außerdem von Bedeutung:

- *Die Burgwaldblätter*, ein viermal im Jahr erscheinendes Informationsblatt, das an alle Einwohner der Burgwaldregion verteilt wird und damit die Landkreisgrenze überschreitet, was bei den anderen regionalen Informationsmedien meist nicht der Fall ist.
- *Die Burgwaldmesse*, eine Kombination aus Regionalschau und Heimatfest, bei der regionale Projekte, Produkte und zukunftsweisende Ideen vorgestellt werden.
- *Pressearbeit*

Mit den Kommunen, den Landkreisen und den Ämtern für Regionalentwicklung (ARLL) sind die lokale, die regionale und die Landesebene unmittelbar in die Arbeit des Vereins eingebunden. Frühzeitig können unterschiedliche Sichtweisen und Interessen abgestimmt, sowie Kontakte und Informationen auf den verschiedenen politisch-administrativen Ebenen genutzt werden. Die ARLL sind nicht nur als Landesbehörde, externe Beratungsstellen und Bewilligungsinstitution, sondern unmittelbar als Informationsgeber und Entscheidungsträger in den Prozess der regionalen Entwicklung in der Burgwald-Region eingebunden.

### **Erste Erfolge**

Durch die Informations-, Koordinations- und Motivationsarbeit der Entwicklungsgruppe hat sich das Selbstverständnis der Region offensichtlich bereits gewandelt. Die Beteiligung an den Projekten und in den Gremien wächst. Dies führt zu einer zunehmenden Belastung der Geschäftsstelle, die 1997 noch einmal verstärkt wurde.

Beispielhaft die Arbeit der Entwicklungsgruppe sind die folgenden Projekte:

- **Burgwaldmesse.** Die Burgwaldmesse fand 1995 zum ersten Mal statt. Aufgrund der extrem positiven Resonanz der Besucher soll die Messe, bei der regionale Unternehmen, Verbände und Vereine Projekte, Produkte und zukunftsweisende Ideen vorstellen, alle zwei Jahre an wechselnden Orten in der Region Burgwald durchgeführt werden. Im September 1997 fand die zweite Burgwaldmesse unter der Schirmherrschaft des hessischen Wirtschaftsministers statt.
- **Kulturherbst.** Der 'Kulturherbst' fand 1996 zum ersten Mal mit Konzerten, Ausstellungen, Vorträgen und Diskussionen statt und war ein voller Erfolg. Er soll in wechselndem Rhythmus mit der Burgwaldmesse alle zwei Jahre stattfinden und durch die Präsentation regionaler Kunst und Kultur die Identität der Region stärken. Außerdem soll durch das Fest ein informelles Netzwerk im kulturellen Bereich aufgebaut werden.
- **Tourismuskonzept.** Bereits 1995 wurde von der Münchner Umwelt- und Touristikberatung FUTOUR ein Konzept zur umwelt- und sozialverträglichen Tourismusentwicklung in der Region Burgwald erarbeitet. Durch die Verbesserung des Angebots für Touristen soll die Region wichtige Impulse bekommen.
- **BurgwaldBranchenBuch.** Um die Vernetzung in der Region zu fördern wurde 1997 ein innovatives Branchenbuch herausgegeben. Außer Firmenangaben enthält das gratis an alle Haushalte verteilte Branchenbuch umfangreiche Informationen über die Region und die Gemeinden (Verwaltung, Vereine, Öffnungszeiten, Fahrpläne). Die in einem elektronischen Informationssystem erfassten Daten werden im Rahmen des Regionalmanagements kontinuierlich genutzt und gepflegt.

Die folgende Liste weiterer Projekten zeigt das breite Spektrum der von der Entwicklungsgruppe betreuten Aktivitäten:

- Kulinarischer Frühling
- Qualifizierung von Frauen im Bereich ländlicher Tourismus
- Wege in den Wald
- Konzept Infonetz Burgwald GmbH
- Burgwaldkarte
- Klimaschutzpass für private Haushalte
- Gastronomie Christenberg
- Regionale Jugendarbeit

Insgesamt wurden über den Verein über 40 Projekte mit einem Fördervolumen von ca. 2 Mio. Markt gefördert und betreut.

### **Regionale Bedeutung**

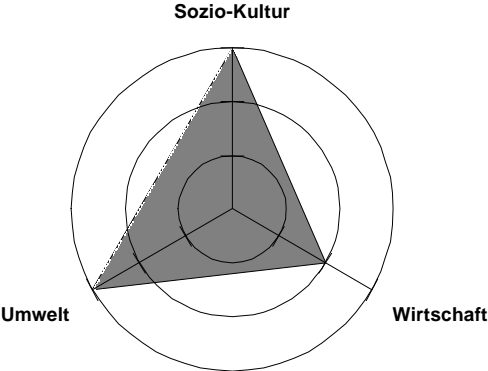
Für die Region Burgwald hat sich die Entwicklungsgruppe als außerordentlich wichtig erwiesen. Die koordinierende Animation hat neue Aktivitäten und eine neue gemeinsame Entwicklungsdynamik hervorgebracht. Durch die Förderung im Rahmen des LEADER-Programms konnten zusätzliche Fördergelder in die Region gelenkt werden. Die Lage der Region auf der Grenze zwischen verschiedenen Verwaltungseinheiten bereitet allerdings nach wie vor Schwierigkeiten.

### 3.2.2.3 NRE Analyse

<b>NRE-Analyse</b>		<b>Entwicklungsgruppe Burgwald Region e.V.</b>	
<b>1. Ökologische Dimension</b>		<b>2. Ökonomische Dimension</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Schutz der Natur sowie das Erleben von Natur spielen eine bedeutende Rolle im Konzept und in der Arbeit der Entwicklungsgruppe.</li> <li>+ Arbeitskreise zum Thema Umwelt: AK Naturschutz sowie AK Energie und Klimaschutz.</li> <li>+ Förderung eines umweltfreundlichen Tourismus</li> <li>+ Information zum Thema Energie und Klima</li> <li>+ Beratung und Information zur umweltfreundlichen Unternehmensführung</li> <li>+ Verwendung von Holz als erneuerbarer Baustoff und Energieträger</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Dringend notwendiger Beitrag zur Entwicklung der Region Burgwald in wirtschaftlicher Hinsicht</li> <li>+ Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte durch Vertreter der Wirtschaft im Vorstand der Entwicklungsgruppe Region Burgwald</li> <li>+ Verbesserung der regionalen Versorgung und Wertschöpfung durch die Herausgabe des Burgwald-Branchenbuches, den Aufbau eines Holzverbundes, die Organisation der Burgwaldmesse und des Burgwaldmarktes, etc.</li> </ul>	
		<b>3. Soziokulturelle Dimension</b>	
		<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Orientierung der Entwicklungsgruppe an den Bedürfnissen der Bewohner</li> <li>+ Kultur und regionale Identität spielen eine große Rolle in den Projekten (Kulturherbst, Burgwaldmesse, Auswahlkriterien für Projekte)</li> <li>+ Berücksichtigung der soziokulturellen Aspekte entsprechende Arbeitskreise</li> <li>+ Qualifizierung im Bereich Ländlicher Tourismus</li> </ul>	
<b>4. Interpersonale Chancengleichheit</b>		<b>5. Interregionale Chancengleichheit</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Qualifizierung von Frauen im Bereich Ländlicher Tourismus</li> <li>+ Regionale Jugendarbeit</li> <li>+ Naturerlebnis Erlensee - blindengerechte Ausgestaltung</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Stärkung der regionalen Wirtschaft aufgrund endogener Potentiale und daher eigener Beitrag zur Verringerung regionaler Disparitäten</li> <li>+ Kooperation über bestehende administrative Grenzen hinweg orientiert an funktionalen Zusammenhängen in der Region und dem realen Bedarf der Förderung</li> </ul>	
		<b>6. Intertemporale Chancengleichheit</b>	
		<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Bausteine für eine regionale Identität</li> <li>+ Verstärkte Wertschätzung und Bewahrung des naturräumlichen Potentials</li> <li>+ Entwicklung neuer Märkte und Erwerbsmöglichkeiten</li> <li>+ Neue Qualifikationen als Bestandteil des regionalen Humankapitals</li> </ul>	
<b>7. Diversität</b>		<b>8. Subsidiarität</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ breites Spektrum von Entwicklungsmaßnahmen</li> <li>+ Auswahl durch heterogenes Entscheidungsgremium (Vereinsvorstand)</li> <li>+ Nutzung unterschiedlicher Förderprogramme</li> <li>+ private und öffentliche Projektträger</li> <li>+ Förderung der wirtschaftlichen, kulturellen und landschaftlichen Vielfalt</li> <li>+ regionale Projekte und Initiativen, aber durchaus überregional, national und international eingebunden, unter anderem durch "burgwald.de", LEADER international, Europäische Völkerverständigung, AG Hess. Entwicklungsgruppen, überregionale Wanderwege</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Konzepte von Einzelpersonen, Unternehmen, Initiativen, Verbänden vor Ort entwickelt - keine Übernahme eines extern definierten Entwicklungsschemas</li> <li>+ Nutzung und Erweiterung des lokalen und regionalen Handlungsspielraums</li> <li>+ Institutionelle Einbindung verschiedener politisch-administrativer Ebenen</li> <li>+ Vorrangige Nutzung lokaler Ressourcen</li> </ul>	

<b>9. Netzwerke / Partnerschaft</b>	<b>10. Partizipation</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Zusammenwirken von 10 Gemeinden bei Aufbau und Finanzierung der Entwicklungsgruppe Burgwald e.V., Innovative Organisationsform zur Förderung partnerschaftlicher Kooperationen</li> <li>+ Starke Betonung des Regionalmanagements und des Aufbaus von Netzwerken in der Region</li> <li>+ Nutzung innovativer Methoden (Branchenbuch, elektronisches Informationssystem)</li> <li>+ Zusammenarbeit von öffentlichen Institutionen, Unternehmen sowie Vereinen und Verbänden</li> <li>+ Suche nach Konsens über ein Entwicklungsleitbild</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Zahlreiche Möglichkeiten der direkten und indirekten Beteiligung, intensive Mitarbeit der Bürger in den Gremien des Vereins</li> <li>+ Transparenz der Aktivitäten und Entscheidungswege, Öffentlichkeitsarbeit, öffentliche Diskussion</li> <li>+ unmittelbare Mitwirkung von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen bei Projekten</li> </ul>

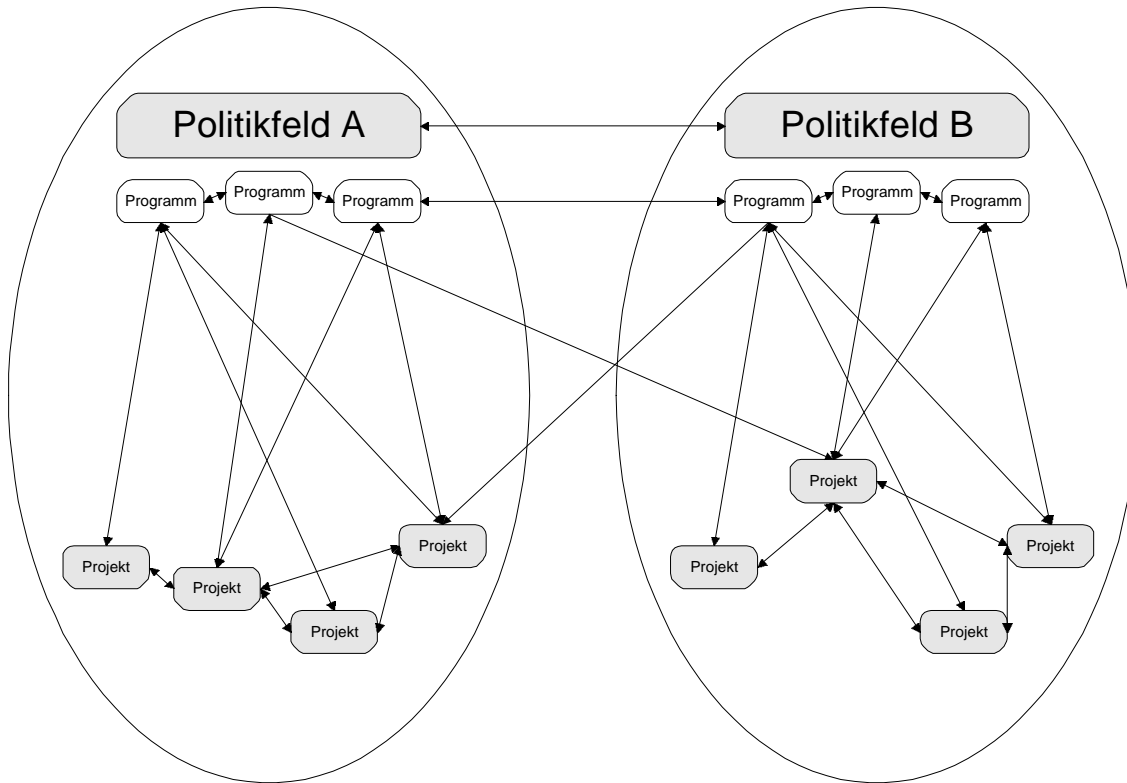
**Tabelle 12**

<b>Antwort auf die Herausforderungen der NRE</b>	<b>Entwicklungsgruppe Burgwald Region e.V.</b>
<b>Integration</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>+ ökonomische Ziele werden in konkreten Projekten sowohl mit ökologischen als auch mit sozialen Zielen integriert</li> <li>+ die Integration aller drei Zieldimensionen findet bereits durch die Organisation der Entwicklungsgruppe und ihrer Geschäftsstelle statt</li> </ul>	<b>Innovation / Lernfähigkeit</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>+ Kooperation und Koordination und ihre professionelle Vermittlung</li> <li>+ Bewusstmachung der Chancen - auch von Förderprogrammen</li> <li>+ Verfügbarmachung und Bündelung von interdisziplinärem Wissen</li> </ul>
<b>Beitrag zur Problemlösung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>+++ Umwelt Konsequente Nutzung und Bewahrung der Umweltqualitäten der Region Burgwald</li> <li>++ Wirtschaft Innovative Ansätze der Wirtschaftsförderung in einer sehr peripheren Region, die unter Arbeitslosigkeit und Abwanderung leidet. Eröffnung neuer Erwerbsmöglichkeiten vor dem Hintergrund des Bedeutungsverlusts der Landwirtschaft</li> <li>+++ Sozio-Kultur Stärkung der regionalen Identität und des kulturellen Angebots in einer Region, aus der vor allem die Jungen Leute abwandern.</li> </ul>	<div style="text-align: center;">  </div>

**Tabelle 13**

## 4 Wechselbeziehungen

Mit Interrelationen oder Wechselbeziehungen bezeichnen wir hier die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen Programmen, Projekten und regionaler Öffentlichkeit. Diese werden anhand von vier Leitfragen untersucht, über welche die Erkenntnisse aus Mittelhessen in den europäischen Vergleich einfließen können. In den anderen europäischen Regionen wurden dieselben Leitfragen gestellt.



**Abbildung 1: Wechselbeziehungen zwischen Programmen und Projekten**

Die anfängliche klare Unterscheidung zwischen Programmen und Projekten hat sich nicht nur in Hessen als schwierig herausgestellt. Die in Mittelhessen untersuchten Projekte unterscheiden sich in einem zentralen Merkmal voneinander:

- Das Projekt Steubenkaserne wurde aus Fördermitteln finanziert, die über das Land direkt für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurden.
- Die anderen untersuchten Projekten umfassen sogenannte "intermediäre Organisationen". Hierbei handelt es sich um öffentlich-private Strukturen, die sich zwischen Landesebene und die Projekte auf der lokalen oder regionalen Ebene "zischengeschaltet" haben, um Fördermittel zu bündeln und für eine größere Anzahl von Projekten zur Verfügung zu stellen. In dieser Fallstudie werden die intermediären Organisationen als "Projekte" aufgefasst, die von ihnen geförderten Projekte als ihre "Aktivitäten".

Um die verschiedenen Wechselbeziehungen in diesem Umfeld zu untersuchen ist es also im Grunde notwendig, mehr als zwei Ebenen zu betrachten.

## 4.1 Wie unterstützt die Programmebene innovative Projekte?

Zunächst einmal ist es per Definition die Aufgabe der Landesprogramme, Projekte auf der lokalen und regionalen Ebene zu fördern. An einem grundsätzlich positiven und beabsichtigten Zusammenhang zwischen Programm- und Projektebene ist also nicht zu zweifeln. Wie aber sieht dieser Zusammenhang in Mittelhessen im Einzelnen aus?

Die Programmrichtlinien stecken die Rahmenbedingungen für die Förderung und Umsetzung einzelner Projekte ab. Die Einhaltung dieser Richtlinien wird entweder bei der Landesverwaltung selbst, in einer ihrer dezentralen Verwaltungseinheiten, wie zum Beispiel den Ämtern für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft (ÄRLL) oder durch beauftragte Institutionen wie die HLT GmbH überprüft. Die in den Richtlinien enthaltenen Formulierungen lassen jedoch einen *relativ großen Interpretationsspielraum* offen.

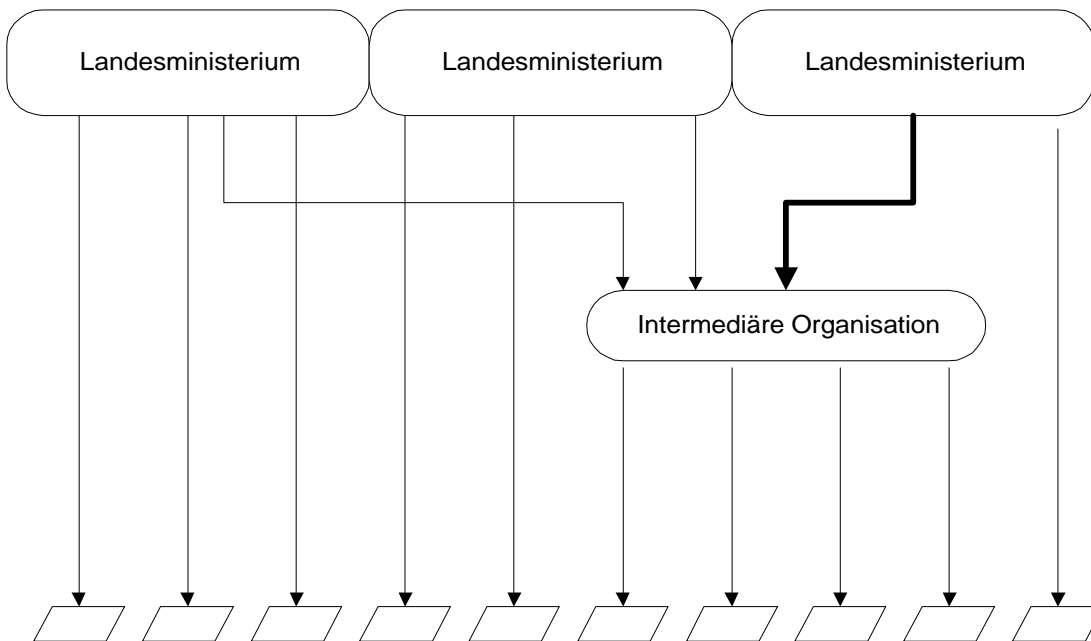
Die entscheidende Frage ist, mit welchen Verfahren dieser Spielraum von wem genutzt wird.

- So unterscheidet das Konversionsprogramm Mittel für die Planung der Vorhaben und für einzelne Investitionen. Für welche Maßnahmen die Mittel genau verwendet werden, wird allerdings auf der lokalen oder regionalen Ebene aus dem Wissen um den jeweiligen Bedarf heraus entschieden. Antragsteller sind Gemeinden oder andere öffentliche Körperschaften, von denen angenommen wird, dass sie eine Gesamtsicht der Probleme auf ihrem Territorium haben. Eine Integration verschiedener Entwicklungsdimensionen kann und sollte hier also sowohl auf der lokalen/regionalen (Antragsteller und auch Planer) als auch auf der Landesebene (Bewilligungsinstanz) stattfinden.
- Das Hessische Strukturförderungsprogramm ermöglicht eine Berücksichtigung der Umweltdimension aber verlangt oder fördert sie nicht. Antragsteller sind hier einzelne Betriebe. Eine Integration verschiedener Entwicklungsaspekte erfolgt hier nicht aus kommunaler oder regionaler Perspektive. Die Bewilligungsinstanz auf Landesebene hat gewisse Entscheidungsspielräume - wie weit sie diese im Sinne der Nachhaltigkeit nutzt, entzieht sich jeder Diskussion oder Kontrolle. Eine gewisse Möglichkeit der Integration besteht im Prinzip darin, verschiedene Finanzinstrumente für die gewerbliche Wirtschaft (Strukturförderprogramm; Existenzgründungsprogramm; Umwelttechnologieprogramm; Beteiligung an Messen und Ausstellungen; Kooperationsnetzwerke; Innovationsassistenten) zu kombinieren. Erstens aber sind diese Möglichkeiten stark eingeschränkt und zweitens ist nicht transparent, ob und nach welchen Verfahren und Gesichtspunkten dies stattfindet. Eine räumliche Zusammenschau des Einsatzes dieser Instrumente gibt es nicht.

Große Handlungsspielräume im Hinblick auf Nachhaltige Entwicklung bestehen in Hessen vor allem bei den untersuchten regionalen Entwicklungsgruppen Leader Vogelsberg und Burgwald und dem Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen (ZAUG). Bei ihnen handelt es sich um Einrichtungen, die von der öffentlichen Hand kontrolliert werden, aber privatwirtschaftlich organisiert sind. Trotz der Unterschiede zwischen ZAUG und den beiden Entwicklungsgruppen kann man alle als „intermediäre Organisationen“ bezeichnen, die sich hinsichtlich der Vergabe von Fördermitteln zwischen Programm und Projektebene einschalten. Sie entwickeln im Dialog mit einer Vielzahl von lokalen und regionalen Akteuren eigene Leitbilder und Konzepte, stellen Prioritätenlisten von zu fördernden Maßnahmen auf, akquirieren dafür Fördermittel aus sehr unterschiedlichen Töpfen auf lokaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene und kombinieren sie ggf. mit selbst erwirtschafteten Mitteln. Dabei können sie unterschiedliche Zielsetzungen und Interessen gut miteinander verbinden. Sie weisen also einen viel stärker integrierten Ansatz auf, als die direkte Mittelvergabe von der Landesebene aus. Der Impuls zu diesen Initiativen ging von der lokalen Ebene aus. Für ihr tatsächliches Zustandekommen und Wachsen aber waren vor allem die Programme „Arbeit statt Sozialhilfe“ sowie „Ländliches Regionalprogramm“ von großer Bedeutung. Sowohl die Projekte als auch die Landesprogramme sind vor dem Hintergrund einer Dis-



kussion um die regionale Entwicklung entstanden, die in Hessen seit den frühen 80er Jahren intensiv geführt wird.



**Abbildung 2: Unterschiedliche Steuerungsmodelle**

Bisher kann man also etwas überspitzt von zwei „Steuerungsmodellen“ in der Regionalpolitik ausgehen. Für das „top-down-Modell“ steht das Strukturförderungsprogramm, in dem die Entscheidungskompetenz und Integrationsaufgabe ganz auf der Landesebene liegt. Für das regionalisierte Modell steht das ländliche Regionalprogramm in dem dezentrale Entscheidungsstrukturen im Vordergrund stehen (ÄRLL) sowie die „Entwicklungsgruppen“ gefördert werden und eine wachsende Rolle spielen. Das dezentralisierte Modell hat seine Ursprünge sowohl in Initiativen, die von unten kommen („bottom-up“), als auch in Landesprogrammen, die dies bewusst fördern.

Unter dem Titel „Regionalisierung der Strukturpolitik“ will die Landesregierung seit 1997 die Koordination und Integration auf regionaler Ebene verstärken. Allerdings ist bislang noch offen, wie weit tatsächliche Entscheidungskompetenzen delegiert werden. Es sind „Regionalforen“ vorgesehen, die teilweise aus den heutigen Entwicklungsgruppen hervorgehen sollen. Diese Initiative kann eine Annäherung der beiden Modelle zur Folge haben. Dass eine Konkurrenz der beiden Ansätze (und noch mehrerer Zwischenformen) fruchtbar ist, zeigt gerade dieser Vorstoß.

Die unterschiedlichen „Steuerungsmodelle“ beeinflussen auch die Inhalte regionalpolitischer Maßnahmen bzw. begünstigen zumindest bestimmte regionalpolitische Ansätze: Die direkte Finanzierung durch Staatsprogramme und damit die direkte „Aushandlung“ zwischen der Landesebene einerseits und der betrieblichen oder kommunalen Ebene andererseits scheint eher für punktuelle Interventionen und wenig integrierte Maßnahmen und Projekte geeignet zu sein und scheint solche eher zu begünstigen. Deutlich wird dies beispielsweise am Konversionsprogramm, das zu eher sektoral orientierten Projekten, wie der Wiedernutzung der Steubenkaserne, zu führen scheint (obwohl die Gemeinden hier durchaus eine öffentliche Integrationsaufgabe haben). Aus Sicht der beteiligten Akteure finden natürlich auch hier partnerschaftliche Aus-

handlungs- und Integrationsprozesse statt. Diese dienen allerdings eher dazu, schwierige technische oder finanzielle Probleme gemeinsam zu lösen als möglichst viele Interessen in das jeweilige Vorhaben einzubinden. Synergieeffekte werden dabei oft vernachlässigt und Zielkonflikte mit anderen Bereichen können nicht immer rechtzeitig erkannt werden.

Ist zwischen die Landesebene und die Projektebene eine sogenannte "intermediäre Organisation" zwischengeschaltet, stellt sich die Situation anders dar: Die hier untersuchten Beispiele stellen einerseits selbst öffentlich geförderte "Projekte" dar, in denen vor allem ihre Konzeptions- Koordinations- und Managementtätigkeit finanziert wird. Andererseits entwickeln sie ihrerseits Projekte und beschaffen dafür Mittel aus unterschiedlichen Quellen. Dabei verfügen sie über verschiedene Vorteile (siehe auch unten): Sie kennen sich besser in den regionalspezifischen Situationen und Problemlagen aus als zentrale Landeseinrichtungen und können offenbar dadurch, dass sie keine herkömmlichen Behörden sind, relativ kurzfristig auf bestimmte Bedarfe reagieren. Weil sie großen Wert auf den Aufbau von regionalen Netzwerken, die Einbindung vielfältiger Akteure aus ihrer Region und einen intensiven Dialog mit der Öffentlichkeit legen, können sie oft einfacher als herkömmliche Verwaltungen ihre Aktivitäten so gestalten, dass verschiedene Zielbereiche der regionalen Entwicklung aufeinander abgestimmt und miteinander integriert werden. Vergleicht man dies mit anderen europäischen Regionen, die teilweise eine flexiblere Verwaltung kennen, so taucht die Vermutung auf, dass die stark ausdifferenzierte Verwaltung, mit Fachabteilungen, deren Kompetenzen sorgfältig abgegrenzt werden, sich mit neuen Integrationsaufgaben schwertut. Neue Organisationen bieten hier neue Möglichkeiten,

Bei den untersuchten intermediären Strukturen in Hessen handelt es sich also um Projekte, bei denen der politische Wille auf lokaler und regionaler Ebene zu einer Integration vielfältiger Zielsetzungen geführt hat, obwohl dies nicht durch die Programmebene eindeutig vorgegeben war. Intermediäre Organisationen oder Partnerschaften scheinen sich grundsätzlich anzubieten, wenn bestimmte Ziele und Interessen miteinander verbunden werden sollen. Diese aber werden durch herkömmliche Landesprogramme nicht aktiv angeregt. Der Grund hierfür liegt unter anderem sicherlich darin, dass die "von unten" entstandenen Entwicklungsgruppen zunächst einmal ein "konkurrierendes" Steuerungssystem und Koordinierungssystem für die öffentliche Mittelverteilung darstellen. Hier schalten sich Institutionen zwischen die Landesebene und die lokale oder regionale Umsetzung und verhindern so, dass bestimmte Informationen direkt an die Landesebene zurückfließen. Zwar werden Ressourcen auf diese Weise auch effizienter eingesetzt. Die lokale und regionale Ebene machen sich gleichzeitig jedoch ein Stück weit unabhängig von der Landesebene und "professionalisieren" sozusagen ihre Projektentwicklung über öffentliche Mittel, indem sie spezielle Träger hierfür einsetzen. In der kontinuierlichen Auseinandersetzung um die Regionalpolitik können solche Ansätze jedoch auch die vom Land durchgeführte und gesteuerte Regionalpolitik wiederum positiv "befruchten". Die "Konkurrenz der Steuerungssysteme" kann sich unter gewissen Aspekten auch positiv auswirken.

## **Fazit**

Die Programmebene steckt die Rahmenbedingungen für die lokalen und regionalen Projekte ab, wobei relativ große Interpretationsspielräume für die Umsetzung von konkreten Projekten vor Ort verbleiben. Damit werden zahlreiche Handlungsoptionen, auch für die Integration von verschiedenen Zielen, eröffnet. Es wird jedoch kein echter Anreiz gesetzt, Entwicklungsziele in einer "nachhaltigen" Art und Weise miteinander zu integrieren. Die Landesebene ist aufgrund ihrer Struktur und aufgrund ihrer Distanz zum lokalen Geschehen oft nicht in der Lage, die gewünschte Integration verschiedener Entwicklungsdimensionen zu gewährleisten. Ob die Programme letztlich im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden oder nicht, hängt deshalb wesentlich von zwei Faktoren ab:

- vom angewendeten Verfahren der Mittelvergabe

- vom politischen Willen auf der lokalen und regionalen Ebene

Die Förderung von Projekten über zwischengeschaltete intermediäre Organisationen führt offensichtlich eher zu integrierten und umfassenden Ansätzen und erlaubt es besser, flexibel auf den regionalspezifischen Bedarf zu reagieren. Diese stehen zunächst einmal in Konkurrenz zu den herkömmlichen Steuerungssystemen des Landes, können allerdings auch deren Regionalpolitik positiv beeinflussen. Heute jedoch dominiert eindeutig die eher sektorale Steuerung über die direkte Vergabe von Landesmitteln. Integrierte Ansätze über intermediäre Strukturen sind eher noch vereinzelt zu finden. Die anvisierte „Regionalisierung der Strukturpolitik“ weist darauf hin, dass die hessische Landespolitik neue Möglichkeiten heute aktiv aufgreift, die durch innovative Programme in kleinem Maßstab bereits seit vielen Jahren gefördert und weiterentwickelt wurden.

## 4.2 Wie beeinflussen innovative Projekte die Programmebene?

Ein Einfluss von der Projekt- auf die Programmebene ist aus verschiedenen Gründen schwierig zu untersuchen.

- Eine Formulierung von klaren Zielen und eine systematische Evaluierung der Projekte findet in diesem Sinne kaum statt. Eine Ausnahme stellt teilweise z.B. der Bericht über die Konversion dar. Eine Rückkopplung der Ergebnisse und Wirkungen der Programme findet daher eher informell statt. Es ist zu hoffen, dass die Bestrebungen der Europäischen Kommission für eine verstärkte Evaluierung von Programmen aller Art hier zu Verbesserungen führen.
- Ein informeller Einfluss der Projekte findet langsam statt, führt zunächst zu einer Veränderung der Wahrnehmung und äußert sich erst nach längerer Zeit in der Revision von Programmen. Nachträglich ist ein Einfluss der Projekte daher oft kaum festzumachen.
- Viele Einflüsse lassen sich von außen nur schwer feststellen, wenn sie sich nicht in einer Neuformulierung von Richtlinien äußern, sondern lediglich in einem veränderten informellen Umgang mit den Programmen.

Trotz dieser Einschränkungen konnten einige interessante Einflüsse innovativer Projekte auf die Programme festgestellt werden.

Einen *indirekten* Einfluss auf die untersuchten Programme üben beispielsweise die intermediären Strukturen aus: *Erstens* schalten sie sich zwischen die Programme und die Umsetzung konkreter Projekte ein und beeinflussen damit die Form des Mitteleinsatzes und die letztlich Wirkung öffentlicher Förderprogramme. *Zweitens* stellt die Regionalisierung der Entscheidungen über die Mittelvergabe, die durch die neuartigen intermediären Organisationen möglich wurde und aktiv eingefordert wird, ein „konkurrierendes Steuerungsmodell“ zur direkten Steuerung von Projekten durch die Landesebene und somit eine Herausforderung für die herkömmliche Projektförderung dar. Mit den damit entstehenden zwei möglichen Wegen der Projektförderung sind teilweise unterschiedliche Institutionen verbunden, die teilweise in einer befruchtenden Konkurrenz zueinander stehen. Die Bemühungen des Landes zur Regionalisierung der Strukturpolitik können als Antwort auf den Erfolg dieser lokalen Initiativen gesehen werden. Bedenkt man die sehr lange Entstehungsgeschichte der erfolgreichen intermediären Organisationen, so scheint andererseits auch Vorsicht bei der Verallgemeinerung dieses Modells geboten.

Auch ein direkter Einfluss auf die Programmebene ist möglich: Die ZAUG GmbH trug in direktem Kontakt mit dem verantwortlichen Ministerium zur Neugestaltung des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ bei, indem sie an der Neuformulierung der entsprechenden Richtlinie beteiligt war. Damit konnte das ZAUG die Rahmenbedingungen für sein eigenes Handeln mit beeinflussen. Dies ist sicherlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass das ZAUG aufgrund seiner Ak-

tivitäten mit der Zeit zu einem wichtigen Know-How-Träger und lokalen Ansprechpartner für die Landesebene geworden ist.

Eine günstige Konstellation für eine Rückkoppelung zwischen der Programmebene und den konkreten lokalen und regionalen Erfahrungen besteht in Hessen auch mit dem Landesamt für Regionalentwicklung und Landwirtschaft, dem dezentrale Verwaltungseinheiten zugeordnet sind (ARLL). Diese arbeiten näher an der jeweiligen lokalen und regionalen Problematik als die zentrale Landesverwaltung und können ihre Problemkenntnis an die Landesebene weitergeben. Das Landesamt hat seit jeher einen stark dezentralen Ansatz der Regionalentwicklung verfolgt und verfügt mit dem ländlichen Entwicklungsprogramm über ein entsprechendes Instrument. Mit Einführung einer regionalisierten Strukturpolitik und der Einrichtung von Regionalforen soll die Rückkoppelung auf die Programmebene flächendeckend für das ganze Land erleichtert werden.

Insgesamt ist bei einigen Programmen eine zu geringe Rückkoppelung von der Projekt- auf die Programmebene zu vermuten. Es ist nicht erkennbar, auf welche Weise durch systematische Auswertungen eine Rückkoppelung von der lokalen oder regionalen Ebene auf die Landesebene erfolgt. Auch die Abstimmung zwischen einzelnen Programmen scheint sich nicht an dem zu orientieren, was tatsächlich vor Ort umgesetzt wird. Eine „Kultur der Evaluierung“, die auch eine sorgfältige Zielformulierung und Projektbegleitung umfassen muss, könnte sicher zu einem wirkungsvolleren Einsatz der Landesmittel beitragen. Lebendige Subsidiarität, Partnerschaft und Partizipation erfordern eine weitgehende Transparenz.

### **4.3 Das Verhältnis der innovativen Projekte zur breiten Öffentlichkeit**

Der Einfluss, den die Projekte auf die Öffentlichkeit ausüben können, ist eng mit der jeweiligen Form der Öffentlichkeitsarbeit in den Vorhaben verknüpft. Vor allem die intermediären Organisationen ziehen die öffentliche Aufmerksamkeit stark auf sich. Als neue regionale oder städtische Institutionen wird regelmäßig über sie und ihre einzelnen Aktivitäten berichtet. Teilweise sind sie politisch umstritten (wie zum Beispiel die ZAUG GmbH in ihrer Gründungsphase) und ziehen deshalb eine intensive Berichterstattung der Presse nach sich. Insgesamt sind sie wohl generell „sichtbarer“ als einzelne regionalpolitische Vorhaben. Sie stellen nicht nur selbst bereits ein innovatives Projekt dar, sondern bündeln auch noch eine große Anzahl von weiteren innovativen, vor allem für die jeweilige Region oder Stadt neuartigen Projekten. Damit gibt es über sie immer wieder neu zu berichten. Durch die Beteiligung einer großen Anzahl unterschiedlicher Akteure wird von intermediären Strukturen aus der Kontakt mit der Öffentlichkeit auf ebenso zahlreichen Wegen hergestellt. Die öffentliche Aufmerksamkeit für Projekte, die direkt durch Landesprogramme gefördert werden, ist in der Regel relativ gesehen geringer. Dies mag daran liegen, dass weniger Akteure daran beteiligt sind, aber auch dass sie meist weniger komplex oder umstritten sind. Bei ihnen steht nicht die öffentliche Debatte eines neuen Ansatzes im Vordergrund, sondern die Planung und Bewilligung entsprechend der üblichen, gesetzlich geregelten Verfahren. Diese sind insgesamt weniger transparent für die Öffentlichkeit als die Debatte um einen neuen Ansatz oder eine neue Projektstruktur. Dies hängt jedoch auch von der Größe des jeweiligen Projektes ab. In der Regel findet bei größeren Projekten auch im Rahmen der üblichen Planungsverfahren (Bauleitplanung) eine Beteiligung der Öffentlichkeit statt.

Die Erfahrungen der untersuchten Projekte weisen darauf hin, dass eine intensive Öffentlichkeitsarbeit insbesondere für die neuartigen intermediären Organisationen eine ganz wesentliche Voraussetzung für ihren Erfolg war. Auf diese Weise konnte politische Unterstützung für diese quer zu den bisherigen Institutionen stehenden Neulinge mobilisiert werden (siehe z.B. ZAUG). Die Auseinandersetzung um verschiedene Wege und Zielsetzungen wurde damit teilweise stärker als bisher in die Öffentlichkeit getragen und hat damit größere Möglichkeiten der

Partizipation geschaffen. Die Konkurrenz verschiedener Modelle trägt damit zu einer verstärkten politischen Diskussion und Demokratisierung bei.

Durch ihre Öffentlichkeitsarbeit haben innovative Projekte auch dazu beigetragen, dass andere ihre Ansätze aufgreifen. Einige der hier untersuchten Projekte sind weit über die Grenzen Hessens hinaus bekannt geworden. Über das Verhältnis von lokaler und regionaler zur überregionalen Öffentlichkeit kann hier wenig ausgesagt werden. Insgesamt würde es sich lohnen, dieses Thema genauer zu untersuchen.

#### **4.4 Wechselwirkungen zwischen den Politikbereichen**

Die untersuchten Programme *definieren kaum ihre Schnittstellen* zu anderen Programmen, abgesehen von dem Aspekt, dass eine Kombination von Landesprogrammen nur sehr eingeschränkt möglich ist. Es gibt jedoch Finanzierungsmöglichkeiten auf anderen Ebenen, die sich mit Landesprogrammen kombinieren lassen, wie die Fallbeispiele aus Mittelhessen zeigen. Offensichtlich ist die Kombination verschiedener Ressourcen eine schwierige Aufgabe. Akteure auf der lokalen und regionalen Ebene hingegen sind oft nicht ausreichend über ihre Handlungsmöglichkeiten informiert. Die HLT hat hier auf Landesebene eine wichtige Beratungsfunktion. Die regionalen intermediären Organisationen stellen als Partnerschaften vielfältiger Akteure und Interessen vor Ort eine interessante Möglichkeit dar, um öffentliche und private Ressourcen zu bündeln und Synergieeffekte zu entwickeln.

Insbesondere im Bereich der Förderung der gewerblichen Wirtschaft sind die einzelnen Programme auf einzelne Ziele ausgerichtet und erschweren eine integrierte Herangehensweise. Der interministerielle Kreditausschuss leistet hier zwar einen wichtigen Beitrag, seine Arbeitsweise ist jedoch undurchsichtig und die Umweltinteressen sind zu schwach vertreten. Im Bereich der ländlichen Entwicklung visieren die Programme ein breiteres Spektrum von Zielen an, was einen integrierten Entwicklungsansatz erleichtert.

Politische Programme *überlappen sich teilweise in ihren Zielrichtungen*. In Mittelhessen ist dies im Bereich der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik zu beobachten. Verschiedene Programme verfolgen die Ziele der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verbesserung der Lebenssituation von bestimmten sozioökonomischen Gruppen. Die Ausgangspunkte der jeweiligen Programme unterscheiden sich jedoch voneinander. Eine gewisse Redundanz von Programmen und Handlungsmöglichkeiten angesichts dringender Probleme ist sicherlich eher ein Vorteil für die Problemlösung. Das Fehlen einer übergreifenden Evaluierung, die das Zusammenwirken der verschiedenen Programme auch in räumlicher Hinsicht analysiert, lässt jedoch nicht erkennen, ob die Ansätze ausreichend aufeinander abgestimmt sind.

Grundlegende Ansätze der Förderung stehen in Mittelhessen teilweise in Konkurrenz miteinander. Dies betrifft vor allem den Umgang mit den unterschiedlichen "Steuerungsmodellen" bei der zukünftigen Fördermittelvergabe. Eine solche Konkurrenz kann durchaus fruchtbar sein, jedoch sollten die damit entstehenden Möglichkeiten und Wirkungen näher untersucht und transparenter gemacht werden.

Offensichtlich sind auf der Landesebene die Möglichkeiten begrenzt, verschiedene Entwicklungsdimensionen integriert anzugehen. Das zeigen auch die Erfahrungen in anderen Regionen. Die Vorstellungen darüber, auf welcher Ebene welche Art von Koordination zu leisten ist, müssen angesichts der Herausforderung durch die Idee der Nachhaltigkeit weiter entwickelt werden. Ein solch ausdifferenziertes Mehrebenensystem kann nicht in einem Zug entworfen und durchgesetzt werden. Mit seinen unterschiedlichen Ansätzen und seiner Bestrebung für eine Regionalisierung der Strukturpolitik befindet sich Hessen auf einem Weg, der den Anliegen der Nachhaltigen Entwicklung vermehrt Chancen eröffnet.



## 5 Der Blick aufs Ganze

### 5.1 SWOT-Analyse

Die Technik der SWOT-Analyse erlaubt eine einfache übersichtsartige Darstellung einer Situation. Sie umfasst vier Felder: Stärken (Strengths), Schwächen (Weaknesses), Chancen (Opportunities) und Risiken (Threats). Während die Gegenüberstellung von Stärken und Schwächen eher eine statische Betrachtung ermöglicht, ergänzen Chancen und Risiken eine dynamische Dimension. Stärken können sich durch Risiken in Schwächen verwandeln, Schwächen durch Chancen in Stärken.

Die folgende Tabelle zeigt eine zusammenfassende Beurteilung Mittelhessens in Bezug auf eine nachhaltige Regionalentwicklung.

<b>Stärken</b>	<b>Schwächen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Langjährige Erfahrung mit Ansätzen der eigenständigen Regionalentwicklung</li> <li>• Langjährige Tradition einer engagierten Umweltpolitik</li> <li>• breite politische Unterstützung für eine Orientierung in Richtung Nachhaltigkeit</li> <li>• attraktive Landschaft, Umweltzerstörung nicht so fortgeschritten wie in anderen Regionen</li> <li>• relativ wohlhabendes Bundesland</li> <li>• viele europaweit beachtenswerte Beispiele für erfolgreiche Projekte in Richtung Nachhaltigkeit</li> <li>• langjährige Erfahrungen mit Elementen regionalisierter Strukturpolitik im ländlichen Raum</li> <li>• erfolgreiche Experimente mit neuen Strukturen für eine integrierte regionale Entwicklung, ausbaufähige regionale Entwicklungsgruppen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ausdifferenzierte und festgefügte Zuständigkeiten sowie wenig Flexibilität in der öffentlichen Verwaltung</li> <li>• wenig ausgeprägte regionale Identitäten, die auf sehr kleine Räume bezogen sind, starkes Konkurrenzdenken</li> <li>• Künstliche Abgrenzung des Regierungsbezirks, keine regionale Identität in Mittelhessen.</li> <li>• geringe Wertschätzung der eigenen Stärken, ständiger Vergleich mit dem wohlhabenderen Raum Frankfurt</li> <li>• Wenig ausgeprägte identitätsstiftende Vorstellungen für die Entwicklung des Raums Mittelhessen</li> <li>• Gießen als Mittelpunkt der Region bietet wenig Anknüpfungspunkte für eine positive Identifikation</li> </ul>
<b>Risiken</b>	<b>Chancen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kürzung der EU-Mittel für Regionalpolitik</li> <li>• Versuche, die Förderpolitik des Landes zu vereinheitlichen</li> <li>• Vernachlässigung ökologischer Ziele in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten</li> <li>• zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft kann Kooperationsbereitschaft schwächen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verwaltungen gründen flexiblere „Töchter“</li> <li>• Regionalisierung der Strukturpolitik durch die Landesregierung</li> <li>• Lernen aus guten Beispielen in Mittelhessen und europaweit</li> <li>• erfahrene, fähige Führungskräfte, die die Dynamik regionaler Entwicklung kennen und eine nachhaltige Entwicklung fördern wollen</li> <li>• Verstärkte Forderung der EU nach Evaluierung</li> <li>• Neuer Zwang zur Prioritätensetzung in Zeiten knapper Kassen</li> <li>• Europaweite Diskussion um nachhaltige Regionalentwicklung</li> <li>• Profilierung im europäischen Vergleich als Region, die in Richtung Nachhaltigkeit weit fortgeschritten ist</li> </ul>

Tabelle 14

## 5.2 Subsidiarität und Netzwerkbildung

Aufschlussreich wäre es nun, für die gesamte Region eine systematische NRE-Analyse durchzuführen. Diese lässt sich jedoch nicht mehr in eine übersichtliche Tabelle fassen, da die zu berücksichtigenden Aspekte zu vielfältig sind. Diese Untersuchung wird hier nicht im Einzelnen durchgeführt.

Zwei Komponenten der Nachhaltigkeit tauchen jedoch in allen Beispielen und Betrachtungen immer wieder auf und scheinen in Mittelhessen von herausragender Bedeutung zu sein: Subsidiarität und Netzwerkbildung.

Eine wesentliche Element einer Politik der Nachhaltigkeit scheint es zu sein, das Verhältnis zwischen verschiedenen politisch-administrativen Ebenen neu zu gestalten. Eine konsequentere Umsetzung des Prinzips der Subsidiarität scheint sehr wichtig zu sein, um die verschiedenen Dimensionen der Entwicklung integrieren zu können. Dabei handelt es sich nicht einfach um die undifferenzierte Verlagerung von Kompetenzen auf die lokale und regionale Ebene oder um neue scharfe Kompetenzabgrenzungen, sondern um die Entwicklung einer neuen Qualität der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ebenen.

Das Prinzip der Netzwerkbildung hat sich in allen untersuchten Programmen und Projekten als außerordentlich wichtig erwiesen. Erfolge beruhen vielfach noch auf persönlichen Fähigkeiten einzelner Initiatoren. Langsam wächst die Erfahrung mit geeigneten organisatorischen und technischen Hilfsmitteln.

Subsidiarität und Netzwerkbildung lassen sich nicht mit einfachen Rezepten voranbringen. Wie sie gestärkt werden können, hängt stark von den jeweiligen Umständen und der herrschenden Kommunikationskultur ab. Für das differenzierte Management solcher Entwicklungen wurde im INSURED-Projekt im Anschluss an die regionalen Fallstudien ein begrifflicher Rahmen entwickelt (siehe Hauptbericht).

## 5.3 Das Bild der Region im europäischen Vergleich

### Der Kontext

Einerseits sind die Institutionen, Verfahren und Denkweisen in Deutschland und Hessen stark durch den lange erfolgreichen Industrialismus geprägt. Die Strukturen sind stark ausdifferenziert und arbeitsteilig, ein deduktives, zerlegendes Denken tendiert dazu, Probleme aufzugliedern, Kompetenzen zuzuweisen und Teilprobleme einzeln anzugehen. Die politisch administrativen Strukturen sind in Einzelfragen hocheffizient, aber oft zu verfestigt, um flexibel auf neue, komplexe Fragen zu reagieren.

Andererseits hat Hessen, das in den fünfziger und sechziger Jahren eine Blütezeit des Industrialismus erlebte, seit Anfang der achtziger Jahre - früher als viele andere - versucht, neue Antworten auf neue Herausforderungen zu geben. Sowohl auf der Landesebene als auch auf der lokalen und regionalen Ebene wurde mit neuen Politikansätzen, Institutionen und Verfahren experimentiert. Die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit wurden in den letzten beiden Jahrzehnten ausgiebig öffentlich diskutiert. Erfolge in einem schwierigen Umfeld sind durchaus erkennbar. Es herrscht Einigkeit, dass neue Wege beschritten werden müssen.

### Programme, Institutionen und Projekte

Die Analyse ausgewählter Landesprogramme sowie lokaler und regionaler Projekte hat ergeben:



- In durchaus unterschiedlichen Politikansätzen ist ein ernsthaftes Bemühen erkennbar, die Entwicklung nachhaltiger zu gestalten und der Regionalentwicklung eine zunehmende Bedeutung für eine Politik der Nachhaltigkeit zuzumessen.
- Die Koordination verschiedener sektoraler Politiken ist auf Landesebene nach wie vor schwierig.
- Neue Ansätze, vor allem im Bereich der ländlichen Regionalpolitik, zeigen deutliche Fortschritte in der Integration verschiedener Entwicklungsdimensionen und setzen den Gedanken der Subsidiarität konsequent um.
- Öffentliche Verwaltungen schaffen neue, flexiblere Institutionen, die dialogfähiger, integrierender und innovativer sind, dafür aber weniger demokratisch legitimiert. Diese Experimente wirken auf allen Ebenen befruchtend.
- Mittelhessen hat herausragende erfolgreiche Aktionen für eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler und regionaler Ebene vorzuweisen.
- Ein produktiver Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren braucht einen langen Lernprozeß.
- Verschiedene Ansätze konkurrieren miteinander. Hoch qualifizierte Führungskräfte beteiligen sich an einer weit über die Region hinausreichenden Diskussion. Mittelhessen ist in Verbindung mit der Landesebene ein führendes Laboratorium auf dem Gebiet der nachhaltigen Regionalentwicklung.



# Anhang 1: Empfehlungen für Hessen / Mittelhessen

Basierend auf der Fallstudie Mittelhessen und den Ergebnissen des Gesamtprojekts

EURES-Institut, 1999

*Die nachfolgenden Empfehlungen basieren auf den Diskussionen in der Begleitgruppe, sind jedoch in dieser Form Empfehlungen des EURES-Instituts, die sich aus der Beschäftigung mit der Region Mittelhessen ergeben haben.*

*(Die Empfehlungen gehen teilweise über die unmittelbaren systematischen Ergebnisse der Fallstudie Mittelhessen hinaus, nutzen allerdings auch nicht die ganze Breite der INSURED-Methode. Ziel des INSURED-Projekts war vor allem die Entwicklung eines ‚Werkzeugs‘ und nicht in erster Linie die Erarbeitung von Empfehlungen. Das am Ende des INSURED-Projekts vorgeschlagene System wurde in den Fallstudien selbst noch nicht vollständig angewendet. Eine systematische Anwendung des erweiterten Analyserasters in Zusammenarbeit mit der Begleitgruppe würde zu wesentlich detaillierteren Empfehlungen führen, konnte aber im Rahmen dieses Projekts nicht mehr durchgeführt werden.)*

## 1. Das Verständnis für die Idee der Nachhaltigkeit auf allen Ebenen fördern

Die Idee der Nachhaltigkeit betrifft alle Aktionen und alle Entscheidungsträger, die mit der Entwicklung Mittelhessens und Hessens zu tun haben. Sie beinhaltet eine neue Vorstellung von zukunftsfähiger Entwicklung, die verschiedene Dimensionen umfasst. Sie kann helfen, einen neuen, konstruktiven Konsens über die Entwicklung des Landes und seiner Teilregionen zu stiften. Der im INSURED-Projekt entwickelte Begriffsrahmen kann in seinen verschiedenen Anwendungsstufen hierfür hilfreich sein.

## 2. Das Zusammenspiel mehrerer Ebenen beachten und entwickeln

Für eine nachhaltige regionale Entwicklung (NRE) ist ein ausgewogenes Zusammenspiel mehrerer Ebenen, ist das Prinzip der Subsidiarität von großer Bedeutung. Wichtiger als eine scharfe Abgrenzung von Kompetenzen ist ein transparentes Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen vom Ortsteil über die Gemeinde, die Kleinregion, die Großregion und das Land bis zur EU. Auf jeder Ebene stärkt die Klärung der eigenen Leitvorstellungen und Interessen die Verhandlungsmöglichkeiten in einem zunehmend differenzierteren System der „multi-level-governance“.

In Mittelhessen gibt es gute Ansätze für ein verbessertes Zusammenspiel der verschiedenen politischen Ebenen. Wie die verschiedenen Ebenen miteinander kommunizieren und sich abstimmen, bleibt jedoch häufig nicht nur für Außenstehende, sondern sogar auch für die Beteiligten intransparent. Dadurch werden Chancen vertan, demokratische Diskussionen verhindert, verkrustete Strukturen erhalten und kreative Kräfte in der Region demotiviert. Um dies zu verbessern, sollten auf jeder Ebene entschlossene Anstrengungen in folgenden Punkten unternommen werden:

- Entwicklung und Formulierung von Leitbildern
- Festlegung von konkreten Zielen für die Entwicklung allgemein sowie für konkrete Programme und Vorhaben
- Regelmäßige Evaluierung der allgemeinen Entwicklung, sowie von Programmen und Vorhaben im Hinblick auf die festgelegten Ziele

- Veröffentlichung von Leitbildern, Zielen und Evaluationen

Die Europäische Kommission drängt zunehmend auf eine Evaluationskultur, die Evaluationen als Chance zum Lernen und nicht vor allem als Finanzkontrolle begreift. Diese Initiativen sollten aufgegriffen werden. Das aus dem INSURED-Projekt hervorgegangene Management-System – insbesondere die praxisorientierte Weiterentwicklung ‚SQM – Sustainable Quality Management®‘ – reiht sich in diese Perspektive ein.

### **3. Koordinations- und Entscheidungsfunktionen auf kleinräumiger Ebene stärken**

Auch in Hessen kann eine weitere Stärkung der lokalen und regionalen Ebene zusätzliche Handlungsspielräume in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung eröffnen. Viele Regionen in Europa versuchen dies gegenwärtig, nicht viele sind dabei so weit vorangekommen wie Hessen. Die vom Land geplante „Regionalisierung der Strukturpolitik“ kann hier einen wesentlichen Schritt vorwärts bedeuten und einen wegweisenden Beitrag leisten.

Im Politikbereich ländlicher Raum wurden in Hessen und besonders auch in Mittelhessen erfolgreiche Ansätze für eine verstärkte Verantwortung der kleinregionalen Ebene entwickelt. Man hat gute Erfahrungen mit dezentralisierten Programmen und dezentralisierten Verwaltungsstrukturen sammeln können. Mit relativ geringen Mitteln wurde ein erhebliches Potential an Kreativität freigesetzt. Diese Erfahrungen sollten aufbereitet und auch für andere Tätigkeitsbereiche der Landesregierung gezielt genutzt werden. Auch über Hessen hinaus sind diese Erfahrungen von Interesse. Zur erfolgreichen Wahrnehmung von Verantwortung auf kleinregionaler Ebene sind nicht nur Entscheidungskompetenzen, sondern auch angemessene Mittel und Methoden für die Anregung von Aktivitäten, die Erarbeitung von Entwicklungszielen, die Koordination und den Erfahrungsaustausch vorzusehen.

### **4. Die Fähigkeit zur Zusammenarbeit in Mittelhessen gezielt fördern**

Eine wesentliche Schwäche Mittelhessens besteht in der Schwierigkeit, zwischen historisch gewachsenen Teilregionen zusammenzuarbeiten. Eine Regionalisierung der Strukturpolitik kann hier zu einer positiven Entwicklung beitragen, indem sie die verschiedenen Ebenen anerkennt und den Dialog über die zukünftige Entwicklung sowohl auf kleinregionaler Ebene als auch in größeren Zusammenhängen durch die Delegation von Kompetenzen und die Finanzierung geeigneter Animations- und Koordinationseinrichtungen fördert. Vor allem aber können die Akteure in der Region vielfältig selbst dazu beitragen:

- Z. B. durch Foren für die Diskussion über gemeinsame Visionen und Projekte. Die vom Ansatz her wichtige, aber in ihrer Dynamik erlahmte Mittelhessenrunde sollte durch neue Diskussionsformen und eine gemeinsame Zieldebatte belebt werden. Auf niedrigeren Ebenen sollten ähnliche, zunächst experimentelle, Gelegenheiten geschaffen werden. Neue Moderations- und Kommunikationsmethoden sollten verstärkt eingesetzt werden.
- Gegenseitiges Vertrauen, Verständnis und Interesse kann insbesondere auch durch gemeinsame kulturelle Aktivitäten gefördert werden. Jegliche Art von Austausch innerhalb der Region ist der Kooperation förderlich. Kulturelle Einrichtungen, Schulen, Vereine etc. könnten gezielt angeregt werden, sich mit den verschiedenen Teilen der Region zu befassen.
- Gute gegenseitige Information ist für eine gute Kooperation unerlässlich. Nicht nur Außenstehende, sondern wahrscheinlich auch viele Menschen in der Region haben Mühe, sich von der Region Mittelhessen – oder von Teilen von ihr – und den dort stattfindenden Aktivitäten ein deutliches Bild zu machen. Die Information über Aktivitäten in der Region kann mit heutigen technischen Mitteln ohne großen Aufwand verbessert werden.

## **5. Neuartige (intermediäre) Strukturen fördern**

In den letzten Jahren ist in Hessen erfolgreich mit neuartigen, flexiblen Strukturen experimentiert worden, die öffentliche Aufgaben in der regionalen Entwicklung übernehmen, aber privat organisiert sind. Obwohl nicht formal demokratisch legitimiert, haben derartige Strukturen für die Kommunikation, die Zusammenarbeit und die Partizipation in ihren Kleinregionen teilweise eine wichtige Funktion erlangt und befruchtend auf die etablierten Institutionen gewirkt. Derartige Strukturen sollten weiterhin gefördert und ausgebaut werden.

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern und Regionen hat Hessen eine sehr ausdifferenzierte Verwaltungsstruktur, in der bis auf die lokale Ebene hinunter alle Kompetenzen detailliert geregelt sind. Neue Entwicklungsdynamik entsteht offensichtlich vor allem dann, wenn diese Strukturen herausgefordert werden. Das Schaffen neuer, konkurrierender – u.U. ebenfalls öffentlicher – Strukturen anderen Zuschnitts kann vor allem dann befruchtend wirken, wenn eine öffentliche Debatte darüber stattfindet. In vielen Fällen kann dies wesentlich empfehlenswerter sein, als die Übertragung bislang öffentlicher Aufgaben an private Monopolbetriebe.

## **6. Von guten Beispielen lernen**

In Mittelhessen gibt es eine große Anzahl guter Beispiele für erfolgreiche Bemühungen in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung. Häufig sind sie jedoch wenig bekannt. Auch ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum gegenseitigen Lernen verbesserungsfähig. Besondere Aktionen, die diese Beispiele bekannt machen und die das gegenseitige Lernen verbessern, könnten auf lokaler und auf regionaler Ebene unternommen und auch vom Land unterstützt werden. Eine einfache technische Möglichkeit besteht darin, gute Beispiele über das Internet zugänglich zu machen. Doch ist für gegenseitiges Lernen ein gemeinsames Begriffssystem notwendig, das die Erfolgsbedingungen und den Erfahrungshintergrund beschreiben kann. Das im INSURED-Projekt vorgeschlagene Begriffssystem wurde für einen solchen Erfahrungsaustausch entwickelt und in verschiedenen Zusammenhängen erfolgreich getestet. Die Datenbank SQM-experience ist ein erster Versuch, einen darauf basierenden Erfahrungsaustausch mit Hilfe von Software zu unterstützen.

## **7. Erfahrungsaustausch in der Region und über die Region hinaus intensivieren**

Der europäische Erfahrungsaustausch ist eine unterschätzte und wenig genutzte Ressource. Auch im INSURED-Projekt hat sich gezeigt, dass europäische Regionen sehr wertvolle Anregungen und Hilfestellungen voneinander bekommen können. Gerade im Bemühen, unter dem Begriff Nachhaltige Entwicklung innovative Entwicklungsansätze und Formen der Zusammenarbeit voran zu bringen, können Kooperation und Austausch zwischen verschiedenen Regionen wichtige Impulse geben. Voraussetzung dafür ist eine gemeinsame Sprache und die sorgfältige Beachtung der Unterschiede. Für beides liefert der INSURED-Ansatz eine brauchbare Grundlage, die Hessen in seine Kooperationen einbringen könnte. Die Region Emilia-Romagna arbeitet bereits damit. Mittelhessen könnte insbesondere mit folgenden Formen initiativ werden:

- Regelmäßiger mehrmonatiger Austausch von Verwaltungsangehörigen mit Partnerregionen
- Dialogprojekte zwischen Fachleuten in mehreren Regionen
- Gemeinsame Evaluation von Strukturfonds-Programmen in zwei oder drei Partnerregionen

Alle derartigen Aktivitäten sind zunächst aufwendig und stören den eingefahrenen Verwaltungsablauf. Innovation ist aber auch im öffentlichen Sektor nicht ohne produktive Verunsicherung und Risiko möglich.

## **8. Erfolge nach außen darstellen**

Mittelhessen und Hessen haben im nationalen und internationalen Zusammenhang im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung aufgrund ihrer schon langjährigen Bemühungen viel zu bieten. Sie sollten diese Errungenschaften zu ihrer eigenen Profilierung stärker und bewusster nutzen und nach außen bekannt machen. Dies lässt sich mit der oben empfohlenen internen Verbreitung guter Beispiele verbinden. Mittelhessen, das sich immer etwas im Schatten des wirtschaftlich leistungsstärkeren Südhessen sieht, kann hier auf besondere Leistungen verweisen und sein Bemühen um nachhaltige Entwicklung als ein besonderes Merkmal herausarbeiten.

## **Anhang 2: Die Mitglieder der Begleitgruppe**

**Herr Carle**, Amt für Wirtschaft und Verkehr, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Marburg

**Herr Dr. Cuny**, Hessisches Ministerium f. Wirtschaft, Wiesbaden

**Herr Dr. Dieckhoff**, Rationalisierungskuratorium der dt. Wirtschaft e.V., Eschborn

**Herr Ingo Dienstbach**, Transferzentrum Mittelhessen, Gießen

**Herr Roland Erlebach**, ZAUG, Gießen

**Frau Heidi Hentschel-Lippold**, Frauenbüro des Landkreises Gießen, Gießen

**Frau Dr. Claudia Gallikowski**, Hess. Landesanstalt f. Umwelt, Wiesbaden

**Herr Gerharz**, Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH, Limburg/Lahn

**Herr Hölscher**, Stadtplanungsamt Gießen, Gießen

**Herr Idel**, Landkreis Gießen, Gießen

**Herr Dr. Köhler-Hälbig**, Amt für Arbeit und Umwelt, Vogelsbergkreis, Lauterbach

**Herr Martin Krauß**, Regierungspräsidium Gießen, Abteilung Regionalplanung, Gießen

**Herr Lindenmeier**, DGB Mittelhessen, Gießen

**Herr Lüdecke**, Marburg

**Herr Klaus Messerschmidt**, Stadt Wetzlar, Wetzlar

**Herr Orth**, Kreisausschuss des Lahn-Dill Kreises, Amt für Strukturentwicklung und Beschäftigungsförderung, Wetzlar

**Herr Rothkegel**, BUND Hessen, Mörfelden-Walldorf

**Frau Rüschenndorf**, Hess. Landesamt für Regionalentwicklung, Kassel

**Frau Singer-Posern**, Hess. Landesanstalt für Umwelt, Wiesbaden

**Frau Schön**, Wirtschaftsförderung Stadt Gießen, Gießen

**Herr Dr. Schubert**, IHK Gießen, Gießen

**Herr Dr. Jochen Stauder**, Stabstelle Wirtschaftsförderung Marburg

**Frau Weg**, Hess. Ministerium f. Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Wiesbaden

-

## Anhang 3: SWOT-Analyse der verschiedenen politischen Steuerungsansätze

### “Steuerung” durch die Landesverwaltung

<b>Stärken</b>	<b>Schwächen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Steuerung interregionaler Mittelverteilung</li> <li>• Spezifische Problemkenntnis (Integration dezentraler Erfahrungen)</li> <li>• Effiziente Genehmigungspraxis</li> <li>• Landesweit einheitliche Genehmigungsstandards)</li> <li>• Institutionelle Absicherung der Programmdurchführung</li> <li>• Finanzmittel</li> <li>• Legitimation</li> <li>• Konzentration knapper öffentlicher Mittel</li> <li>• Verfolgung von interregionalen Verteilungszielen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• teilweise mangelnde Transparenz</li> <li>• intersektorale Kooperation/ Koordination vielfach nicht sichtbar oder nicht vorhanden</li> <li>• Einzelmaßnahmen ohne regionalen Bezug</li> <li>• Ressort-Egoismus einzelner Verwaltungseinheiten</li> </ul>
<b>Gefahren</b>	<b>Chancen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mangelnde Ressourcen</li> <li>• Programmwirkungen widersprüchlich</li> <li>• Konflikte mit lokalen Prioritätensetzungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Intensivierung der Abstimmungspraxis</li> <li>• Regionale Einbettung von Einzelmaßnahmen</li> <li>• Verringerung direkter politischer Intervention</li> </ul>

### “Steuerung” durch intermediäre Organisationen

<b>Stärken</b>	<b>Schwächen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regionale Einbindung,</li> <li>• u.a. Nähe zu politischen Entscheidungsträgern</li> <li>• Problemorientierung</li> <li>• Umsetzungsorientierung</li> <li>• Mobilisierung lokaler Kompetenz</li> <li>• Partnerschaft und Netzwerkbildung werden forciert</li> <li>• Transparenz und Partizipation</li> <li>• Intraregionaler Interessenausgleich</li> <li>• Integrierte Projekte</li> <li>• Integration durch gezielte Kombination von Projekten (Diversität)</li> <li>• Nutzung der Ressourcen verschiedener Ministerien/Programme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• interregionaler Ausgleich auf Landes- und Bundesebene außerhalb der Perspektive</li> <li>• Abhängigkeit von Innovatoren/ “Change Agents” in Schlüsselpositionen</li> <li>• zufällige Dominanz einzelner Akteure</li> <li>• eindimensionale Orientierung, wenn öffentliche Mittel nur aus einem Politikbereich stammen</li> </ul>



<b>Gefahren</b>	<b>Chancen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abbruch der Entwicklung</li> <li>• wegen unsicherer mittel- und langfristiger Finanzierung (Subventionsabbau)</li> <li>• kann zu besonderer Frustration lokaler Akteure führen</li> <li>• Bedeutungsverlust für gewählte Repräsentationsgremien (Stadt-/ Kreis)</li> <li>• Legitimationsverlust für intermediäre Organisationen (Privatisierungsdebatte)</li> <li>• Verselbständigung/ Abkoppelung von Erfolgsmodellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung regionaler Identität</li> <li>• Entwicklung spezifischer Entwicklungsleitbilder</li> <li>• Effiziente Nutzung endogener Potentiale durch angepasste Strategien</li> </ul>

### Ko-Existenz der unterschiedlichen “Steuerungsmodelle”

<b>Stärken</b>	<b>Schwächen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erweiterte Problemwahrnehmung, dadurch, dass lokale/regionale Perspektive gestärkt wird</li> <li>• Verschiedene Problemlösungsansätze mit unterschiedlicher Perspektive ergänzen sich (z.B. hat Land interregionale Sicht und Region kennt sich mit eigenen Problemen besser aus)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhter Koordinationsbedarf</li> <li>• Unsichere Situation für die intermediären Organisationen, solange sie nicht offiziell als ergänzendes Modell anerkannt wurden</li> </ul>
<b>Gefahren</b>	<b>Chancen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Konkurrenz um knappe öffentliche Mittel</li> <li>• Land verliert die Kontrolle über einen Teil der Mittel</li> <li>• Prozessorientierung statt Problemorientierung</li> <li>• Gegenseitige Blockade der Promotoren unterschiedlicher Steuerungsansätze</li> <li>• Gegenseitige Blockade sektoraler Politiken</li> <li>• Einseitigkeit/Ausschluss von spezifischen Steuerungsmodellen</li> <li>• Überforderung von Bürgerinnen und Bürgern, welche die “Landschaft” der Institutionen überblicken müssen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ergänzung der positiven Seiten beider Ansätze ist möglich</li> <li>• mehr Wissen über spezifische lokale und regionale Situationen kann konzentriert gesammelt und auch dem Land zur Verfügung gestellt werden</li> <li>• für jede Problemlage der angepasste Lösungsansatz</li> <li>• verschiedene Ansätze können voneinander lernen</li> <li>• Aufgreifen der lokalen und regionalen Dynamik aus den bestehenden Ansätzen</li> </ul>



## **Anhang 4: Zusammenfassung des INSURED – Hauptberichts**

### **Organisatorischer Rahmen**

Das INSURED-Projekt wurde von der Europäischen Kommission - Generaldirektion XII - im Rahmen des Programms Umwelt und Klima 1994-1998 finanziert. Mittel zur Kofinanzierung wurden von der österreichischen Bundesregierung, der Hessischen Landesregierung, sieben Landkreisen und Städten in Mittelhessen sowie von der Schweizer Bundesregierung und der italienischen Region Toskana zur Verfügung gestellt. Das Projekt wurde im April 1996 begonnen und endete im Juni 1998.

Die Projektpartner waren: EURES, Freiburg, Deutschland (Ruggero Schleicher-Tappeser), in der Funktion des Koordinators für das europäische Forschungsteam; ÖAR, Wien, Österreich (Robert Lukesch); SIASR, St. Gallen, Schweiz (Alain Thierstein); SICA, Dublin, Irland (Gerry Sweeney); SRS, Florenz, Italien (Filippo Strati). Das Büro SICA war weiterhin assoziiert mit dem Dublin Institute of Technology (Consultancy and Research Unit for the Built Environment) und mit dem St. Patrick's College Maynooth (Centre for Local and Regional Development, CLRD, Co. Kildare). Das Büro SRS war assoziiert mit dem Fachbereich Chemie an der Universität Siena (Professoren Enzo Tiezzi, Riccardo Basosi und Claudio Rossi).

Das Projekt baute im wesentlichen auf Fallstudien in fünf europäischen Regionen auf: Mittelhessen - Deutschland; Untere Steiermark - Österreich; Mittelwesten - Irland; Toskana - Italien; St.Gallen/Appenzell - Schweiz. In jeder dieser Untersuchungsregionen wurde eine Begleitgruppe aus lokalen Experten und Repräsentanten öffentlicher und privater Institutionen zusammengestellt, die das Forschungsteam durch Diskussionen über und Vorschläge zu den grundlegenden Zielen, der Projekt-Orientierung, Methodik und Ergebnissen des INSURED-Projektes unterstützten.

### **Ziele und Hauptergebnisse des INSURED Projektes**

Die ursprünglichen Ziele des INSURED Projektes waren:

- Die Entwicklung eines gemeinsamen Bewertungsrahmens für Politiken der regionalen Entwicklung im Hinblick auf Nachhaltigkeit unter Nutzung qualitativer Indikatoren.
- Die Auswertung von Erfahrungen mit erfolgreichen Ansätzen nachhaltiger Regionalentwicklung in verschiedenen europäischen Ländern.
- Die Identifizierung von "Schlüsselfaktoren für Nachhaltigkeit" einschließlich rechtlicher, institutioneller, kultureller und finanzieller Aspekte sowie praktischer Managementaspekte.
- Die Herausarbeitung geeigneter Instrumente zur Förderung nachhaltiger regionaler Entwicklungspolitiken.
- Die Formulierung von Empfehlungen für die verschiedenen Handlungsebenen bezüglich des Einsatzes verbesserter Instrumente, angemessener Institutionen und effektiver Umsetzungsverfahren.

Die Hauptergebnisse des Projektes sind:

- ein konzeptioneller Analyserahmen für nachhaltige regionale Entwicklung, der sich als nützlich für die Regionen selbst sowie für den europaweiten Dialog erwiesen hat
- Fallstudien aus fünf europäischen Regionen, die helfen, die Dynamik nachhaltiger regionaler Entwicklung zu verstehen und die interessante Beispiele für 'Best Practice' beinhalten

- ein differenzierter Rahmen für die Bewertung und die Überwachung von Situationen, Aktionen und Programmen sowie für die Erarbeitung von Strategien, den wir das "System für das Qualitätsmanagement Nachhaltiger Regionalentwicklung" nennen.
- eine Reihe von Beispielen für Instrumente, Handlungsoptionen und Unterstützungsmöglichkeiten, die auf den interessantesten Ergebnissen der Fallstudien basieren
- ein Empfehlungskatalog.

Stellt man die Ergebnisse den ursprünglichen Zielvorstellungen gegenüber, so wird deutlich, dass die meisten Ziele erreicht worden sind. Es wurde ein „Management Framework“ entwickelt, das es ermöglicht, geeignete Politik-Instrumente auf dem Hintergrund der jeweiligen, spezifischen Situation zu entwickeln und zu bewerten. Die Ergebnisse dieses Projektes beinhalten keine einfach abzuhakende Checkliste und keine einfachen Rezepte. Die Ergebnisse bilden einen konzeptionellen Analyserahmen für ein herausforderndes Thema, die Beschreibung sehr interessanter Erfahrungen in einer gemeinsamen 'Sprache' und einen Handlungsrahmen für das praktische Management, der die Arbeit von Akteuren, Politikern und Administratoren auf allen Handlungsebenen erleichtern dürfte.

Diese Ergebnisse werden in den folgenden Abschnitten dargestellt.

### **Der Aufbau des Forschungsprojektes**

Das Durchführung Forschungsprojekt umfasste folgende Phasen:

- Entwicklung eines vorläufigen theoretischen Analyserahmens
- Vergleichende Beschreibung der fünf europäischen Regionen
- Empirische Analyse der in den fünf europäischen Regionen gemachten Erfahrungen
- Vergleich der Erfahrungen, Überarbeitung des Analyserahmens, Erarbeitung eines gemeinsamen, praktischen, integrativen Ansatzes und Formulierung von Empfehlungen

Die Methodik war insgesamt eher explorativ und flexibel genug, um neue Perspektiven zu entdecken und neue Pfade auf weitgehend unerforschtem Terrain zu finden, anstatt sich starr an der Bestätigung oder Widerlegung klar definierter Hypothesen zu orientieren.

Die Konfrontation unterschiedlicher Fachrichtungen und Kulturen, das Experimentieren mit leicht voneinander abweichenden Ansätzen, die Zurückleitung der Ergebnisse an lokale Akteure aus sehr unterschiedlichen Zusammenhängen, all das waren unerlässliche, aber nicht immer einfache Bestandteile der Arbeitsweise.

### **Entwicklung eines vorläufigen theoretischen Analyserahmens**

Die Entwicklung eines im europäischen Zusammenhang praktisch einsetzbaren, konzeptionellen Rahmens für diesen schwierigen Bereich erforderte intuitive Kreativität in Kombination mit einer systematischen Herangehensweise. Die Erarbeitung eines vorläufigen theoretischen Analyserahmens stellte sich als schwieriger heraus, als die meisten der Projektpartner vermutet hatten. Es wurde eine Übersicht über die Diskussionen der vergangenen Jahrzehnte zur nachhaltigen Entwicklung (NE, engl. SD) und zur Regionalentwicklung (RE, engl. RD) erstellt, die zu einem ersten Entwurf eines Konzeptes der nachhaltigen regionalen Entwicklung (NRE, engl. SRD) führte.

Die ursprüngliche Hoffnung, sich auf eine relativ kurze Liste relativ konkreter Kriterien und Indikatoren einigen zu können, konnte nicht erfüllt werden. Der Begriff der Nachhaltigkeit erwies sich statt dessen als ein sehr breites, grundlegendes Konzept, welches sich in etliche Bestand-

teile aufspalten lässt, die wiederum im Zusammenhang der jeweiligen spezifischen Umstände interpretiert werden müssen.

In der Konfrontation mit unterschiedlichen Herangehensweisen, Interpretationen, Gewichtungen und Wahrnehmungen wurde versucht, einen breiten Analyserahmen zu entwickeln - eine gemeinsame Sprache, die Verständigung und Diskussion ermöglichen würde. Das formale Ergebnis war ein Set von zehn Komponenten der Nachhaltigkeit, das sich für die qualitative Bewertung von Programmen und Maßnahmen in der regionalen Entwicklung einsetzen lässt (siehe untenstehende Tabelle). Als besonders hilfreich in den späteren Arbeitsphasen erwies sich die Einbeziehung von vier 'systemischen Prinzipien': Vielfalt, Subsidiarität, Netzwerkbildung und Partnerschaft, Partizipation.

### **Vergleichende Beschreibung der fünf europäischen Regionen**

Die Annäherung an die Region beinhaltete zunächst eine allgemeine Beschreibung auf der Basis eines gemeinsamen Rahmens, der den Vergleich zwischen den Regionen ermöglichte. Die zehn Komponenten der Nachhaltigkeit wurden in diesem Zusammenhang noch nicht herangezogen. Die Beschreibungen waren recht umfangreich und folgten einem Strukturmodell, in dem sektorale mit territorialen Ansätzen und analytische mit holistischen Darstellungen verbunden wurden. Diese Momentaufnahme der Region wurde dynamisiert, indem die jüngere Vergangenheit und zukünftige Trends, sowie die Verbindungen der Region nach außen berücksichtigt wurden.

Jeder der Projektpartner entwickelte:

- eine Beurteilung des derzeitigen Status des Humankapitals, des künstlichen und des natürlichen Kapitalstocks
- eine Zusammenstellung interessanter, innovativer Aktionen ('bottom-up') und unterstützender Maßnahmen ('top-down')
- eine regionale SWOT-Analyse.

### **Empirische Analyse der in den fünf europäischen Regionen gemachten Erfahrungen**

Die empirische Analyse der Erfahrungen in Bezug auf Nachhaltige Entwicklung war in Form einer zweischichtigen Untersuchung angelegt: eine 'top-down' -Analyse untersuchte ausgewählte Politikbereiche, Institutionen und Instrumente der europäischen, nationalen und regionalen Ebene und eine 'bottom-up'-Analyse betrachtete einzelne Projekte und Entwicklungsprogramme in den Untersuchungsregionen.

Dieser zweischichtige Ansatz wurde als notwendig betrachtet, um die Interaktionen zwischen Politiken, Instrumenten und lokalen Handlungen zu verstehen.

Die 'top-down'-Analyse der unterstützenden Maßnahmen basierte auf einem breiten methodischen Rahmen. Die abzudeckenden Politikfelder umfassten:

- Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik
- Landwirtschafts- und Ländliche Entwicklungspolitik
- Ein weiteres Politikfeld, wo angemessen.

Die zu analysierenden Programme wurden von den einzelnen Forschungsteams, oft in Zusammenarbeit mit ihrer jeweiligen regionalen Begleitgruppe, ausgewählt.

Die 'top-down'-Analyse machte deutlich, dass zwischen den Regionen große Unterschiede bestehen, die den direkten Vergleich der Politiken schwierig gestalteten. Daher wurde die Methodik im Anschluss an diese Arbeitsphase überarbeitet und verschob sich mehr in Richtung einer

Analyse der Beziehungen zwischen unterstützenden Maßnahmen und innovativen Aktionen, sowie in Richtung einer Untersuchung der Kommunikationsmuster und der Kooperation. Nur in diesen Bereichen schien es möglich, zu allgemeingültigen Schlüssen zu gelangen.

Die Auswahl der innovativen Aktionen wurde ebenfalls von den einzelnen Forschungsteams in Zusammenarbeit mit ihren regionalen Begleitgruppen getroffen. Die Auswahl spiegelt somit deren kulturellen Erfahrungshintergrund, die Zusammensetzung der regionalen Begleitgruppe und persönliche Präferenzen der Mitarbeiter wieder. Der Vorteil dieses Ansatzes ist, dass unterschiedliche Interpretationen im Hinblick auf die Wichtigkeit oder den innovativen Charakter der Aktionen berücksichtigt werden können, was im Einklang mit dem explorativen Charakter des INSURED-Projektes steht. Andererseits wird so ein systematischer Vergleich erschwert, denn die Auswahl der Aktionen fand nicht auf der Basis klar definierter Kriterien statt. Gleichmaßen wurde auch die Methodik für die Fallstudien in mehrfachen, intensiven Diskussionen nur allgemein festgelegt. Im Detail wurde viel Spielraum gelassen für die Erkundung neuartiger Ansätze, was letztendlich zu einer weiteren Verfeinerung des ursprünglichen Rahmens führte. Das Ergebnis der Analyse der lokalen Projekte hat bestätigt, dass Programme und Aktionen in starkem Maße von ihrem spezifischen Kontext abhängig sind.

### **Vergleich der Erfahrungen und Erweiterung des Analyserahmens**

Der gemeinsame Analyserahmen für die empirischen Fallstudien basierte auf den zehn Komponenten der Nachhaltigkeit, die in dem vorläufigen theoretischen Analyserahmen entwickelt und durch einige weitere Kategorien und Fragestellungen erweitert worden waren. Dieser Rahmen hat sich als nützlich erwiesen für die Bewertung der Orientierung in Richtung Nachhaltigkeit und um Fragen zu Erfolgsfaktoren und zur Veränderungsdynamik aufzuwerfen. Allerdings musste eine Reihe zusätzlicher, versuchsweiser Konzepte entwickelt werden, um die soziale Dynamik, die immer stärker unsere Aufmerksamkeit auf sich zog, beschreiben zu können. Es erschien wünschenswert, den Analyserahmen systematisch in diesem Sinne weiterzuentwickeln.

Nach dem Abschluss der empirischen Fallstudien, identifizierten die Projektpartner rund 60 Schlüsselfaktoren für erfolgreiche nachhaltige Entwicklung in einer gemeinsamen Brainstorming-Sitzung. Diese Faktoren wurden anschließend umgruppiert, umstrukturiert und zu 16 Faktoren systematisiert, die sich dazu eignen, das 'regionale Sozialpotential' widerzuspiegeln. Diese 16 'Regionalen Schlüsselfaktoren' stellen Qualitäten eines regionalen Umfeldes dar, die nachhaltige regionale Entwicklung begünstigen. Sie sind zugleich *allen Situationen gemeinsam, unterschiedlich* und *einzigartig*. Sie sind *allen Situationen gemeinsam*, da sie sich in jedem untersuchten Kontext als relevant erwiesen haben; *unterschiedlich*, da sie sich in einem spezifischen Kontext jeweils unterschiedlich verhalten; *einzigartig*, da sie von den lokalen Akteuren unterschiedlich kombiniert werden.

Dies bedeutet, dass es kein Modell und keine Standardmethode für die Anwendung der Faktoren gibt, sondern dass eine kreative Mischung von der Fähigkeit zur Innovation abhängt, die sich im Sozialkapital (social capital) der örtlichen und regionalen Gemeinschaften ausdrückt. Daher muss jeder Akteur, der ein Förderprogramm oder eine örtliche Aktion plant, berücksichtigen, inwieweit diese Potentiale vorhanden sind, auf welche Elemente er sich stützen kann und welche Elemente am dringendsten entwickelt werden müssen. Hinter dem Konzept des 'regionalen Potentials' steht die Idee, dass eine gewisser Grad von Selbstverwaltung eines Gebietes eine Voraussetzung für Schritte in Richtung nachhaltiger regionaler Entwicklung ist. Etliche der Schlüsselfaktoren deuten in diese Richtung.

Gute Strategien beginnen mit einer weiten Sichtweise, konzentrieren sich dann aber auf einige wenige Thematiken. Während der Bearbeitung der Fallstudien wurde deutlich, dass es nicht ausreicht, die statischen 'Voraussetzungen' für erfolgreiche NRE zu betrachten, sondern dass

auch die Dynamik der Transformation, die oftmals in mehreren Phasen auftrat, zu berücksichtigen ist. Wenn man die grundlegenden Strategien betrachtet, die in diesem Zusammenhang angewandt (und kombiniert) werden können, so verbleibt nur eine geringe Anzahl. Im Laufe langwieriger Diskussionen identifizierten die Projektpartner sechs grundlegende "Transformations-Hebel".

## **Das INSURED-System für das Qualitätsmanagement Nachhaltiger Regionalentwicklung**

Der ursprüngliche, die zehn Komponenten der Nachhaltigkeit umfassende Analyserahmen, der die ORIENTIERUNG in Richtung Nachhaltigkeit darstellt, wurde um 16 Faktoren erweitert, die das regionale soziale POTENTIAL ausdrücken, und um 6 grundlegende 'Transformations-Hebel' (Strategieelemente), die eine Transformations-DYNAMIK ermöglichen.

Zusammengenommen ergeben diese drei Elemente des INSURED-Rahmens 32 recht unterschiedliche Aspekte der Nachhaltigen Regionalentwicklung. Es sollte möglich sein, innerhalb dieses integrierten Rahmens alle Diskussionen und Aktionen im Zusammenhang mit Nachhaltiger Regionalentwicklung zu strukturieren.

Anstelle einer Liste angemessener Instrumente für die Förderung von nachhaltigen regionalen Entwicklungspolitiken hat das INSURED-Projekt also ein System für das Qualitätsmanagement Nachhaltiger Regionalentwicklung geschaffen.

Aus der Diskussion um Qualitätsmanagement in Unternehmen kann man für diesen Zusammenhang viel lernen. Qualität ist ein schwer fassbarer Begriff. Es ist unbestritten, dass Qualität immer weiter verbessert werden sollte, aber für jedes Produkt sind andere Aspekte in unterschiedlichen Kombinationen ausschlaggebend, verschiedene Firmen oder Kunden teilen kaum dieselben Ansichten und selbst Minimalstandards ändern sich mit der Zeit. Qualitätsmanagement setzt daher auf der Meta-Ebene an und schreibt keine fixen Standards vor. Es befasst sich nur mit den Methoden und Verfahren, die eingesetzt werden können, um Qualitätsstandards zu erreichen oder zu übersteigen. Die Aufgabe ist es, ein optimales und transparentes Management bei der Erfüllung sehr komplexer Zielsetzungen sicherzustellen. Ein differenziertes Management-Tool kann den Prozess der Zielformulierung unterstützen und strukturieren. Die eigentlichen Entscheidungen sind aber politischer oder strategischer Natur.

Der allgemeine Rahmen für das Qualitätsmanagement Nachhaltiger Regionalentwicklung kann für die Entwicklung und Beurteilung einer endlosen Reihe von für spezifische Situationen angemessenen Instrumenten eingesetzt werden. Aus den Fallstudien ergaben sich unter Einsatz des Rahmens einige interessante Instrumente, die aber keinen vollständigen Satz für jede Situation bilden. Sie können nur als interessante Beispiele betrachtet werden.

Detaillierte Zielsetzungen für Nachhaltige Regionalentwicklung müssen im politischen Prozess auf der Basis des Nachhaltigkeitsprinzips ausgehandelt werden. Es ist möglich, dass auf der europäischen Ebene ein verbesserter Konsens bezüglich einiger Minimalanforderungen gefunden werden wird. Die Nationen, Regionen und Gemeinden müssen aber ihre eigenen, genaueren Ziele selbst formulieren. Das INSURED-System kann sich in dieser Hinsicht als sehr hilfreich erweisen. Das INSURED-System ist nicht auf die Perspektive eines Typs von Akteuren beschränkt, sondern kann aus sehr unterschiedlichen Sichtweisen heraus interpretiert werden. Die Tatsache, dass das System unterschiedliche Interpretationen zulässt, ist außerdem nicht nur nützlich in dem Sinne, dass es in unterschiedlichen Situationen angewandt werden kann. Es ermutigt auch dazu, ein Problem aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten. Zudem bietet es die Möglichkeit, die verschiedenen Rollen und Positionen unterschiedlicher Akteure zu verstehen, was eine wesentliche Bedingung für gute Verhandlungen und 'nachhaltige' Lösungen darstellt.

Systematisch eingesetzt, dürfte das INSURED-System Akteuren unterschiedlicher Art und auf verschiedenen Ebenen helfen, insbesondere die folgenden Aufgabe zu erfüllen:

1. Einschätzen von Situationen
2. Entwickeln von Strategien
3. *Ex ante* Beurteilung von Programmen, Maßnahmen und Aktionen
4. Überwachen und Unterstützen von Programmen und Aktionen
5. *Ex post* Bewertung von Programmen und Aktionen
6. Übertragen von Erfahrungen von einem Kontext auf einen anderen

Die Teile ORIENTIERUNG und soziales POTENTIAL können für die Situationsanalyse und für die Überwachung und Bewertung der Auswirkungen von Aktionen oder Programmen eingesetzt werden. Die TRANSFORMATIONS-Hebel können im Zusammenhang mit einer vorangehenden Analyse verwendet werden, um Strategien zu entwerfen. Die Gesamtkombination kann für die Beurteilung der unterschiedlichsten Instrumente genutzt werden. Der Einsatz dieses umfassenden Systems ist damit sowohl für lokale Akteure als für auch Administratoren auf der EU-Ebene, die Förderprogramme planen, interessant. Nachdem im INSURED-Projekt die theoretischen Grundlagen und die wesentlichen Elemente eines Managementsystems für NRE erarbeitet wurden, wäre es wünschenswert, auf dieser Grundlage einfach zu handhabende „Werkzeuge“ zu entwickeln, die den praktischen Einsatz des INSURED-Systems erleichtern.



## Das INSURED-System für das Qualitätsmanagement Nachhaltiger Regionalentwicklung

ORIENTIERUNG Komponenten der Nachhaltigkeit	Regionales Soziales POTENTIAL Regionale Schlüsselfaktoren	Transformations-DYNAMIK Transformations-Hebel
Entwicklung	<i>verbunden mit Diversität</i> <sup>1</sup>	D1 Problemverständnis verbessern
O1 Umwelt	P1 Erkennen einer Vielfalt von Entwicklungsvarianten	D2 Offenes und kollektives Lernen
O2 Wirtschaft	P2 Kreativität und Innovation in einer unternehmerischen Kultur, die Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft betont	D3 Verhandeln und gemeinsam entscheiden
O3 Sozio-Kultur	P3 Fähigkeit, mit Komplexität und Widersprüchlichkeit umzugehen, sowie Veränderungen vorauszusehen	D4 Erarbeitung einer gemeinsamen Vision
Chancengleichheit	P4 Offenheit, die eigene Kultur durch fremde Impulse zu bereichern und den multikulturellen Zusammenhalt zu fördern	D5 Service-Orientierung
O4 zwischen Individuen	P5 Entdeckung und Neuinterpretation von territorialen Besonderheiten und lokalen Kenntnissen	D6 „self-governance“
O5 zwischen Regionen	<i>verbunden mit Subsidiarität</i> <sup>1</sup>	
O6 zwischen Generationen	P6 Fähigkeit eines jeden, seine optimale Leistung und Befriedigung zu erreichen	
Systemische Prinzipien	P7 "Fraktale" Kompetenzverteilung unter Nutzung des Gegenstromprinzips	
O7 Vielfalt	P8 Eigenständigkeit in strategischen Entscheidungen innerhalb eines unterstützenden Rahmens	
O8 Subsidiarität	P9 Vorrangige Nutzung der eigenen Ressourcen, ohne die von anderen zu beeinträchtigen	
O9 Netzwerke und Partnerschaft	<i>verbunden mit Netzwerkbildung / Partnerschaft</i> <sup>1</sup>	
O10 Partizipation	P10 Gemeinsames Wertesystem, das wirtschaftliche, ökologische und soziokulturelle Abhängigkeiten berücksichtigt	
	P11 Sozialer Zusammenhalt	
	P12 Gelegenheit und Raum für gleichberechtigte Interaktion	
	P13 Fähigkeit zu gemeinsamer Vision	
	P14 Integration von sozialem und technischem Lernen in den Innovationsprozess	
	<i>verbunden mit Partizipation</i> <sup>1</sup>	
	P15 Zugang zu Information und zur öffentlichen Arena für alle Betroffenen	
	P16 Vielfalt von Interaktionen, unterstützt durch lokale Animatoren	

<sup>1</sup>Die durch diese Überschriften ange-deuteten Verbindungen sind nicht die einzig möglichen



## **Anhang 5: Liste weiterer interessanter Projekte in Mittelhessen**

Die folgenden Projektliste wurde auf Bitte der Auftraggeber erstellt, um über die geringe Zahl der eingehender untersuchten Projekte hinaus die Vielfalt der Aktivitäten in Hinblick auf eine Nachhaltige Entwicklung in Mittelhessen zu illustrieren. Für die Erstellung dieser Liste wurden alle Mitglieder der Begleitgruppe gebeten, Projekte zu benennen, die sie für richtungweisend halten. Die Liste erhebt in keiner Hinsicht Anspruch auf Vollständigkeit.

### *Innovative Projekte in Mittelhessen*

<b>Name</b>	<b>Ansiedlung eines Lebensmittelgeschäftes in einem Neubaugebiet in Gießen-Wieseck.</b>	<b>13</b>
<b>Ansprechpartner</b>	Wirtschaftsförderung Gießen, Tel: 0641/306-2059	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Ziel des Projektes: Errichtung von fußläufigen Einkaufsmöglichkeiten in Neubaugebiet. Investoren sahen ökonomische Tragfähigkeit nicht gegeben, da die fehlende Sondergebietsausweisung die Größe des Geschäftes limitiert. Neben der Grundstückssuche in Zusammenarbeit mit dem Liegenschaftsamt und dem Stadtplanungsamt waren zahlreiche Gespräche notwendig, um gemeinsam mit einem Investor ein ökonomisch tragfähiges Konzept zu erstellen.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Realisierungsphase	
<b>Geographischer Bezug</b>	ca. 2.000 qm.	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Wirtschaftsförderung, Liegenschaftsamt, Stadtplanungsamt, Bauordnungsamt, evangelische Kirche, Vielzahl von Investoren	
<b>Innovative Aspekte</b>	Erkenntnisprozeß: Notwendigkeit einer frühzeitigen Einbindung aller Beteiligten, insbes. Investoren, zur Planung eines solchen Vorhabens in ökologischer, ökonomischer und sozialverträglicher Hinsicht.	
<b>Name</b>	<b>Baugebiet Riehlweg Gießen</b>	<b>12</b>
<b>Träger</b>	<b>Universitätsstadt Gießen</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Stadtplanungsamt Herr Hölscher / Herr Henrich, Tel.: 0641/306-2337	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Innovative Entwicklung eines Baugebietes: Flächensparende Erschließung, Nahwärmeversorgung, Regenwassernutzung, Verringerung des Erschließungsaufwandes durch neue technische und organisatorische Ansätze, Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Vorentwurf	
<b>Geographischer Bezug</b>	4,4 ha. Größe	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Gewöhnliches Bauleitverfahren mit Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger	
<b>Innovative Aspekte</b>	Verbesserter Grundwasserschutz durch Mulden-Rigolen-System, Bauleutegemeinschaft ermöglicht frühzeitiges Kennenlernen, Informationsaustausch, gemeinsame Planungen und Eigenhilfe.	
<b>Name</b>	<b>Busbeschleunigungsprogramm Gießen</b>	<b>15</b>
<b>Träger</b>	<b>Universitätsstadt Gießen - der Magistrat -, Stadtwerke Gießen</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Herr Weißmüller, Universitätsstadt Gießen; Frau Müller, Stadtwerke Gießen, Tel.: 0641/708-326	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Ziele: Beschleunigung des Busverkehrs und Harmonisierung der Fahrzeiten im Tagesverlauf, bes. Pünktlichkeit; Maßnahmen: Bau von Busspuren, Aufrüstung bzw. Erneuerung der Steuergerätechnik und der Steuerprogramme	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Mitte 1998 sollen zwei Drittel aller LKA-Anlagen umgerüstet sein, Umsetzung des Gesamtprogramms bis 2000	
<b>Geographischer Bezug</b>	Stadtbusgebiet Gießen.	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Universitätsstadt Gießen, Stadtwerke Gießen, Land Hessen; geplant: Verkehrsverbund Gießen	
<b>Innovative Aspekte</b>	Lichtsignalanlagen-Beeinflussung mittels Infrarot-Bake	

<b>Name</b>	<b>Electronic Card Marburg</b>	<b>1</b>
<b>Träger</b>	<b>Stadtwerke Marburg</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Herr R. Schütt, Tel.: 06421 - 205-201	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Die Electronic Card ist eine anonyme Fahrkarte mit Guthaben, die aufgeladen werden kann. Die Abbuchung erfolgt berührungslos beim Ein- und Aussteigen in den Bussen, also ohne Einschleusen in ein Lesegerät. Aufgrund der Vorteile (kein Kleingeld notwendig, schnelle Wiederaufladung, verbilligte Tarife) weist die Karte eine hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung auf.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Einführung Dezember 1996	
<b>Geographischer Bezug</b>	Stadtbus-Gebiet	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Stadtwerke Marburg gemeinsam mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH.	
<b>Innovative Aspekte</b>	Berührungslose Abbuchung bringt Zeitvorteile und dadurch erhöhte Pünktlichkeit, Vereinfachung der Zahlung und der Nutzung des Tarifsystems durch den Kunden, verringerter Verwaltungsaufwand.	

<b>Name</b>	<b>Existenzgründungsinitiative: Leitbild "Marburg 2010"</b>	<b>16</b>
<b>Träger</b>	<b>Magistrat der Stadt Marburg Partner u.a.: Philipps-Universität Marburg, Transferzentrum Mittelhessen, Kammern, Kreditinstitute, Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft (RKW), Bildungsträger, Unternehmen der Region</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Dr. Jochen Stauder, Stabsstelle Wirtschaftsförderung beim OB der Universitätsstadt Marburg Tel.: 06421 - 201-558, Fax.: 06421 - 201-293, email: wifo@mailer.uni-marburg.de	
<b>Kurzbeschreibung</b>	- Erhöhung der Gründerquote mit innovativen Produkten, Verfahren und Dienstleistungen insbesondere im Hochschulbereich - Aufbau bzw. Qualifizierungs- und Beratungsangebote für Gründer - Veranstaltungen von Gründermärkten (bisher 26. Juni 1996 und 4. Juni 1997) - Herausgabe der "Informationen für Unternehmensgründer in der Wirtschaftsregion Marburg" - Förderpreis für Unternehmensgründer - Aufbau eines Unterstützungsnetzwerkes	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Weiterentwicklung im Hinblick auf Nachhaltigkeit	
<b>Geographischer Bezug</b>	Wirtschaftsregion Marburg	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Magistrat der Stadt Marburg Partner u.a.: Philipps-Universität Marburg, Transferzentrum Mittelhessen, Kammern, Kreditinstitute, Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft (RKW), Bildungsträger, Unternehmen der Region	
<b>Innovative Aspekte</b>	Die Marburger Gründungsinitiative mit den zwei Info-Märkten der Jahre 1996 und 1997 (Aktivitäten siehe unter Kurzbeschreibung) war die erste in Hessen. Sie fand überregionale Anerkennung sowie Nachahmung und wurde im Rahmen des Förderpreises der Volks- und Raiffeisenbanken 1997 prämiert.	

<b>Name</b>	<b>GWAB (Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen mbH)</b>	<b>41</b>
<b>Ansprechpartner</b>	Frau Gebig, GWAB: Hausertorstraße 47, 35578 Wetzlar	
<b>Geographischer Bezug</b>	Lahn-Dill-Kreis	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Lahn-Dill-Kreis (Sozial- u. Jugendamt, Amt f. Beschäftigungsförderung), Stadt Wetzlar, psychosoziale Einrichtungen	
<b>Innovative Aspekte</b>	Verbindung von Sozialem - Arbeit - Umwelt, Verbundmodelle im Bereich Ausbildung und Arbeitsvermittlung	

<b>Name</b>	<b>Haus der sozialen Dienste, Goldener Stern, Amöneburg-Rossdorf</b>	<b>38</b>
<b>Träger</b>	<b>Bauträger: Stadt Amöneburg; Nutzungsträger: Caritasverband der Diözese Fulda</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Stadt Amöneburg: Bgm. Haupt, Tel.: 06422/929-511; Caritasverband: Frau Hartmann, Tel.: 0661/78023; Projektbetreuung: Frau Dr. Buchenauer, Tel.: 06421/47673	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Die Einrichtung 'Haus der Sozialen Dienste' beinhaltet eine Tagespflegestätte für alte Menschen, eine Sozialstation, ein Beratungsbüro für gesundheitliche und soziale Fragen, betreute Wohnungen, Familienwohnungen, einen Bürgertreff für lokale Gruppen sowie einen Veranstaltungsraum. Sie dient somit als kleinregionales Dienstleistungszentrum, v.a. im Hinblick auf gesundheitliche und soziale Fragen. Wesentlich ist auch, daß ein wertvolles historisches Gaststättenanwesen aus dem 17. Jhd. saniert wurde, um die Einrichtung zu ermöglichen.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Abschluß der Bauarbeiten und Einweihung der Einrichtung im Sommer 1998.	
<b>Geographischer Bezug</b>	Östlicher Teil des Landkreises Marburg-Biedenkopf.	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Finanzierungsträger: Bundesministerium für Arbeit, Hessisches Sozialministerium, Hessisches Ministerium des Innern, Hessisches Wirtschaftsministerium, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Stadt Amöneburg. Nutzer: Caritasverband, Örtliche Vereinsgemeinschaft, verschiedene sozial- und gesundheitliche Beratungsstellen, Malteser-Hilfsdienst.	
<b>Innovative Aspekte</b>	Aufbau einer mehrfunktionalen, ganzheitlich orientierten Einrichtung mit Kooperation der Angebote untereinander; Öffnung der Einrichtung nach außen durch Einbindung anderer Angebots- und Beratungsträger und Raumangebote für die örtliche Bevölkerung. Breite inhaltliche-konzeptionelle Abstimmung mit Fachinstitutionen zur qualifizierten Absicherung sozialer Hilfe und Versorgung.	

<b>Name</b>	<b>High-Tech Messe 'media 97', Informations- und Kommunikationstechnik</b>	<b>42</b>
<b>Träger</b>	<b>Lahn-Dill-Kreis (Wirtschaftsförderung), Wetzlar; IHK zu Dillenburg; Kreishandwerkerschaft Dillenburg.</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Lahn-Dill-Kreis: Manfred Orth, Tel.: 06441/407-1212; Fax: -1060; e-mail: ldk.mail.edlahn-dill-kreis.de; IHK zu Dillenburg: Burghard Loewe, Tel.: 06461/9595-10; Fax: -95; e-mail: loewedi@ihk-dillenburg.de; Kreishandwerkerschaft Dillenburg: Manfred Weber, Tel.: 02771/8712-20; Fax: -30.	
<b>Kurzbeschreibung</b>	1.) Produkt- und Dienstleistungspräsentation der Wirtschaft im Dreiländereck Hessen/Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz; 2.) Zukunfts- und Standortsicherung durch neue Technologien; 3.) Vorstellung von Entwicklungen, Trends und Neuheiten; 4.) Dialogplattform für Aussteller und Besucher; 5.) Besondere Förderung von Existenzgründern. Insgesamt haben sich 80 Firmen und Institutionen an der Ausstellung beteiligt.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Für 1997 abgeschlossen, die Neuauflage für 1998 wird vorbereitet.	
<b>Geographischer Bezug</b>	Dreiländereck Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Lahn-Dill-Kreis, IHK zu Dillenburg, Kreishandwerkerschaft Dillenburg, heimische Unternehmen und Schulen durch Projektarbeiten (Sicherstellung der Stromversorgung, Kinderbetreuung, Hostessendienste, Erstellung von Homepages).	
<b>Innovative Aspekte</b>	Information über neue Technologien und regionale Unternehmen, Schaffung einer gemeinsamen regionalen Plattform zur Nutzung von Synergieeffekten, Verbindung mit der Fernsehakademie Hessen zur Weiterbildung von Autoren, Moderatoren, Redakteuren etc., CD-ROM und Internet als Informationsmedien für die Öffentlichkeit.	

<b>Name</b>	<b>Institut für Mikrostrukturtechnologie und Optoelektronik (IMO) e.V., Wetzlar</b>	<b>39</b>
<b>Träger</b>	<b>Das IMO wurde als Projekt gegründet, hat sich in der Zwischenzeit als eigenständige Firma etabliert und 'trägt sich daher selbst'.</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Frau Angelika Wegrücht, Tel.: 06441 - 9788-0	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Das IMO wurde 1989 als unabhängiges Dienstleistungszentrum für Mikrosystemtechnik gegründet und dient für kleine und mittelständische Unternehmen gemeinsam mit der hessischen Landesregierung als Plattform, neuartige Systemlösungen auf der Basis modernster Mikrotechniken zu schaffen. Außerdem soll das Innovationspotential durch die enge Kooperation verschiedener Unternehmen und Forschungseinrichtungen frühzeitig erkannt werden.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Inzwischen eigenständige Firma.	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Hessische Landesregierung sowie kleine und mittelständische Unternehmen.	
<b>Innovative Aspekte</b>	Kooperation verschiedener Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Bereich Mikrosystemtechnik und Nutzung des Synergiepotentials in der regionalen optischen, feinmechanischen und elektronischen Industrie; Schwerpunkt liegt auf der gemeinsamen Beurteilung neuer wissenschaftlicher Ergebnisse im Hinblick auf Anwendung in Produkten, der	

<b>Name</b>	<b>Interkommunaler Gewerbepark Salzbödetal</b>	<b>30</b>
<b>Träger</b>	<b>Zweckverband Interkommunaler Gewerbepark Salzbödetal, Karl-Waldschmidt-Str. 3, 35075 Gladenbach</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Bürgermeister Bartnik (Gladenbach), Tel.: 06462/201-110, Bauamtsleiter Thiemig, Tel.: 06462/201-142	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von gewerblichen Bauflächen.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Entwicklungsphase eines ersten Teilbereiches, Größe ca. acht ha.	
<b>Geographischer Bezug</b>	Verbandsgebiet in den beiden Gemarkungen Gladenbach-Dornshausen und Lohra	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Stadt Gladenbach, Gemeinde Lohra , Gemeinde Bad Endbach sowie ARLL Marburg (begleitend)	
<b>Innovative Aspekte</b>	Interkommunale Zusammenarbeit führt zur Überwindung des Konkurrenzdenkens, Schonung der Boden- und Finanzressourcen und dezentraler Konzentration.	
<b>Name</b>	<b>Interkommunales Tourismuskonzept Bad Endbach, Bichoffen, Hohenahr und Mittenahr.</b>	<b>31</b>
<b>Träger</b>	<b>Gemeinden Bad Endbach, Bischoffen, Hohenahr und Mittenahr</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Bgm. Jochen Becker, Bad Endbach, Tel. 02776/80135	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Hauptziel ist die Stärkung eines sanften Tourismus in der Region. Maßnahmen: a) Analyse des Ist-Zustandes und Entwicklung nachhaltiger Perspektiven; b) gemeinsamer Marktauftritt; c) Aufbau neuer Strukturen	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Maßnahmen a) und b) sind weitestgehend abgeschlossen	
<b>Geographischer Bezug</b>	Die vier Gemeinden als grundsätzlicher Bezugsraum, Erweiterung erwünscht. Zielgruppe: Regionaler und überregionaler Tourismus.	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Fremdenverkehrsverbände, DHOGA, IHK, Arbeitskreis Tourismus des Vereins Lahn-Dill-Bergland e.V., private Unternehmen (Hotels, Gaststätten).	
<b>Innovative Aspekte</b>	Bündelung der Aktivitäten; Planung regionaler, identitätsstiftender Vorhaben.	
<b>Name</b>	<b>Kneipp-Heilbad-Museum im Kulturhaus 'Alte Schule', Bad Endbach</b>	<b>37</b>
<b>Träger</b>	<b>Bau- und Museumsträger: Gemeinde Bad Endbach; Trägerin der Galerie: Frau Brigitte Koischwitz, 35075 Gladenbach; Träger des Kulturmanagements: Kunstvereins 'Die Palette', 35075 Gladenbach</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Herr Bürgermeister Becker, Gemeindeverwaltung Bad Endbach, Tel.: 02776/80135	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Nach der Sanierung des ehemaligen Schulgebäudes der Gemeinde aus dem 19. Jahrhundert erfolgte eine Gebäudeerweiterung. Das im Gebäude angesiedelte Museum widmet sich der Sozial-, Wirtschafts- und Alltagsgeschichte des Ortes. Betreut wird das Museum durch die Inhaberin der Kunstgalerie. Ein privater Kunstverein hat verschiedene Kulturangebote unter Einbindung des Museums und der Galerie erarbeitet und wird auch das Kulturmanagement übernehmen. Das Kulturhaus soll den örtlichen Kulturbetrieb stärken und eine Attraktion für den regionalen Fremdenverkehr werden.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Baumaßnahme und Inneneinrichtung abgeschlossen, Einweihung voraussichtlich März 1998.	
<b>Geographischer Bezug</b>	Lahn-Dill-Bergland	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Finanzierung: Hessisches Wirtschaftsministerium, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Gemeinde Bad Endbach. Nutzungskonzeption und Kulturmanagement: 'Die Palette', Kooperation mit dem Hessischen Museumsverband.	
<b>Innovative Aspekte</b>	Gelungene Partnerschaft zwischen Fachverbänden, Gemeinde, Verein und privater Künstlerin mit enger Kooperation zwischen Galerie, freiem Kulturangebot und Museum.	

<b>Name</b>	<b>KulturAtlas Mittelhessen</b>	<b>54</b>
<b>Träger</b>	<b>Projektgruppe des Regierungspräsidium Gießen</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Regierungspräsidium Gießen oder Kulturförderkreis Mittelhessen e.V., Frau Sybille Atzbach, Tel.: 0641/ 3032431	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Bestandsaufnahme aller kulturellen Institutionen und Initiativen in der Region. Veröffentlichung in neun 'Teilatanten': Band 1 'Theater und Museen'; Band 2 'Bibliotheken und Archive'; Band 3 'Bildende Kunst, Buchhandlungen und Videotheken'; Band 4 'Hochschulen, Schulen und Bildungsinstitutionen'; Band 5 'Zeitungen und Zeitschriften, Verlage, Agenturen, Rundfunk und Fernsehen, Neue Medien'; Band 6 'Kulturvereine, Veranstaltungsreihen, Volkskultur und Volkssprache'; Band 7 'Gesangvereine, Orchester, Konzerte und Festivals'; Band 8 'Architektur, Plastiken und Denkmäler', Band 9 'Kulturpreise und Stipendien, Kulturämter'.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Teilweise abgeschlossen, Bände 1,2,4,9 bereits erschienen.	
<b>Geographischer Bezug</b>	Regierungspräsidium Gießen / Mittelhessen	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Projektgruppe der Mittelhessenrunde	
<b>Innovative Aspekte</b>	Vorbildcharakter für Kulturatlanten auf Landkreisebene (z.B. Marburg-Biedenkopf), zentrale Informationsbereitstellung für den kulturellen Bereich.	
<b>Name</b>	<b>Kulturhaus Kornhaus Biedenkopf</b>	<b>36</b>
<b>Träger</b>	<b>Bauträger: Stadt Biedenkopf, Der Magistrat</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Stadt Biedenkopf: Herr Bürgermeister Bolldorf oder Frau Kulturbeauftragte D. Kepper. Projektbüro: Dr. Buchenauer, Tel.: 06421/47673.	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Nach Sanierung und Umbau des städtebaulich bedeutsamen Raiffeisenlagers soll eine lebendige Kulturstätte mit breitem Angebot und Möglichkeiten für verschiedene kulturelle Gruppen entstehen. Das Kulturhaus soll die touristische Attraktivität von Stadt und Region stärken und an das regionale (Rad-)Wandernetz angebunden werden.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Konzeption liegt vor.	
<b>Geographischer Bezug</b>	Stadtgebiet Biedenkopf und Region Lahn-Dill-Bergland.	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Arbeitsgemeinschaft aus Vertretern der Stadt und städtischer Vereine sowie regionaler Kultur- und Fremdenverkehrseinrichtungen. Außerdem verschiedenste kulturelle Gruppen und Anbieter, Gastronomie, Kultur- und Fremdenverkehrsamt der Stadt.	
<b>Innovative Aspekte</b>	Verzahnung lokaler und regionaler Anbieter, um eine breite kulturelle Angebotspalette aufzubauen. Bei der Trägerschafts- und Organisationsentwicklung zeichnet sich eine öffentlich-private Partnerschaft ab.	
<b>Name</b>	<b>Ökologischer Gewerbepark Wettenberg (Ökologisch optimierter Gewerbepark Krofdorf-Gleiberg Süd)</b>	<b>48</b>
<b>Träger</b>	<b>Gewerbe- und Umweltpark Wettenberg GmbH</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Geschäftsführer Dipl.-Verw. Thomas Brunner	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Erschließung von ca. 13,5 ha Gewerbefläche unter Berücksichtigung hoher ökologischer, städtebaulicher und landschaftsplanerischer Ansprüche, angestrebte hohe Beschäftigungsdichte (75/ha), zentrale Brauchwasser- und Nahwärmeversorgung, Integration des Gebietes in den Verkehrsbund	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Grundstücke sind in der Vermarktung	
<b>Geographischer Bezug</b>	Mittelhessen	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Land Hessen, Gemeinde Wettenberg	
<b>Innovative Aspekte</b>	Betonung des ökologischen Prinzips in der Erschließung eines neuen Gewerbegebietes	



<b>Name</b>	<b>Regionale Weiterbildungsbörse (RWB)</b>	<b>43</b>
<b>Träger</b>	<b>Lahn-Dill-Kreis (Wirtschaftsförderung), Wetzlar; IHK zu Dillenburg; Eigenbetrieb Lahn-Dill-Akademie, Dillenburg.</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Lahn-Dill-Kreis: Manfred Orth, Tel.: 06441/407-1212; Fax: -1060; e-mail: ldk.mail.edlahn-dill-kreis.de; IHK zu Dillenburg: Burghard Loewe, Tel.: 02771/842-178; Fax: -199; e-mail: richteredihk-dillenburg.de; Eigenbetrieb Lahn-Dill-Akademie Dillenburg: Günter Steinbach, Tel.: 02771/6084; Fax: 24304; e-mail: Infoedlahn-dill-akademie.de.	
<b>Kurzbeschreibung</b>	1.) Erfassung des kompletten Weiterbildungsangebotes der Region in einer Datenbank; 2.) Übertragung der Daten auf eine CD-ROM; 3.) Bereitstellung im Internet.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Erste Phase abgeschlossen - derzeit Marketingmaßnahmen zur Einbindung von Weiterbildungsträgern.	
<b>Geographischer Bezug</b>	Region Lahn-Dill.	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Lahn-Dill-Kreis (Wirtschaftsförderung), Wetzlar; IHK zu Dillenburg; Eigenbetrieb Lahn-Dill-Akademie, Dillenburg; Realisation durch FA. Internet Management GmbH, Herborn.	
<b>Innovative Aspekte</b>	Mit der RWB ist im Zeitalter neuer Kommunikationstechniken eine Angebotsübersicht geschaffen, die aktuell, schnell, übersichtlich, komplett und kostengünstig allen Nachfragern nach Weiterbildung dienlich ist. Außerdem ermöglicht die Struktur, die in der Region ansässigen Weiterbildungsträger (auch Firmen) in dieses Konzept einzubinden und das Dienstleistungsangebot im Bereich der beruflichen Schulen nachhaltig zu verbessern.	
<b>Name</b>	<b>Sport- und Freizeitpark in der Spielburgkaserne Wetzlar</b>	<b>40</b>
<b>Träger</b>	<b>Turnverein Wetzlar 1847 e.V., Frankfurter Str. 1, 35578 Wetzlar</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Herr Gerd Braun, Tel.: 06441/45051 oder Herr Detlav Lange, Tel.: 06441/42607.	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Der Verein hat zur Erweiterung seines Übungs-, Wettkampf- und Kursangebot eine Doppelturnhalle, Kleiderkammern, ein Gebäude mit Turnhalle und Kino sowie ca. 19.000qm Gelände erworben. Auf dem Freigelände soll in Zusammenarbeit mit Umweltorganisationen ein ökologisches Projekt realisiert werden. Die ökologische Bestandsaufnahme wurde mit Schülern des Biologie-Leistungskurses der Goetheschule Wetzlar bereits durchgeführt. Der Kinoraum soll als Theater- und Kinoraum wiedergenutzt werden.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Die Sanierung einzelner Gebäudeabschnitte sowie die ökologische Bestandsaufnahme sind abgeschlossen.	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Finanzierung: TV Wetzlar, Stadt Wetzlar, Land Hessen, Landessportbund Hessen; Umweltprojekt: Jahrgangsstufe 12 des Biologie-Leistungskurses Goetheschule Wetzlar, Vertreter von Umweltorganisationen; Kulturprogramm: Programm kino Traumstern Lich, Theatering Wetzlar, Besenkammerspiele Wetzlar, Leistungskurs Kunst der Goetheschule Wetzlar.	
<b>Innovative Aspekte</b>	Integration von kulturellen und ökologischen Aspekten. Kooperation verschiedener Einrichtungen und Verbände.	
<b>Name</b>	<b>Städtenetz Lahn-Sieg-Dill im Rahmen des ExWoSt-Forschungsprogramms des BMBau</b>	<b>50</b>
<b>Träger</b>	<b>Städte: Marburg, Gießen, Wetzlar, Herborn, Dillenburg, Haiger, Betzdorf, Siegen.</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Frau Wiltschek-Bergmann, Stadt Gießen, Postfach 110820, 35353 Gießen, Tel.: 0641/ 306-2059.	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Zusammenarbeit im kulturellen Bereich; Modernisierung der Verwaltung; Stadtentwicklung durch Flächenmanagement, bes. bei Konversionsflächen; grenzüberschreitende Koordination von ÖPNV und Radwegenetzen.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Projekt endet 1998; weitere Kooperation des Städteneetzes mit anderen Themen ist geplant.	
<b>Geographischer Bezug</b>	Die o.g. Städte in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Neben den Städten sind die Landesplanungsbehörden der drei Bundesländer sowie die HLT Gesellschaft für Forschung und Entwicklung, Wiesbaden, beteiligt.	
<b>Innovative Aspekte</b>	Intensiver Informationsaustausch auf der Management-Ebene über die Grenzen der Bundesländer hinweg.	

<b>Name</b>	<b>Standortinformationszentrum Mittelhessen</b>	<b>55</b>
<b>Träger</b>	<b>Wirtschaftsförderungsinstitutionen, HLT, Regionalplanung</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Martin Krauß, RP Gießen, Tel.: 0641-3032430	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Erhebung, Aktualisierung und gemeinsame Präsentation aller Gewerbeflächen und Ansiedlungsstandorte mit allen wichtigen Daten zur Ausstattung und Infrastruktur; kommunales Wirtschaftsinformationssystem (einheitlich für Mittelhessen)	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Flächendeckend regional installiert, jährlich aktualisiert; Internetzugang geplant	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Wirtschaftsförderer und Gemeinden in Mittelhessen, Software-Lieferant Gefak (KWIS), Marburg	
<b>Innovative Aspekte</b>	Kommunale Kooperation, Überwindung kommunaler Konkurrenz	

<b>Name</b>	<b>Telehaus Wetter</b>	<b>52</b>
<b>Träger</b>	<b>Verein für Frauenbildung, Arbeit und Regionalentwicklung (VeFAR e.V.)</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Dr. Imke Troltenier, Leitung Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 06421/ 305-905.	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Schaffung marktorientierter, qualifizierter, wohnortnaher und zeitflexibler Arbeitsplätze für Frauen in der Region. Das Telehaus Wetter ist inzwischen ein unternehmenorientiertes Dienstleistungszentrum und bietet langzeitarbeitslosen Frauen und Schwerbehinderten eine berufliche Vorbereitung durch projektbezogene Tätigkeiten. Das Leistungsspektrum für Kunden, des Telehauses umfaßt Telefonservice ebenso wie Marketing und PR bis hin zu EDV-Schulungen. Andererseits existiert seit 1997 eine Forschungsstelle zu den Themenkomplexen Telearbeit und Telekooperation.	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Beginn 1994, mittlerweile 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie zwei Satellitenbüros in Cappel und Marburg.	
<b>Geographischer Bezug</b>	Landkreis Marburg-Biedenkopf	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Frauenamt der Kreisverwaltung Marburg-Biedenkopf	
<b>Innovative Aspekte</b>	Nutzung der Dezentralisierungspotentiale neuer Kommunikationstechnologie zur Schaffung von Arbeitsplätzen speziell für Frauen, Entwicklung technikgestützter neuer Lernmethoden für den ländlichen Raum	

<b>Name</b>	<b>Vogelsberger Rock CD: "Der Vulkan rockt"</b>	<b>19</b>
<b>Träger</b>	<b>Kreisjugendring Vogelsberg e.V.</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	Erwin Fauß c/o Stadtverwaltung Lauterbach, Abt. Jugend- und Kulturpflege, Marktplatz 14, 36341 Lauterbach	
<b>Kurzbeschreibung</b>	Im Rahmen der Marketingkonzeptionierung für den Vogelsbergkreis galt es, eine Veranstaltungsreihe (Wettbewerb "Vulkan rockt") durchzuführen und ein Produkt (CD) zu erstellen, über die sich Jugendliche mit ihrem Landkreis identifizieren können. Außerdem: Repräsentation des Landkreises, Bündelung der Initiativen im Bereich der Jugendkultur zur Initiierung und Weiterentwicklung gemeinsamer kreativer Ansätze. Maßnahmen: a) Rockwettbewerb: - Veranstaltungsreihe an verschiedenen Standorten präsentierte regionale Rockbands untersch. Alters - erstmaliger Einsatz des neuen Logos des Vogelsbergkreises zur Werbung für die Veranstaltungen - Auswahl von 6 Bands für ein Abschlußkonzert sowie zur Produktion einer CD b) CD - Produktion der CD "Der Vulkan rockt" - erstes Produkt mit der neuen Werbelinie des Vogelsbergkreises - Vertrieb in regionalen Platten- und Buchläden	
<b>Stand Anfang 1998</b>	Unter dem Titel "Der Vulkan rockt" sind seit '95 weitere Veranstaltungen durchgeführt worden (u.a. ein weiterer Wettbewerb '97). Für '98 ist die Teilnahme an einem internationalen Rockmeeting in Südfrankreich geplant. Aufbau dauerhafter europ. Kontakte	
<b>Geographischer Bezug</b>	Vogelsbergkreis	
<b>Verbindung zu anderen Organisationen</b>	Stadjugendpflege Lauterbach, Jugendzentrum Alsfeld, Jugendförderung Vogelsbergkreis, Jugendbildungswerk Vogelsbergkreis, Kinder- und Jugendparlament Vogelsbergkreis, Vogelsbergschule Lauterbach	

Seit 1997: Szene 96 e.V., Jugendtreff Homberg, Jugendfeuerwehr Schlitz, Jugendpflege Mücke

**Innovative Aspekte**

Einbeziehung der Jugend (Jugendkultur) bei der Imagegestaltung des Landkreises

---